Hjalmar Schacht

MEHR GELD MEHR KAPITAL MEHR ARBEIT

OTTO MEISSNERS VERLAG

DR. HJALMAR SCHACHT

MEHR GELD • MEHR KAPITAL • MEHR ARBEIT



MEHR GELD
MEHR KAPITAL
MEHR ARBEIT

von Dr. Hjalmar Schacht

OTTO MEISSNERS VERLAG, SCHLOSS BLECKEDE/ELBE

Druck: Westholsteinische Verlagsdruckerei Boyens & Co., Heide i. H.

INHALT

I.

II.

III.

Vorwort

Alle vom Kriege betroffenen Länder um uns herum bemühen sich dauernd in internationalen Verhandlungen um die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Sie tun es nicht ohne Erfolg. Frankreich ist auf dem Wege zur Stabilisierung seiner Finanzen und seiner Währung ein gutes Stück vorangekommen. England kämpft einen heroischen Kampf um die Rückgewinnung seiner handelspolitischen Weltstellung. Italien hat seine schwer angeschlagene Wirtschaft wieder aufgerichtet. Die Beneluxstaaten versuchen, über ihre zollpolitische Stellung zueinander ins Gleichgewicht zu kommen.

Das Gemeinsame an allen diesen Bestrebungen ist die Anstrengung und die Initiative, die von den betroffenen Ländern selber ausgeht. Was tut demgegenüber Deutschland? Gewiß ist Deutschland durch die Besatzungsvormundschaft schwer gehemmt. Aber wir kommen von dieser Vormundschaft nur frei, wenn wir zeigen, wie uns geholfen werden kann und soll. Mit bloßer Passivität tun wir weder uns selber noch den Besatzungsmächten einen Gefallen. Die Besatzung ist gewiß eine Last, aber sie ist es für beide Teile. Gewiß ist auch die Besatzung mächtiger als wir, aber ist sie deshalb in deutschen Dingen kenntnisreicher?

Der Verfasser der nachfolgenden Seiten steht außerhalb der heutigen internen Vorgänge ohne Amt, aber nicht ohne Meinung. Seine Anregungen machen *keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit*. Aber vielleicht helfen sie, daß *auch von anderen Stellen*, die nicht nur amtliche, sondern auch private Verantwortung fühlen, versucht wird, an der wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands, Europas und

der Welt mit zu arbeiten. Besser ein nicht hundertprozentiger Vorschlag als gar keiner. Auch ein in der ersten Anregung nicht hundertprozentiger Vorschlag wird sich bei der tatsächlichen Durchführung voll wirksam entwickeln lassen. Nur aus der praktischen Inangriffnahme neuer Ideen wird Gewinn erzielt. Mit Planungen und Theorien allein ist ebensowenig gewonnen wie mit Resignation.

Bleckede, den 1. September 1949.

Unter „Kapital" versteht Schacht:

Erwerbskapital (im Gegensatz zum Produktionskapital) und zwar speziell das Darlehenskapital, das sich allerdings unschwer (i. d. zweiten Hand!) in Unternehmer-Kapital verwandelt.

(v. Philippovich I. S. 183/4)

I.

1. *Ohne Währung keine Wirtschaft*

Das Währungsgeld ist einer der Grundpfeiler unseres modernen Wirtschaftslebens. Jeder Produktionsprozeß, jeder Güteraustausch, jede Leistung hängt von ihm ab. Ohne Währung ist die Bildung von Produktionskapital in der modernen Wirtschaft unmöglich. Je komplizierter das Wirtschaftsleben in technischer Beziehung wird, um so wichtiger wird die Währung, durch die allein es möglich gemacht wird, die verschiedenartigsten Güter jeder Zeit erreichbar, d. h. käuflich zu machen. Ohne Währung ist deshalb eine fortschreitende Hebung der Lebenshaltung unmöglich. Geld ermöglicht die Kapitalbildung, Kapitalbildung ermöglicht den materiellen Fortschritt, materieller Fortschritt ist die Grundlage aller höheren Kultur.

Vor dem ersten Weltkrieg, also vor 1914, erfreute sich die Welt in den meisten Welthandelsländern gut funktionierender Währungsverhältnisse. Gelegentliche Störungen traten wohl bei politisch oder wirtschaftlich schlecht verwalteten Ländern ein. Man erinnert sich einiger mit Währungsverschlechterung verbundener Staatsbankrotte in einigen südamerikanischen Ländern oder ähnlicher Erfahrungen in Portugal und Griechenland. Aber alles dies waren kleinere und vorübergehende Störungen, hervorgerufen meist durch schlechte Finanzpolitik. Der Welthandel als Ganzes hat währungspolitisch unter diesen nicht sehr bedeutenden Störungen kaum gelitten.

Im Gegensatz zu dieser glücklichsten Periode des Welthandels leben wir seit dem ersten Weltkrieg in ständiger Sorge um das Währungsproblem. Bei Ende des ersten Weltkrieges schon waren die Währungen einer Reihe von Ländern beträchtlich abgesunken, darunter wichtigster Partner des Welthandels. Der Schrecken, den uns die deutsche Inflation von 1918 bis 1923 eingejagt hat, sitzt uns allen noch heute in den Gliedern. Aber auch die siegreichen Länder Großbritannien und Frankreich hatten unter Währungsentwertungen zu leiden.

Das Jahrzehnt, das dem Versailler Friedensdiktat folgte, war ausgefüllt mit Versuchen, überall in den betroffenen Ländern gesunde Währungsverhältnisse wieder herzustellen. Die falschen Mittel, die hierbei vielfach angewandt worden waren, wurden sichtbar, als beim Ende des Jahrzehnts die größte und langwierigste Wirtschaftskrise hereinbrach, die die moderne Weltwirtschaft bisher erlebt hat. Diese falschen Mittel lagen hauptsächlich in der unrichtigen Anwendung von Kredit. Kredit ist einer der empfindlichsten Faktoren der Geld- und Währungspolitik. So segensreich Kredit, richtig angewandt, wirken kann, so trügerisch erweist sich seine Hilfe bei unrichtiger Verwendung. Der Zusammenbruch des internationalen Kredits anläßlich der Wirtschaftskrise genügte, um das Währungsgefüge einer Reihe von Ländern aufs neue schwer zu erschüttern. Von diesem Zeitpunkt an beginnen die verhängnisvollen Versuche, durch gesetzliche und verwaltungsmäßige Eingriffe in das Währungsgebäude die Wirtschaft zu lenken. Der zweite Weltkrieg hat dann die Währungsverhältnisse nahezu aller Welthandelsländer in höchstem Maße mitgenommen. Von diesem allgemeinen Fiasko hat sich die internationale Währungspolitik bis auf den heutigen Tag nicht wieder erholt.

Infolgedessen ist die gesamte Weltwirtschaft heute in eine Dauerkrise hineingeraten, die alle Politiker und Wirtschaftler in Atem hält. Wer die glücklichen Zeiten vor dem ersten Weltkrieg noch miterlebt hat, wo sich der internationale Warenaustausch in freier Auswirkung privater Kräfte reibungslos

vollzog, und der Staat sich auf wenige allgemein regulierende Vorschriften beschränkte, der kommt heute aus dem Entsetzen nicht heraus, wenn er beobachtet, wie die Regierungen sich vergeblich Mühe geben, durch immer erneute Anordnungen und Eingriffe den internationalen Handel wieder in Gang zu bringen. Diese dauernden staatlichen Eingriffe bewirken nichts anderes, als daß der persönliche Antrieb der an der Wirtschaft beteiligten Unternehmungen und Firmen zu keiner wirksamen Entfaltung gelangt. Das Bemühen der Wirtschaftler, das früher ganz auf die Organisation von Produktion und Absatzmarkt gerichtet war, erschöpft sich heute zu einem großen Teil in dem Kampf gegen die staatliche Bürokratie, die die Anordnungen der Politiker durchzuführen hat. Der Hauptgrund für diese Anordnungen liegt in dem Wirrwarr und in der Unsicherheit, die auf dem Währungsgebiet eingetreten sind. Künstliche Festsetzung von internationalen Währungs-Relationen, Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Hemmungen und Verbote für internationale Kapitalverschiebungen nehmen dem Handel und der Produktion jegliche Grundlage für eine Wiederbelebung.

Die erste und vordringlichste Aufgabe für jeden internationalen wirtschaftlichen Wiederaufbau ist deshalb die Wiedergewinnung geordneter Geldwährungsverhältnisse. Es bedarf hierfür keiner langen theoretischen Beweise. Ein Blick in unsere Umgebung gibt uns die Gründe auf die Hand. Wir brauchen nur auf den derzeitigen Kampf zu sehen zwischen den Ländern mit „harter" und „weicher" Währung, der für die internationale Politik von entscheidender Bedeutung ist. Wir brauchen nur auf den Gegensatz zwischen Ostmark und Westmark in Berlin zu sehen, der für den russisch-alliierten Widerstreit geradezu tragisch geworden ist. Die Tatsache, daß von den Großmächten heute nur eine, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, über eine absolut harte Währung verfügt, überschattet die ganze internationale Politik. Geregelte internationale Währungsverhältnisse würden für die Erreichung und Bewahrung

eines allgemeinen Friedens von ungeheuerster Bedeutung sein.

Es ist für die heutige Zeit nicht belanglos, aus den geschichtlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die nötigen Lehren zu ziehen. Als 1924 das sogenannte Dawes-Komitee im Auftrage der Alliierten Mächte daran ging, für die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft hilfreiche Hand zu leisten, sah es seine erste und wichtigste Aufgabe darin, die Währung des Deutschen Reiches wieder auf eine absolut gesunde Grundlage zu stellen. Man muß die einzelnen Verhandlungen jener Tage nachlesen, um zu begreifen, wie alle Gedanken und Absichten des Komitees immer wieder um diesen Kardinalpunkt kreisen. Das Komitee hatte das ganz richtige Gefühl, daß, wenn es nur gelänge, geordnete Währungsverhältnisse herzustellen, sich das übrige aus den Wirtschaftsanstrengungen von selber regeln würde. Es sind in erster Linie die ungeordneten Währungsverhältnisse, die den ganzen bürokratischen Aufbau in unseren modernen Wirtschaften nötig gemacht haben, und die lähmend auf die Wirtschaft wirken. Die Wiederherstellung geordneter, internationaler Währungsverhältnisse ist deshalb die entscheidende Aufgabe, die vor uns liegt.

Die grundsätzliche Auffassung, die das Dawes-Komitee in dieser Hinsicht bewies, wurde geteilt und erneut zum Ausdruck gebracht, als das Young-Komitee im Jahre 1929 die Arbeiten des Dawes-Komitees fortsetzte. Der entscheidende Entschluß, den das Young-Komitee faßte, war die Errichtung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Unsere schnellebige und oberflächliche Zeit vergißt so leicht, was an Vorläufern für heutige Maßnahmen vorliegt. Die im Jahre 1947 in New York ins Leben getretene Weltbank hat als ihre wichtigste Aufgabe erhalten, Anleihen zu gewähren für rückständige Länder, deren Entwicklung durch Finanzhilfe gefördert werden kann. Genau der gleiche Zweck war für die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel bei der Errichtung vorgesehen. Die Bank sollte noch nicht erschlossenen oder ungenügend erschlossenen Ländern Kredite zur Ver-

fügung stellen, damit sie sich bei den industriellen Ländern alle Einrichtungen für die Entwicklung ihrer naturgegebenen Möglichkeiten beschaffen konnten. Sie sollten also Käufer der kriegsgeschädigten Industrieländer werden, so daß auch diesen geholfen würde. Dieses Programm wurde leider nicht verwirklicht. Es ist dies einer der vielen Belege dafür, daß Ideen lange Zeit brauchen, bis sie sich in die Tat umsetzen, und daß die Menschheit weniger aus guten Ideen lernt als aus schlechten Erfahrungen.

Wenn die Bank für internationalen Zahlungsausgleich auch auf diesem ihr zugedachten Gebiet nicht aktiv geworden ist, so hat sie doch eine andere Aufgabe, die ihr der Young-Plan auferlegte, glänzend erfüllt. Diese Aufgabe lag auf dem Währungsgebiet und zeigt, wie auch der Young-Plan die Pflege der internationalen Währungsverfassung als den Kernpunkt für wirtschaftliche Wiedergesundung ansah. In der Bank für internationalen Zahlungsausgleich wurden die Währungsbanken (Zentral-Notenbanken) der hauptsächlichsten am Welthandel beteiligten Länder zusammengefaßt. Sie diente als ständiger Treffpunkt der leitenden Notenbank-Präsidenten und hat jahrelang dafür gesorgt, daß die Währungspolitik der einzelnen Notenbanken nicht isoliert, sondern im Zusammengehen mit den übrigen Notenbanken und in ständiger vorheriger Unterrichtung dieser sich abspielte. Alle Maßnahmen, die die Notenbanken im Interesse geordneter Währungsverhältnisse treffen zu müssen glaubten, wurden nicht nur in Basel gemeinschaftlich besprochen, sondern es fanden auch beständig gegenseitige Besuche und gemeinschaftliche Beratungen in den Hauptstädten der nächstbeteiligten Länder statt.

Die enge Zusammenarbeit der Notenbank-Präsidenten, die dadurch dokumentiert wurde, hat außerordentlich viel dazu beigetragen, das Vertrauen in die internationale Währungspolitik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wesentlich zu befestigen. Über alle politische Rivalität hinweg hat diese Zusammenarbeit der Notenbank-Präsidenten ihre segensreiche Auswirkung gehabt. Es wird

jeden erstaunen, wenn er erfährt, daß während des ganzen zweiten Weltkrieges die Vertreter der Krieg führenden Länder in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zusammengearbeitet haben an ihren fachlichen Aufgaben, während diese Länder im härtesten militärischen Kampf miteinander lagen. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich ist das einzige Eiland gewesen, auf dem eine friedliche Zusammenarbeit niemals aufgehört hat. Diese Tatsache verdient die größte Beachtung, und man sollte sich ihrer erinnern, wenn man an zukünftige Lösungen unserer Wirtschaftsprobleme denkt.

Ein Gefühl dafür, welche Bedeutung geordnete Währungsverhältnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, insbesondere auch Deutschlands, haben, ist zweifellos auch bei den Besatzungsmächten vorhanden gewesen, in deren Händen die Verantwortung für das wirtschaftliche und soziale Schicksal der deutschen Bevölkerung heute liegt. Es ist hier nicht der Platz, um zu der vom Kontrollrat herbeigeführten Änderung der deutschen Währung 1948 Stellung zu nehmen. Lediglich die Tatsache selber, daß eine solche Änderung für nötig erachtet wurde, bevor man eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens erwarten zu können glaubte, belegt die obigen grundsätzlichen Ausführungen.

Wenn die Währungspolitik der Besatzungsmächte ihre Aufgabe endgültig gelöst hätte, so würde über die deutschen Währungsverhältnisse überhaupt nicht mehr gesprochen zu werden brauchen, sondern nur noch über die internationalen. Leider aber ist dies nicht der Fall. Es wird niemandem zu nahe getreten, aber es wird auch niemand Widerspruch erheben bei der Feststellung, daß die deutsche Währungsänderung eine endgültig befriedigende Lage nicht geschaffen hat. „Noch viel Verdienst ist übrig." Und es ist nicht Deutschland allein, wo die Währungsfrage nach endgültiger Ordnung drängt. In allen wesentlichen Ländern Europas und anderswo sehen wir die energischen Bemühungen im Gange, aus den verworrenen und unsicheren Währungszuständen herauszukommen. Es braucht nur auf Frankreich

oder auf Italien oder auf Argentinien verwiesen zu werden, oder auf die drastischen Bemühungen, mit denen Groß-Britannien versucht, das „weiche“ Pfund zu „härten“.

Die Tatsache, daß es bisher in keinem der genannten Länder gelungen ist, dauernde geordnete Währungsverhältnisse herzustellen, zeigt, daß das Problem ein außerordentlich schwieriges und kompliziertes ist, und es zeigt ferner, daß die Frage, so aktuell und akut sie ist, bei allen Sachverständigen noch unbeantwortet geblieben ist, ob die bisher angewandten Mittel geeignet sind, das erstrebte Ziel einer allgemeinen internationalen Währungsordnung zu erreichen. Man sagt aber kaum zuviel, wenn man feststellt, daß allen bisher eingeschlagenen Wegen gegenüber die Skepsis vorherrscht. Das Problem schreit nach einer Lösung, und Theorien schwirren durch die Luft. Es kommt darauf an, den praktischen Weg aufzuzeigen, der gegangen werden kann.

Es mag als ketzerisch gelten, wenn in diesem Zusammenhang festgestellt wird, daß auch in der internationalen Währungsfrage Kongresse und Parlamente schlechte Initiatoren sind. Nach dem entsetzlichen Mißbrauch von persönlicher Autorität, den wir zu unserem Schrecken erlebt haben, sind wir leicht geneigt, in das extreme Gegenteil der Kollektivberatung zu verfallen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß auch im internationalen Völkerkonzert eine Symphonie nur zustandekommt, wenn ein Tüchtiger den Dirigentenstab führt. Seit den Zeiten des römischen Imperiums haben wir zum ersten Mal in der Geschichte wieder die Situation, daß eine Großmacht in der Lage ist, den Dirigentenstab über dem Völker-Orchester zu schwingen. Es ist ein Glücksfall ersten Ranges, daß diese Großmacht hierzu nicht nur über die wirtschaftlichen Mittel, sondern auch über das moralische Verantwortungsgefühl verfügt. Diese Großmacht wird auch in der internationalen Währungsfrage die Führung übernehmen müssen, denn auf der geordneten Währung beruht die geordnete Wirtschaft, und ohne geordnete Wirtschaft gibt es keinen Wohlstand und keinen Weltfrieden.

2. *Ohne Gold keine Weltwährung*

Über Geld und Währung sind zahllose wissenschaftliche Bücher geschrieben worden. Ich habe ihrer nur sehr wenige gelesen; aber ich habe immer gefunden, daß jeder Mensch weiß, was Geld ist und worauf es bei einer Währung ankommt. Drückt doch die Sprache selber aus, was gemeint ist. Geld ist etwas, was überall gilt, womit man andere Güter jederzeit erwerben kann. Bei dieser einfachen Erklärung kommt es auf die Worte „überall" und „jederzeit" an. Geld muß ein Gut sein, welches von jedermann so begehrt ist, daß er die üblichen Tausch- und Handelsgüter jederzeit dagegen herzugeben bereit ist. In dem Worte „jederzeit" liegt der Sinn der W ä h r u n g verborgen. Das Geld muß seinen Wert behalten. Es darf im Laufe der Zeit seinen Wert nicht verlieren, es muß sich bewähren.

Das Problem, w e l c h e s Geld am besten oder überhaupt die Eigenschaft besitzt, seinen Wert gegenüber den anderen Gütern überall zu bewahren, ist ein beliebtes Thema für Geld- und Währungs-Theoretiker. Da es sich bei dieser Schrift nicht um eine gelehrte Darstellung handelt, sondern da zu dem brennendsten Problem der derzeitigen Weltwirtschaft Stellung genommen werden soll, so können wir alle theoretischen Erörterungen übergehen. Von Bedeutung ist im wesentlichen immer nur die Frage, ob man ein s t o f f l i c h e s Gut als Geld benötigt, wie es z. B. Kaurimuscheln, Mühlsteine, Vieh. Korn oder Metalle etc. gewesen sind, oder ob es möglich ist, mit Begründung auf staatsrechtliche Einrichtungen ein nicht-

stoffliches Gut, d. h., ein juristisches Papier oder dergleichen an die Stelle zu setzen. Den Anstoß zu diesem Problem hat die Tatsache gegeben, daß jedes stoffliche Geldgut durch Zeit und Umstände seinen Wert genau so ändert, wie alle anderen Güter, denen es als Geldgut gegenübertreten soll. Manche Theoretiker sind daher der Ansicht, daß eine dauernde Geldstabilität besser durch juristische Abmachungen und Rechtssatzungen zu erreichen sei. Auf diese Weise sind Vorschläge aller Arten von Staatsgeld oder Bankgeld nicht stofflicher Art entstanden.

Nicht nur die geschichtliche Erfahrung, sondern auch die einfache Überlegung muß es klarmachen, daß Einrichtungen menschlicher Rechtssatzung noch viel weniger dauernden Bestand versprechen als Güter, die uns der Herrgott in seiner Natur beschert hat. Im Gegenteil muß insbesondere nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte betont werden, daß das Mißtrauen in die Währung nahezu der meisten Länder heute von der willkürlichen Einmischung staatlicher Rechtsorgane in die Währung herrührt. Das mangelnde Vertrauen zu einer gerecht und vernünftig handelnden Staatspolitik ist heute in der ganzen Welt schwerer erschüttert als seit Jahrhunderten. Es gilt heute wieder das Wort Walthers von der Vogelweide „Fried' unde Recht sind sehre wund". Die beiden Weltkriege haben die öffentliche Moral in einer Weise heruntergebracht, daß Zusagen und Versprechungen von Staatsregierungen heute niedrig im Kurse stehen.

Es werden wenige Beispiele genügen, um dieses gerade auf dem Währungsgebiet zu belegen. Über ein Jahrhundert lang galt die englische als die sicherste aller Währungen. Internationale Kaufverträge, auch außerhalb Groß-Britanniens, wurden vielfach in Sterling-Währung abgeschlossen. Potentaten aller Länder legten ihre Ersparnisse bei der Bank von England an. Das Pfund Sterling repräsentierte den Wert von rund 7 g Gold. Eines Tages aber fiel es der englischen Regierung ein, den Wert des Pfundes Sterling willkürlich auf rund 4 g Gold herabzusetzen, und alle Leute, die Forderungen

in Pfund Sterling besaßen, sahen diesen Teil ihres Vermögens um 40 % herabgemindert. Damit war das Vertrauen der Welt zu der Stabilität des Pfundes Sterling erledigt. Wenn es einer Regierung erlaubt und möglich ist, den Wert der Währung auch für wohl erworbene Ansprüche in dieser Währung willkürlich zu ändern, so ist es verständlich, daß man zu einem lediglich auf staatlicher Rechtssatzung basierenden Gelde kein Vertrauen hat.

Vor dem ersten Weltkriege galt es allgemein als ausgemacht, daß die Goldwährungsländer eine selbstverständliche, auf Gold beruhende Währungsgemeinsamkeit bildeten, die eine internationale Goldwährung darzustellen schien. Mit den gesetzlichen Währungsabwertungen zu Beginn der dreißiger Jahre stellte es sich heraus, daß nicht eine gemeinsame internationale Goldwährung bestand, sondern nur eine Reihe nationaler Goldwährungen nebeneinander. Allen war zwar die Bindung an das Gold gemeinsam, aber jede hatte die Freiheit, das Ausmaß dieser Bindung zu ändern, wenn es vorteilhaft schien. Mit anderen Worten, es bestand zwar der gemeinsame Goldstandard, aber keine vereinbarte Goldparität. Auf diese Weise war es möglich, Forderungen ausländischer Gläubiger in der Währung des Schuldnerlandes um beliebige Prozente zu kürzen, ohne gegen internationale Abmachungen zu verstoßen.

Sollte es, was zu hoffen ist, möglich sein und sich verwirklichen, die Goldwährung international wieder herzustellen, so wird es zur Stärkung des Vertrauens notwendig sein, eine vertragliche, internationale Bindung zu schaffen, wonach jeder an den Goldstandard gebundene Staat zwar frei sein mag in der Änderung seiner Goldparität, wonach aber alle vordem geschlossenen internationalen Kreditverträge und Geschäftsabmachungen in der gleichen Parität erfüllt werden müssen, in der sie abgeschlossen wurden.

Ein zweites Beispiel aus der jüngsten deutschen Vergangenheit für das mangelnde Vertrauen in staatlich manipulierte Währungen:

Am 20. Juni 1948 bestimmten die Besatzungsmächte, daß die bis dahin im Umlauf befindlichen Geldscheine auf einen neuen Wert zusammengelegt werden sollten. Es wurde willkürlich bestimmt, daß 10 Reichsmark künftig nur noch 1 Deutsche Mark sein sollten. Über einen Teil derart zusammengelegter Bankguthaben konnten die Inhaber sofort verfügen, ein anderer Teil sollte später verfügbar werden. Es dauerte nur wenige Monate, bis dieser andere Teil von den Besatzungsmächten willkürlich und gegen die Zusage erneut zusammengestrichen wurde. Glaubt jemand, daß solche Maßnahmen geeignet sind, Vertrauen in Währungen zu setzen, die vom Staate je nach seiner politischen Einstellung, je nach der Parteivorherrschaft, je nach Zweckmäßigkeit willkürlich geändert werden können? Selbstverständlich fällt auch die von Hitler herbeigeführte Inflation durch unbegrenzten Notendruck in die gleiche Kategorie.

Abwegig sind auch alle sonstigen theoretischen Vorschläge für angeblich völlig stabiles Staatsgeld. Hierzu zählt z. B. die Index-Währung. Sie will ein Geld schaffen, dessen Wert sich zu dem Durchschnittswert aller anderen Güter stets in einem festen Verhältnis bewegt. Abgesehen davon, daß es völlig unmöglich ist, einen solchen Durchschnittswert aller anderen Güter zu errechnen, hat diese Index-Währung keinen anderen Effekt, als den eines stofflichen Geldgutes, das dem ständig geänderten Durchschnittspreisindex aller anderen Güter gegenübersteht, nur daß der Besitzer des Geldes die Änderung eher merkt als der Kalkulator, der nachträglich aus den Preisen aller übrigen Güter seinen Durchschnitt errechnet. Noch einfältiger ist der Vorschlag der sogenannten Arbeitswährung, die als Währungseinheit den Wert einer Stunde menschlicher Arbeit zugrunde legen will. Wer will den Inhalt einer Ingenieurstunde an dem Inhalt einer Handarbeiterstunde messen? Ähnlich schädigend ist die Lehre des sogenannten „Schwundgeldes", die jedermann zwingt, sein Geld in vorgeschriebenen Fristen wieder abzustoßen.

Solchen künstlichen und willkürlichen Geldkonstruktionen gegenüber steht die geschichtlich unantastbare Tatsache, daß seit tausenden von Jahren sich gewisse stoffliche Güter als Geld ganz natürlich durchgesetzt haben, und zwar vorwiegend die Edelmetalle, zunächst Silber und Gold nebeneinander und danach im Laufe der Zeit in erster Linie Gold. Bei allen Völkern und zu allen Zeiten ist das Gold ein stets willkommener Tauschgegenstand gewesen, und man hat alle sonstigen Waren, die handelsüblich waren, gegen Gold erwerben können, längst bevor Fürsten und Regierungen mit Rechtsvorschriften sich des Geldwesens bemächtigten. Es war deshalb nur der Abschluß einer natürlichen geschichtlichen Entwicklung, wenn zu Beginn des 19. Jahrhunderts Groß-Britannien als erstes Welthandelsland seine Währung auch rechtlich auf Gold gründete. Seitdem hat die Goldwährung ihren Siegeszug über die ganze Welt gehalten, und eine große Reihe am Welthandel beteiligter Länder ist im Laufe des vorigen Jahrhunderts dem englischen Goldwährungsbeispiel gefolgt. Man zitiert so gern die berühmte Stelle aus Goethes Faust über die Schaffung des Papiergeldes. Durch einen Federstrich des Kaisers wird das Geld geschaffen. Aber man beachte wohl, daß auch Goethe diesem Gelde den Goldcharakter beilegt mit den Versen:

„Hier liegt gesichert, als gewisses Pfand,
Unzahl vergrab'nen Guts in Kaisers Land."

Selbstverständlich ist auch das Gold als stoffliches Gut Wertschwankungen aus sich selbst unterworfen. Dies hat sich insbesondere bemerkbar gemacht, wenn plötzlich große neue Gold-Produktionsstätten sich auftaten, oder wenn in den Gold-Produktionskosten größere Veränderungen eintraten. Dennoch ist es erstaunlich, daß selbst die so einschneidend plötzliche Vermehrung der Golderzeugung durch die kalifornischen Goldfelder in den vierziger Jahren und die südafrikanischen Goldfelder in den achtziger Jahren des vorigen Jahr-

hunderts nicht so preisrevolutionierend gewirkt haben, wie dies theoretisch hätte prophezeit werden können. Man vergißt bei der Beurteilung solcher Veränderungen, daß das Gold ja nicht nur Geldwährungs-Grundlage ist, daß es nicht nur monetären Zwecken dient, sondern daß es in noch größerem Maße dem Schmuck- und Kunstgewerbe als Rohstoff willkommen ist. Nahezu ein Drittel der Welt-Goldproduktion hat auch in der Neuzeit seinen Weg in die industrielle und nicht in die monetäre Verwendung genommen. Je billiger Gold durch eine gesteigerte Produktion zu werden droht, um so mehr fließt in die Verwendung. Es kam ferner hinzu, daß die Vermehrung des Goldes manchen Ländern, die noch nicht zur Goldwährung übergegangen waren, Anlaß gab, dies jetzt zu tun, was dem neuen Gold auch ein größeres monetäres Betätigungsfeld gab. Diese beiden Faktoren also sind auch heute noch geeignet, als Puffer gegen allzu plötzliche Wertveränderungen des Goldes zu dienen.

Ein weiterer Puffer ist da gegeben, wo das Gold zur Ausprägung von Münzen verwendet wird, die mit Vorliebe von der Bevölkerung in der Tasche getragen werden. Als im ersten Weltkrieg die Reichsbank an das Einziehen von Goldmünzen ging, ergab es sich, daß fast zwei Milliarden Mark aus den Taschen der Bevölkerung anfielen. Auch ist es interessant, daß heute von der Schweiz ernsthafte Stimmen für eine neuerliche Ausprägung von Goldmünzen laut werden. In jedem Fall vollziehen sich Wertveränderungen im Gold relativ langsam, so daß die Wirtschaft sich darauf einspielen kann. Keinesfalls sind vom Gold her so plötzliche Wertveränderungen zu erwarten, wie sie aus der durch politische Veränderungen bedingten Währungs-Politik für alle Arten Staatsgeldes vorgekommen sind und daher auch noch für die Zukunft befürchtet werden müssen.

Ein letzter Gesichtspunkt endlich ist für den Vorrang der Goldwährung absolut entscheidend. *Gold ist ein Geldgut, das gleichmäßig über die ganze Welt bei allen Völkern geschätzt und genommen wird.* Es ist völlig unmöglich, ein einzelstaatlich begründetes

Geld zu schaffen, das von allen Ländern, die am Welthandel beteiligt sind, gleichermaßen geschätzt und genommen wird. Ebensowenig besteht Aussicht für die Schaffung eines interstaatlich vereinbarten Weltgeldes juristischer Art. Solange die Souveränität der einzelnen Staaten besteht, ist die Schaffung einer künstlichen Weltwährung völlig unmöglich. Das Gold aber ist bereits eine im Welthandel überall geltende Währung. Wie immer das Geld eines Staates aussieht, es wird am Golde gemessen.

Als nach dem ersten Weltkrieg das Bestreben einsetzte, überall wieder geordnete Währungsverhältnisse herzustellen, galt es als selbstverständlich, daß dies nur auf der Grundlage von Gold erfolgen könne und dürfe. Als Deutschland 1923 aus eigener Kraft versuchte, die Inflation durch Einführung einer neuen Währung abzustoppen, geschah dies nicht durch die von Helfferich vorgeschlagene Roggenmark, weil der Roggen bei seinen kurzfristigen Preisschwankungen unmöglich als Währungs-Grundlage angesehen werden konnte; und als man anstelle der Roggenmark die Rentenmark vorschlug, die eine Deckung in Grund und Boden erhielt, begnügte man sich nicht damit, sondern legte der Rentenmark einen Goldwert bei, und zwar den gleichen Goldwert, den die Reichsmark vor der Inflation hatte. Es wäre an der Zeit, daß endlich einmal die Legende von der Rentenmark verschwände. Die Rentenmark war eine währungsmäßig unmögliche Konstruktion. Sie ist auch nie gesetzliches Zahlungsmittel gewesen. Dies war und blieb die Reichsmark der Reichsbank, die ihrerseits erklärte, Rentenmark gegen Reichsmark im Verhältnis 1 zu 1 geben und nehmen zu wollen, und die ihrerseits nach Zusammenlegung der Papiermark wieder auf Gold gestellt wurde.

Noch ehe die neue deutsche Währung im November 1923 geschaffen wurde, hatte sich der Großhandel in Deutschland schon längst in seinen Preisabschlüssen auf Gold umgestellt. Ja, das Reich selber griff schon während der Inflation, um seiner Finanznot zu steuern, zu dem Mittel, gewisse Steuern in Gold zu erheben. Auch legte es eine An-

leihe zur Zeichnung auf, die nicht auf Mark, sondern auf USA Golddollars lautete. Die Zinsscheine und kleinen Stücke dieser Anleihe liefen sehr bald als Geldzeichen um. Ebenso machte sich der Handelsverkehr, wo und wann es ihm möglich war, von dem staatlich manipulierten, ständig sinkenden Papiergelde los und flüchtete in das Gold.

Gegen den Einfluß des Goldes auf den Handelsverkehr ist jede Regierung machtlos. Es ist nicht Willkür gewesen, die zur Goldwährung geführt hat, sondern menschliche Natur, Vorliebe für Gold, die dieses stoffliche Gut zur Währungsgrundlage gemacht hat, das alle staatlichen Währungsanordnungen überdauert und, wenn diese Anordnungen nicht dem Gold Rechnung tragen, sie über den Haufen wirft. Wir haben viele Währungen auf der Welt, und in den einzelnen Ländern rechnet der normale Mensch mit dem heimischen Geld; aber der Welthandel rechnet einzig und allein in den Währungen, die ihren Wert in ein festes Verhältnis zum Gold gebracht und gehalten haben. Das ist heute in erster Linie der USA Dollar. Welche Währungen auch immer im Welthandel als Gegenwert für Warenlieferungen angeboten werden, sie alle werden gemessen am Dollar als der wesentlichsten Währung, die eine feste Goldparität besitzt. Und bei allen größeren Transaktionen auch in den einzelnen Ländern kalkulieren wir letzten Endes nicht in der lokalen Währung, sondern wir vergleichen unwillkürlich mit dem Dollar. Wir denken in Gold, ob wir wollen oder nicht.

3. Keine stabile Währung ohne Zahlungsausgleich

Die landläufige Vorstellung geht dahin, daß kein Land sich eine Goldwährung leisten könne, welches kein Gold hat. Diese Auffassung ist nur sehr beschränkt richtig. Gewiß war es für die Einführung einer Goldwährung nötig, daß ein entsprechender Vorrat an monetärem Gold überhaupt vorhanden war. Aber die Tatsache allein, daß heute auch diejenigen Länder, die keinen Goldvorrat besitzen, ihre Währungen am Golde messen lassen müssen, ist der Beweis dafür, daß es nicht auf den Goldvorrat ankommt, sondern allein darauf, daß international jede Währung in ihrem Werte am Golde meßbar ist und gemessen wird.

Entscheidend ist nicht, ob eine Banknote jederzeit in einen entsprechenden Betrag Goldes eingetauscht werden kann, sondern ob man mit der Banknote genau so viel Güter erwerben kann, wie wenn man den entsprechenden Goldbetrag zur Verfügung hätte. Die Befreiung der Währungen vom Gold, von der insbesondere in der nationalsozialistischen Zeit so viel die Rede gewesen ist, ist nur insoweit eingetreten, als man bei goldgemessener Währung eine Wirtschaft auch dann ordnungsgemäß und ausgeglichen führen kann, wenn ein Goldbestand nicht vorhanden ist.

Die Gründe, warum Goldbestände bei den Notenbanken gehalten wurden, waren verschiedener Art. Zunächst dürfte bei Einführung der Goldwährung es das Vertrauen der Wirtschaft in die ausgegebenen Banknoten gestärkt haben, daß für einen Teil dieser Noten der Gegenwert in Gold in

den Tresoren der Notenbank lag. Auch die Einlösungspflicht der Noten in Gold, die den Notenbanken auferlegt wurde, war wohl zunächst zur Stärkung des Vertrauens gedacht. Dann aber verfolgte sie den Zweck, eine übermäßige Notenausgabe, eine übermäßige Geldschöpfung, also das, was wir heute Inflation nennen, zu verhindern. Solange die Vorschrift bestand, daß ein bestimmter Prozentsatz der Noten durch Gold gedeckt sein mußte, war die Notenausgabe nicht beliebig vermehrbar, wenn das Gold fehlte.

Ein weiterer Grund für das Halten von Goldvorräten bei den Notenbanken war die Leichtigkeit, mit der man vorübergehende (saisonbedingte) Lücken im internationalen Zahlungsverkehr durch die Hergabe von Gold ausgleichen konnte. Wenn für solchen Ausgleich Gold nicht vorhanden war, oder Kredit nicht zur Verfügung gestellt wurde, so erfuhr die betreffende Währung im Ausland eine Minderbewertung, die in den sogenannten Devisenkursen zum Ausdruck kam. Die Devisenkurse wurden damit zu einem der wichtigsten Barometer für den internationalen Wert einer Währung. Eine besondere Rolle spielte dabei die sogenannte *Goldautomatik*. Wenn die Devisenkurse ein Absinken der eigenen Währung anzeigten, dann erhöhte die Notenbank ihren Zinsfuß, um dadurch ausländisches Geld oder Kapital anzulocken. Durch das Hereinfließen ausländischen Kapitals wurde dann der Mangel an Ausfuhrgeld ausgeglichen und das Gleichgewicht der Währung wiederhergestellt.

Alle diese Überlegungen, die seit der Einführung der Goldwährung gegolten haben, erwiesen sich in den Zeiten eines geordneten internationalen Handelsverkehrs als richtig. Es waren die *Spielregeln*, die sich in einer langen friedlichen Entwicklungszeit der Weltwirtschaft herausgebildet hatten und die allseits befriedigten, solange der internationale Zahlungsverkehr von Vertrauen und von gleichen gegenseitigen Leistungen getragen und nicht durch Katastrophen gestört wurde. *Erst die Katastrophe der beiden Weltkriege*

hat das ganze Währungsproblem neu aufgerollt. Die üblichen Spielregeln verschwanden. Die Goldeinlösungspflicht für Noten besteht heute noch in kaum einem Lande. Die Golddeckungsvorschriften sind in den meisten Ländern aufgehoben worden. Die Goldautomatik ist durch die dauernde Vertrauenskrisis und durch den Mangel an Gleichgewicht im Welthandel über den Haufen geworfen. Das einzige, was bestehen geblieben ist und was die Bedeutung der Goldwährung um so schärfer hervorhebt, ist die Tatsache, daß alle Preise und alle Währungen in der ganzen Welt nach wie vor am Golde gemessen werden. Im übrigen aber haben sich die Mittel und Wege für die Aufrechterhaltung der Goldwährung durch die Erfahrungen der beiden Weltkriege grundlegend geändert.

Die Ursache hierfür lag in den großen Zahlungsverpflichtungen, die den besiegten Ländern auferlegt wurden. Der normale Zahlungsverkehr im Welthandel hatte sich bis dahin so abgespielt, daß jeder Leistung eines Landes die Gegenleistung eines anderen Landes gegenübertrat, d. h., daß sich Leistungen an das Ausland mit den Leistungen vom Ausland etwa kompensierten. Mit den Reparationszahlungen, die den besiegten Ländern auferlegt wurden, zwang man diese Länder zu Zahlungen an das Ausland, denen kein entsprechender Gegenposten gegenüberstand. Wenn man dies in einer Höhe getan hätte, die den Überschuß der Forderungen eines Landes an das Ausland nicht überstieg, brauchte dies die Währung nicht schädigend zu beeinflussen. Hätte man die Reparationszahlungen, die man Deutschland auferlegte, beschränkt auf die Hergabe eines Teiles seiner Auslandsguthaben oder auf die Beträge, die aus einem Mehrverkauf inländischer Güter an das Ausland hätten erlöst werden können, so wäre alles tragbar gewesen. Die Reparationslast, die 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde, hielt sich reichlich innerhalb solcher Grenzen. Die Reparationslast, die 1920 Deutschland auferlegt wurde, überstieg dieses Maß ungeheuerlich.

Damit trat zum ersten Mal ein Währungsproblem in den Vordergrund, das man bis dahin nicht gekannt hatte, und das wir als das Transfer-Problem zu bezeichnen uns gewöhnt haben. Das *Transferproblem* besteht darin, wie man Geld eines Landes in Geld eines anderen Landes verwandelt. Das stoffliche Goldgeld löst dieses Problem spielend, denn ein Stück Gold, ob es nun als Sovereign, als Dollar oder als Mark ausgeprägt ist, wird in allen diesen drei Ländern sofort zum Werte seines Goldgewichts in Zahlung genommen. Anders ist es mit allen anderen Geldarten, insbesondere mit Papiergeld.

Vielleicht ist hier der Platz, eine Bemerkung einzuschieben, die den Laien schwer geläufig ist und die doch von größter Bedeutung ist. Wenn heute von Geld- und Kapitalnot die Rede ist, so schreien viele Leute nach ausländischen Anleihen. Sie überlegen dabei nicht, daß ausländisches Geld kein inländisches Geld ist, und daß die Verwandlung von ausländischem Geld in inländisches Geld, nämlich eben das Transfer-Problem, die größten Schwierigkeiten bereitet. Man vergißt, daß man einen Dollar nur in Amerika ausgeben kann, ein Pfund Sterling nur in den Sterling-Ländern und eine Mark nur in Deutschland. Die Währung ist einer der stärksten *Pfeiler nationaler Wirtschaft*. Die Verantwortung, die die Währungspolitik für jede Regierung mit sich bringt, schließt es aus, daß ein Land seine Währung oder eine Währungsgemeinschaft einem anderen Lande zur Verfügung stellt, dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik es nicht kontrolliert. *Jedes Währungsgeld ist heimatgebunden.*

Dieser Fundamentalsatz bedeutet, daß man für einen Dollar nur zweierlei Verwendung hat, nämlich entweder den Einkauf von Waren in Amerika oder die Bezahlung von geldlichen Verpflichtungen, die man in Amerika hat oder eingeht. Die übliche Erfahrung, daß man einen Dollar jederzeit bei seiner Bank in Mark umwechseln konnte, kann die Tatsache nicht verschleiern, daß letzten Endes dieser Dollar nur von jemandem erworben wird, der eine der beiden vorgenannten Verwendungsmöglichkeiten vor sich sieht. Es wird auf dieses Trans-

fer-Problem noch mehrfach zurückzukommen sein. An dieser Stelle genügt es festzustellen, daß zwar in allen Ländern das Gold Zahlkraft hat, nicht aber die Banknote oder ein anderes Papier- oder Münzgeld.

Für ein Land, welches keinerlei Zahlungsverpflichtungen an das Ausland hat, oder welches am Welthandelsverkehr entweder gar nicht oder nur als Lieferant, nicht aber als Käufer teilnimmt, ist somit das Währungsproblem ohne große Bedeutung. Wenn es autarke Länder gäbe, die sich aus dem Welthandel absonderten, so würden sie ihre inneren Währungsverhältnisse ohne weiteres durch irgendwelche staatliche Anordnungen regeln können. Das heutige Rußland gibt ein Beispiel hierfür. Brennend aber wird das Währungsproblem für alle Länder, die in den Welthandel verflochten oder von ihm abhängig sind. Diese Tatsache belegt, daß der Auslandszahlungsverkehr für die Währungsstabilität ein entscheidender Faktor ist. Solange Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem Ausland sich die Waage halten, ist die Währung nicht bedroht. Sobald diese Waage aus dem Gleichgewicht tritt, erhebt sich das Währungsproblem. Wir haben bereits gesehen, daß das Gleichgewicht gestört werden kann durch die Auferlegung einseitiger politischer Zahlungsverpflichtungen. Es ist aber klar, daß auch im bloßen Wirtschaftsverkehr Störungen eintreten können, wenn ein Land mehr an Leistungen und Waren von anderen Ländern bezieht, als es selber an das Ausland zum Ausgleich leistet. Übermäßige Einfuhr und mangelnde Ausfuhr sind gleiche Störungsfaktoren für die Währung wie einseitige politische Zahlungsverpflichtungen.

Alle bisherigen Betrachtungen laufen in dem einen Kernpunkt zusammen, daß entscheidend für den Bestand einer Währung der Ausgleich der Zahlungsbilanz ist. Wer eine gesunde Währung haben will, muß für eine ausgeglichene Zahlungsbilanz sorgen. Mit dieser Erkenntnis verschiebt sich die Grundlage der Währungspolitik völlig von denjenigen Faktoren, die in den alten klassischen

Lehrbüchern den Vorrang hatten. Sie legt den Akzent auf eine ordentliche Wirtschaftspolitik, von deren Gelingen die Währungspolitik abhängig ist. Wir haben also die komplexe Erscheinung, *daß eine Währungspolitik ohne gleichgerichtete Wirtschaftspolitik nicht möglich ist.* Keine der beiden kann isoliert von der anderen betrieben werden; und es war eine richtige Erkenntnis, daß die Notenbankenpolitik dem Wirtschaftsministerium eines Landes unendlich viel nähersteht als dem Finanzministerium.

Deutschland hat es zu seinem größten Schmerz verspüren müssen und spürt es noch, welche Konsequenzen es für ein Land hat, wenn eine richtige Erkenntnis der vorgeschilderten Zusammenhänge fehlt. Die Reparationsforderungen haben nach dem ersten Weltkriege die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht. Es hat 12 Jahre gedauert, bis die *Reparationsforderungen* endlich gestrichen wurden. Man kann den Weitblick von Volkswirtschaftlern wie Maynard Keynes nicht genug hervorheben, die schon bei Beginn der Reparationserörterungen ihre wirtschaftliche Undurchführbarkeit voraussagten. Reparationen, d. h. einseitige Zahlungen oder Leistungen, können aus einem Land nur herausgezogen werden, wenn man bereit ist, Güter, die das verpflichtete Land liefert, in Zahlung anzunehmen, oder wenn man die Arbeitskräfte des belasteten Landes zur Zwangsarbeit benutzt. Das erste haben die Siegermächte von Versailles nicht gewollt, weil die von Deutschland zu liefernden Waren ihrer eigenen Produktion Konkurrenz machten; von dem zweiten macht heute Rußland Gebrauch, weil es die deutschen Waren und die deutsche Arbeitsleistung brauchen kann. Die Erkenntnis, daß Sklavenarbeit nicht nur politisch bedenklich, sondern auch unwirtschaftlich ist, wird vielleicht einst auch zu dem Ende dieser Art von Reparationsleistungen führen.

4. Zahlungsausgleich durch Kredit

Nun war es immer so, daß die Zahlungsbilanz auch unter normalen Verhältnissen nicht in jedem Augenblick ausgeglichen sein konnte. Ein großer Teil des internationalen Warenverkehrs ist saisonbedingt, ein großer Teil der Industriefabrikation braucht zwischen Bestellung und Ablieferung Zeit. Zwischen dem Bezug des ausländischen Rohstoffs und der Ablieferung des Fabrikats liegen oftmals viele Monate. Aber diese Lücken sind vorübergehend und können leicht durch Kreditinanspruchnahme ausgeglichen werden. Diesem Ausgleich durch Kredit diente in normalen Wirtschaftszeiten der internationale Bankverkehr insbesondere in der Form des Remboursgeschäftes. Solche Kreditinanspruchnahme ist völlig unbedenklich und fügt sich in den normalen Ablauf internationaler Wirtschaftsbeziehungen zwanglos ein.

Schwieriger wird die Kreditüberbrückung, wenn es sich um einen Zahlungsausgleich handelt, der sich über längere Fristen erstreckt. Solche Fälle sind in der Geschichte überall da eingetreten und bestehen auch heute noch, wo die Produktionsquellen unerschlossener oder wenig erschlossener Länder durch Einsatz von Apparaten, Maschinen, Verkehrseinrichtungen und dergl. aufgeschlossen werden, deren Beschaffung dem unentwickelten Lande natürlich nicht unter sofortiger Zahlung möglich ist. In diesem Fall geschieht die Überbrückung der oft auf viele Jahre sich erstreckenden Lücken in der Zahlungsbilanz in der Regel durch langfristige Anleihen. Für den Käufer solcher Anleihen spielt die Vertrauensfrage in die Rentabilität

und in die geordnete Wirtschaftsführung der Anleihe nehmenden Länder eine Rolle.

Die Geschichte der modernen Wirtschaftsentwicklung lehrt, daß gerade diese Art von internationaler Kreditgewährung von weittragender Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt der Welt gewesen ist. Wir brauchen nur an die vielen südamerikanischen Länder zu erinnern, deren Wirtschaft nur durch die Inanspruchnahme solcher Anleihen, die von den europäischen Industriestaaten gegeben wurden, entwickelt werden konnte. Der Vorgang war so, daß dem betreffenden Lande ein langfristiger Anleihekredit gegeben wurde, mit dem es seine Häfen, Eisenbahnen, Bergwerke und sonstigen Produktions- und Verkehrseinrichtungen erstellte, und daß die Verzinsung und Rückzahlung solcher Anleihen aus der langsam steigenden Produktion erfolgte, die sich aus der Investition solcher Kapitalgüter ergab. Von wenigen Fehlleitungen abgesehen, hat sich dieses Anleihe-Kreditsystem auf das glänzendste bewährt und in allen unentwickelten Ländern der Welt die Vermehrung von Nahrungsmitteln und industriefördernden Rohstoffen so gesteigert, daß sich daraus für die Bevölkerung nicht nur der Anleihe nehmenden, sondern auch der Anleihe gebenden Länder eine gesteigerte und verbreiterte Lebenshaltung ergeben hat. Nirgends hat sich der Kredit so segensreich erwiesen für die Menschheit wie gerade auf diesem Gebiete. Voraussetzung für das Gelingen solcher Kreditoperationen ist, daß die wirtschaftlichen Vorgänge, die ihnen zugrundeliegen, sich normal und erfolgreich abspielen. In den beiden erwähnten Fällen kurzfristigen und langfristigen Kredites ist dies in der Regel der Fall.

Eine ganz andere Situation entsteht, wenn *einseitige Zahlungen* auferlegt werden, wie dies insbesondere nach dem ersten Weltkrieg für Deutschland der Fall gewesen ist. Hätte man sich nach dem ersten Weltkrieg darauf beschränkt, Deutschland seinen Überschuß an Auslandguthaben wegzunehmen, den man ja genommen hat, und vielleicht noch eine Reihe von Jahreszahlungen, die dem Überschuß des deutschen Exports über den Import gleich gewesen wären, so wäre die

ungeheuerliche Wirtschaftszerrüttung, die wir nach dem ersten Weltkrieg erlebt haben, überhaupt nicht eingetreten. Da man dies nicht getan hat, sondern Deutschland Zahlungen auferlegte, die seinen Guthaben- und Handelsüberschuß weit überstiegen, und da alle politischen Kräfte trotzdem auf Zahlungen drängten, so wurde für die Durchführung dieser Zahlungen seitens der Deutschen ausländischer Kredit in Anspruch genommen. Diesem Kredit standen keine wirtschaftlichen Ausgleichsmöglichkeiten gegenüber. Der Kredit diente nicht dazu, Deutschlands Export zu fördern, sondern er diente in ganz überwiegendem Maße dazu, die Reparationen zu bezahlen. Das besonders Bedenkliche dabei war, daß die Gläubiger politische Regierungen waren, und daß sie sich bezahlt machten aus Krediten, die private Ausländer an Deutschland gaben. Insbesondere gaben die Kapitalbesitzer in U.S.A. das Geld im Kreditwege her, womit die englische, französische und andere alliierte Regierungen ihre politischen Forderungen einkassierten. Wenn man dieses Schelmenspiel der Verwandlung politischer in private Forderungen nachträglich überblickt, so kommen einem die schwersten Bedenken über diese Art von Ausnutzung wirtschaftlicher Gepflogenheiten für politische Zwecke. Für dieses Deutschland aufgezwungene System den Deutschen allein die Schuld zu geben, ist sicherlich nicht angezeigt.

Nachdem die Folgen dieser falschen Politik eingetreten sind, hat man sich um die Erkenntnis der Vorgänge eingehender bemüht. Dabei ist festgestellt, daß die verantwortliche deutsche Notenbankleitung vom ersten Tage an, nämlich sofort nach der Gewährung der ersten Anleihe im Jahre 1924, der sogenannten Dawes-Anleihe, und selbst vorher, schon unablässig auf die Gefahr allzu weitgehender Inanspruchnahme ausländischen Geldes hingewiesen hat. Solche Inanspruchnahme war gerechtfertigt für den Einkauf von Rohstoffen, die man veredeln und als Fabrikat wieder ausführen konnte, und sie war gerechtfertigt für den Wiederaufbau ausländischer Handels- und Verkehrs-Organisationen, die ihre Gewinne in ausländischer Valuta hereinholen konnten. Schon

im Mai 1924 auf einer Kundgebung des Hansabundes in Hamburg, also noch vor dem Zustandekommen des Dawes-Planes, führte ich als Reichsbankpräsident aus, daß Auslandskredite verständigerweise nur von denen in Anspruch genommen werden könnten, die sie in Auslandsvaluta zurückzahlen könnten. Im Oktober 1925 in Karlsruhe vor badischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen führte ich aus, daß die hereinkommenden Auslandskredite für die deutsche Wirtschaft eine ungeheure Belastung darstellten, weil die Verzinsung hierfür eine ständige Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz bedeute. Im Januar 1926 richtete die Reichsbank an die Regierung das Ersuchen, die Auslandsanleihen insbesondere der öffentlichen Körperschaften zu beschränken, und im Oktober 1926 vor dem Parlamentarischen Unterausschuß für Geld- und Kreditwesen legte ich in aller Ausführlichkeit dar, welche Gefahren mit der Hereinnahme von Auslandskredit verbunden seien.

Am grundsätzlichsten behandelte ich das Problem des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz in Bochum im November 1927, was mir die besonders erbitterte Feindschaft der Sozialdemokratie eintrug, weil es ihrer so bequemen Spendierwirtschaft mit fremdem Gelde entgegentrat. Der Vortrag führte den bezeichnenden Titel „Eigene oder geborgte Währung". Darin hieß es: „Das Eigenartige unserer Situation besteht nur darin, daß dieses Gleichgewicht aufrechterhalten ist nicht lediglich aus der Kraft eigener Produktionsüberschüsse, sondern aus der Kredithilfe des Auslandes. Das ist an sich gesehen noch kein Unglück. Wenn ein Land so sehr von mobilem Kapital entblößt worden ist, wie dies bei Deutschland durch Krieg und Inflation der Fall war, so ist es durchaus zu rechtfertigen und nur natürlich, wenn man, genau wie dies in der Privatwirtschaft geschieht, für eine Übergangszeit Kredit in Anspruch nimmt. Es ist aber notwendig, sich vor Augen zu halten, daß durch solche Kreditinanspruchnahme die Gleichgewichtslage unserer Zahlungsbilanz nicht für die Dauer herbeigeführt wird, sondern dadurch die Endabrechnung nur hinausgeschoben ist. Ein solches Hinausschieben ist nicht auf die

Dauer möglich. Eine nationale Volkswirtschaft kann nicht dauernd von Kredit leben. Wie lange die Endabrechnung hinausgeschoben werden kann, hängt in erster Linie von der Bereitwilligkeit der Kreditgeber und damit zunächst zum mindesten davon ab, ob wenigstens die Zins- und Tilgungsraten für die hereingenommenen Kredite aus der heimischen Volkswirtschaft derart aufgebracht werden können, daß sie in fremder Valuta an den Kreditgeber abgeführt werden können. Denkbar ist auch hier, daß für einige Zeit die Zins- und Tilgungsraten bestehender Kredite wiederum aus neu aufgenommenen Krediten bezahlt werden, aber einmal muß der Zeitpunkt kommen, wo die Kredite aus eigener Kraft verzinst und getilgt werden können. Das bedeutet, daß Auslandskredite nur insoweit zu verantworten sind, als damit die heimische Produktion angespornt wird und zu Kapitalrücklagen, d. h. zu Ersparnissen gelangen kann."

Gerade diese frühzeitigen Mahnungen, die später unentwegt fortgesetzt wurden, sind hier etwas mehr im einzelnen erwähnt worden, weil man später, als Deutschlands Zahlungsunfähigkeit sich herausstellte, von seiten des Auslandes Vorwürfe gegen Deutschland erhoben hat. Alle Warnungen der Reichsbank sind aber öffentlich im Inland und Ausland erfolgt und konnten überall gehört werden. Vielleicht ist es hier angezeigt, einmal darauf hinzuweisen, daß bei verfehlten Kredittransaktionen nicht immer nur der Kreditnehmer, sondern in hohem Grade auch der Kreditgeber eine Verantwortung trägt. Ganz besonders ist dies der Fall bei denjenigen Unternehmungen, die das Kreditgeschäft berufsmäßig betreiben. Es ist naheliegend, daß der Kreditnehmer die Aussichten der Rückzahlungsmöglichkeit in möglichst rosigem Lichte sieht. Um so mehr ist es Aufgabe des Kreditgebers, die Möglichkeiten der Kreditrückzahlung auch seinerseits auf das sorgfältigste zu prüfen. Daß dies Deutschland gegenüber seitens vieler ausländischer Geldgeber nicht erfolgt ist, darf heute als feststehende Erkenntnis gebucht werden.

Selbstverständlich vermindert dies nicht die Schuld der deutschen Unternehmer, insbesondere der Banken, oder der deutschen Regierung. Ein Ausschuß, den die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel im Sommer 1931 mit der Prüfung der deutschen Auslandsverschuldung beauftragte, berechnete, daß Deutschland in den sechs Jahren von 1924 bis 1930 rund 18 Milliarden Reichsmark Kredit aus dem Ausland empfangen hatte. Von dieser Summe flossen nach dem Basler Bericht 10,3 Milliarden für Kriegstribute (Reparationen) ab, während der Rest für Investitions- und Konsumzwecke, besonders auch der öffentlichen Körperschaften Verwendung gefunden hatte. Dabei war die Verwendung für Konsumzwecke oder für Investitionen, die auch aus inländischen Mitteln hätten erfolgen können, besonders bedenklich. Ein so ernster nationalökonomischer Forscher und Lehrer wie Adolf Weber schreibt in seinem 1947 erschienenen Buch „Geld, Banken, Börsen": „Noch größer als die privatwirtschaftlichen Sünden war das wirtschaftliche Drauflosleben der öffentlichen Hand nach der Stabilisierung. Trotz der großen Kapitalknappheit wirtschaftete man wie aus dem Vollen. Setzt man die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften im Jahre 1924 gleich 100, so ergab sich für 1925 die Ziffer 124, für 1927 156,7 und für 1930 185."

Wenn, wie wir schon gesehen haben, ein Dollar nur in Amerika ausgegeben werden kann, so mußte derjenige Teil der Anleihen, der nicht für politische Zahlungen wieder hinausging, zur Steigerung des Einkaufs ausländischer Waren beitragen. In der Tat hat die deutsche Einfuhr im Jahre 1930 ihren Höchststand nach dem Kriege erreicht und schloß eine große Steigerung des Imports insbesondere von Fertigwaren ein, die wir ebenso gut in Deutschland hätten herstellen können oder aber auf die die Deutschen hätten verzichten können oder müssen. Auf diese Weise hat die Auslandspumperei erheblich zur Steigerung der Arbeitslosigkeit im deutschen Inlande beigetragen. Je mehr Fertigwaren aus dem Auslande hereinkamen, um so schwieriger wurde die Lage für die Her-

steller gleichartiger deutscher Erzeugnisse. Besonders bedenklich haben sich in diesen Jahren die Banken verhalten, indem sie, da ihnen als Banken langfristige Anleihekredite nicht zugängig waren, kurzfristige Gelder von ausländischen Banken hereinnahmen und deren Gegenwert in inländischen Krediten anlegten.

Ganz ähnlich wie in Deutschland verlief die Entwicklung in Österreich, wo im Frühjahr 1931 die Katastrophe einsetzte, als die Österreichische Kreditanstalt nicht mehr in der Lage war, gekündigte kurzfristige Auslandskredite zurückzuzahlen. Schon im Herbst 1929 war die Sanierung der Österreichischen Bodenkreditanstalt aus dem gleichen Grunde auf größte Schwierigkeiten gestoßen. Die Vertrauenskrise, die mit der Kündigung aller ausländischen kurzfristigen Kredite in Österreich einsetzte, pflanzte sich auf Deutschland fort und führte Mitte Juli 1931 zur deutschen Zahlungseinstellung an das Ausland.

Daß die deutsche Öffentlichkeit die Gefahren der Auslandskredite so sehr unterschätzte, ja sie zum Teil gar nicht sah oder nicht sehen wollte, war zum Teil wohl auch dadurch verursacht, daß auch in der nationalökomischen Wissenschaft dieses Problem so falsch wie nur möglich behandelt wurde. Wie in der Währungsfrage auf die Goldautomatik, so verließ man sich in der Frage der Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland auf eine ähnliche Theorie. Welcher Art diese Theorie war, geht am besten aus einer Polemik hervor, die der als Nationalökonom durchaus geschätzte Herausgeber des „Deutschen Volkswirts", Dr. Georg Stolper, Reichstagsmitglied der demokratischen Deutschen Staatspartei, gegen ein Mitglied der Reichstagsrechten, den konservativen Abgeordneten Quaatz führte, der darauf hingewiesen hatte, welche Katastrophe bei plötzlicher Rückforderung der Auslandskredite eintreten müsse. Ihm erwiderte Stolper: „Zunächst würde der Zinsmechanismus zu sprechen beginnen, die Zinserhöhung den Goldstrom wenigstens zum Teil wieder nach Deutschland zurücklenken. Aber würde selbst der Zinsmecha-

nismus völlig versagen, längst bevor der deutsche Notenumlauf auf Null gesunken wäre, ja bevor die Kreditrestriktion den Notenumlauf auch nur halbiert hätte, wäre trotz der sehr komplizierten Theorie des Herrn Quaatz, nach welcher Deflation teure Preise bewirkt, ein ungeheurer Preissturz in Deutschland eingetreten. Die Folge wäre eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr und ein rapides Sinken der Einfuhr, so daß der nach Deutschland gerichtete Devisenstrom die Rückzahlung der gekündigten Darlehen, die Zahlung der Reparationen und Zinsen gestatten würde."

Diese Ausführungen wurden am 20. Februar 1931 gemacht. Drei Monate später setzte der Finanzkrach ein, der im Laufe von sechs Wochen sämtliche Theorien des „Deutschen Volkswirts" ad absurdum führte. Man mag darüber hinwegsehen, daß die als möglich angenommene Halbierung des Notenumlaufs, der ungeheure Preissturz und ein rapides Absinken der Einfuhr nicht als Katastrophe gewertet werden, obwohl sie es sind, viel wesentlicher ist, daß die Folgen der Zinserhöhung — der Reichsbankdiskont wurde auf 15 % heraufgesetzt — nicht im geringsten die erwartete Wirkung auslöste, den abfließenden Goldstrom wieder nach Deutschland zurückzulenken oder eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr herbeizuführen. Vielmehr trat das gerade Gegenteil ein. Das Vertrauen in Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage verwandelte sich derartig schnell in das Gegenteil, daß kein noch so hoher Zinssatz irgend Jemanden verlockt hätte, Geld nach Deutschland zu legen oder es dort zu lassen. Alle derartigen ausgeklügelten Wirtschaftstheorien mögen unter normalen, durch lange Friedensdauer gestützten Verhältnissen zutreffen, Krieg, Kriegsfurcht, politische Gewalt usw. werfen alle Theorien über den Haufen.

Wenn es auch richtig ist, daß die ganze Krisis des Zahlungsausgleichs im Jahre 1931 in erster Linie durch die einseitigen politischen Forderungen hervorgerufen worden ist, so wäre doch die Situation wesentlich erträglicher und wohl auch leichter heilbar geworden, wenn nicht auch der internationale Wirt-

schaftsverkehr eine äußerst unbefriedigende Entwicklung genommen hätte. Je mehr Zahlungen man Deutschland auferlegte, je mehr also die Notwendigkeit für Deutschland bestand, Auslandsvaluta aufzubringen, um so energischer mußte Deutschland versuchen, seine Fabrikate auf dem Weltmarkte abzusetzen, um Devisen für Auslandszahlungen zu verdienen. Dieser Drang des deutschen Exports machte sich bei den anderen Industrieländern um so unerfreulicher bemerkbar, als vom Herbst 1929 an die allgemeine Weltkonjunktur nachließ. Nicht nur, daß den mit Deutschland konkurrierenden Industrieländern die deutsche Konkurrenz auf den übrigen Märkten lästig fiel, nein, auf den eigenen Inlandsmärkten dieser Länder machte sich der deutsche Import störend bemerkbar. So setzte sehr bald eine verstärkte Abwehrbewegung gegen den deutschen Export ein, indem man zunächst zu Zollerhöhungen schritt, denen bald schärfere Maßnahmen wie Kontingentierungen, Diskriminierungen und dergleichen folgten. Überall sah sich der deutsche Export schwersten Hemmungen, ja zum Teil völliger Absatzunmöglichkeit gegenüber.

Dieses, verbunden mit dem Stocken der deutschen Zahlungen, verschärfte die Weltkrisis außerordentlich und ließ das Vertrauen überall absinken. Man begann in einigen ausländischen Staaten, den Erlös der deutschen Exporte zu beschlagnahmen und daraus die von Deutschland geschuldeten Anleihezinsen zu bezahlen. Hierdurch wurde das ganze Außenhandelssystem in eine neue Linie gezwungen, denn man konnte von Deutschland unmöglich erwarten, daß es, ohne jeden Gegenwert zu erhalten, exportieren solle. Als ein Industrieland, das auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen angewiesen war, mußte Deutschland sich nach neuen Außenhandelsmethoden umsehen, die seine Rohstoff- und Nahrungsmittel-Einfuhr sicherten. Wir werden auf diese handelspolitische Entwicklung noch weiter einzugehen haben, hier ist zunächst noch einmal festzuhalten, daß jeder Auslandskredit, der nicht in ausländischen Wirtschaftstransaktionen seine natürliche Auflösung findet, eine große Gefahr für die Währung bedeutet.

Dennoch hat das Bemühen des Auslandes um die Beseitigung der 1930 eingetretenen Weltkrisis nicht die Richtung genommen, durch handelspolitische Maßnahmen die Wiederherstellung eines normalen internationalen Warenaustausches herbeizuführen, sondern man ist zunächst den falschen Weg gegangen, *von der Geldseite her* die Handelspolitik zu beeinflussen. Die Geldabwertung, die im Gefolge des Krieges unter dem Zwang ungeordneter Wirtschaftsverhältnisse eingetreten war, hatte das schlechte Beispiel ergeben, daß Länder mit abgesunkener Währung ihre Ware, weil sie billiger war, leichter los wurden als solche mit stabil gebliebener Währung. Das hatte jedoch zur Folge eine Benachteiligung der inländischen Verbraucherkreise, insbesondere der breiten Masse der Arbeiterschaft, weil abgewertete Währung auch sinkende Kaufkraft im Innern mit sich brachte. Dennoch griff die Wirtschaftspolitik einer Reihe von Ländern zu dem Mittel, ihre eigenen Währungen bewußt und planmäßig *abzuwerten*, um dadurch die eigenen Exportwaren für den Weltmarkt billiger zu gestalten, ohne zu bedenken, daß damit die nötige Rohstoffeinfuhr sich verteuerte. *Die Währungspolitik wurde damit zu einem Mittel der Handelspolitik, anstatt umgekehrt, die Handelspolitik zu einem Mittel der Währungspolitik zu machen.*

Es liegt auf der Hand, daß ein solches allumfassendes *Warendumping* durch Abwertung von den konkurrierenden Ländern nicht ruhig hingenommen wurde. Dem englischen Abwertungsbeispiel vom September 1931 folgten daher nicht nur eine ganze Reihe europäischer Länder, sondern vor allem auch das wirtschaftlich so starke Amerika. Schon damit wurde der mit der Abwertung beabsichtigten Exportförderung sehr bald ein Dämpfer aufgesetzt. Es hatte keinen Zweck abzuwerten, wenn die Konkurrenz das Gleiche tat. Die abwertenden Länder verbesserten ihre Wirtschaftslage nicht, die Weltkrise wurde nicht behoben.

Es lohnt, sich einmal die Abwertungen jener Jahre im Zusammenhang anzusehen. Im Sommer 1931 werteten mit Großbritannien ab der größte Teil seiner Kolonien und Dominions, ganz Skandinavien, Portugal, Ägypten, Irak, Japan, Mexiko, Bolivien. Im Jahre darauf folgten Griechenland, Jugoslavien, Ungarn, Thailand, Chile, Peru, Ecuador. Der Abwertung der Vereinigten Staaten im April 1933 folgten fast sämtliche übrigen lateinamerikanischen Länder. In den beiden Jahren danach schlossen sich Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Rumänien, Schweiz, China, Iran, Mandschurei an. Es ist erstaunlich, heute erneut von wünschenswerten oder bevorstehenden Abwertungen in England und anderswo zu hören, wenn man sich den vorstehenden circulus vitiosus vergegenwärtigt.

Es muß immer wieder gesagt werden, daß die Währung nur dazu da ist, den Güteraustausch und den Kapitalverkehr auf möglichst wertbeständiger Grundlage zu ermöglichen und zu sichern, nicht aber dazu, durch künstliche Manipulierung Preise, Löhne, Schulden und dergleichen in ihrem Werte zu beeinflussen.

Je mehr und je länger die Wiederbelebung des Welthandels und der Ausgleich von Export und Import auf sich warten ließ, um so ausgedehnter wurde das Netz der gesetzlichen Bestimmungen, die für den Währungsschutz eingesetzt werden mußten. Wenn es nicht mehr möglich war, die fälligen Zahlungen an das Ausland zu leisten, weil der Vorrat an Gold und fremden Zahlungsmitteln (Devisen) erschöpft war oder der Export versagte, dann bestand immer noch die Möglichkeit, die eigene Währung im Ausland unter Preis zu verkaufen. Das war der Weg gewesen, den die deutsche Reichsmark nach dem ersten Weltkrieg hatte gehen müssen, als es nicht gelang, die Grenzen für den Markexport zu sperren. Nunmehr, zu Beginn der 30er Jahre, setzte ein engmaschiges Netz von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen ein, welches den Export der eigenen Währung unterband, den Verkehr mit Devisen regelte und dadurch die

eigene Währung wenigstens im Inland aufrechthielt. Das geschah nicht etwa nur in Deutschland, sondern nahezu in allen Welthandelsländern. Wir haben heute ein buntes Nebeneinander von Währungen, die nicht durch Gold oder durch einen natürlichen Handels-Zahlungsausgleich gestützt sind, sondern die auf Verboten und Regulierungen einer drakonischen Gesetzgebung über Außenhandel und Devisenverkehr beruhen. Ohne eine Beseitigung dieser zahllosen, in nahezu allen Ländern bestehenden Devisenbestimmungen ist eine Wiederherstellung des internationalen Handels und eine Belebung des Weltverkehrs völlig unmöglich. Die Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft muß die erste Aufgabe jeder Politik sein, die auf die Wiederherstellung und Wiederbelebung des Welthandels gerichtet ist.

5. Zahlungsausgleich durch bilaterale Handelsverträge

Den Weg der Abwertung, den England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und andere Länder einschlugen, hat Deutschland nicht betreten. Die Gründe für die Nichtabwertung waren im wesentlichen zwei, wenn wir von der psychologischen Einwirkung absehen, die für das inflationsgeängstigte deutsche Publikum eine neue Abwertung gehabt hätte. Deutschland ist ein auf den Import von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in hohem Grade angewiesenes Land. Mehr als 20 % seines Außenhandels bestand in lebenswichtigen Einfuhren, die unter allen Umständen hereinkommen mußten, wenn die deutsche Wirtschaft aufrechterhalten bleiben sollte. Dies führt für Deutschland heute wie damals eine besonders

schwierige Lage herauf. Eine Abwertung der deutschen Mark würde eine Verteuerung dieser Importe bedeuten. Je niedriger die Mark steht, um so mehr Mark müssen für den Import gezahlt werden.

Der zweite Grund dafür, daß Deutschland nicht abwertete, war die außerordentliche *Verschuldung Deutschlands* in ausländischer Valuta. Zu Beginn der 30er Jahre betrug die gesamte Außenhandelsschuld Deutschlands rund 25 Milliarden Mark, die aber nicht in Mark, sondern in fremder Valuta, d. h. in Devisen, zu zahlen waren. Durch die Währungsabwertung der Gläubigerländer Amerika, England, Frankreich usw. verringerte sich diese Schuld automatisch um den Abwertungsbetrag. Hätte Deutschland mit abgewertet, so würde die Auslandsschuld in alter Höhe bestehen geblieben sein. Aus diesen beiden wesentlichen Gründen hielt Deutschland an seiner alten Markparität fest.

Dagegen beschritt Deutschland einen anderen Weg, um seine Importe zu sichern und dennoch seine Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Zunächst verminderte Deutschland seine laufenden Zahlungen an das Ausland dadurch, daß es nach dem Reichsmarkzusammenbruch vom Sommer 1931 mit seinen Auslandsgläubigern Abmachungen traf, die die Abzahlung seiner Schulden auf längere Zeit erstreckten und Zins- und Tilgungszahlungen für kurz- und langfristige Kredite ermäßigten. Damit war aber für den laufenden Zahlungsausgleich noch nicht viel gewonnen. Deutschland mußte seine laufenden notwendigen Importe sicherstellen, indem es trotz aller ihm im Ausland entgegentretenden Handelshemmnisse seinen Export in entsprechendem Umfange aufrecht erhielt. Infolgedessen ging Deutschland zu einer neuen Art von Handelspolitik über, indem es die bisher in fast allen Handelsvertragsabmachungen auftretende Meistbegünstigungsklausel aufgab und stattdessen mit einzelnen Ländern *zweiseitige Abmachungen* über den gegenseitigen Kauf der beiderseitigen Erzeugnisse abschloß. Dieses bilaterale Handelssystem beruhte auf der einfachen Überlegung, daß, wenn auf

dem allgemeinen Weltmarkt ein ausreichender Absatz nicht möglich war, der die nötigen Devisen für einen Einkauf auf dem Weltmarkt aufbrachte, man dann sich diejenigen Länder als Handelspartner aussuchte und verpflichtete, die in der Lage und willens waren, die von Deutschland benötigten Güter zu liefern und sich dagegen ihrerseits mit deutschen Waren bezahlt zu machen.

Dieses bilaterale Handelssystem ist bei seiner Einführung von den daran beteiligten Ländern gern akzeptiert worden, denn auch diese Länder, die ja in erster Linie Agrar- und Rohstoffländer waren, hatten unter der Weltmarktkrise schwer zu leiden. Nun aber eröffnete sich ihnen ein Markt, den sie als „bevorzugter Lieferant" beschicken konnten. Die übrigen Länder des Weltmarktes, im wesentlichen die mit Deutschland konkurrierenden Industrieländer, erblickten indessen in diesem deutschen bilateralen Handelssystem eine schwere Benachteiligung ihrer Interessen, da ihnen auf diese Weise ein Teil des Weltmarktes weggenommen wurde.

Zu dieser Kritik des bilateralen Handelssystems ist zu sagen, daß dieses System nicht aus Theorie oder aus irgendeiner intriganten Absicht heraus erfunden worden ist, sondern daß es sich mit Notwendigkeit aufgedrängt hat, weil die Schwierigkeiten, denen Deutschland durch die ihm auferlegten Reparationszahlungen und durch die sich anschließenden handelspolitischen Hemmungen seitens des Auslandes (Zollerhöhungen, Kontingentierungen usw.) begegnete, es ihm einfach unmöglich gemacht hatten, seine Zahlungsbilanz wenigstens in dem Umfange aufrecht zu erhalten, der durch seinen lebensnotwendigen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln vorgezeichnet war. Daß hier kein böser Wille oder irgendein politisches Raffinement vorlag, ergibt sich wohl am besten daraus, daß nach Beendigung des zweiten Weltkrieges eine ganze Reihe von Ländern ebenfalls zu solchen zweiseitigen Handelsabmachungen übergegangen sind, weil eine Wiederbelebung des Weltmarktes nach den alten Regeln der Meistbegünstigungspolitik nicht eintrat. In erster Linie gehört heute zu den Partnern der bilateralen Handelspolitik Großbritan-

nien, das einst der Vorkämpfer der Meistbegünstigungspolitik war. Großbritannien hat mit Argentinien ein bilaterales Handelsabkommen sogar auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Es ist klar, daß solche Verträge der Wiedereinführung eines multilateralen Welthandelsverkehrs schwere Hemmungen und Einschränkungen bereiten. Aus der gegenwärtigen Not heraus sind sie so gut wie unvermeidlich, legen aber um so dringlicher die Notwendigkeit dar, zum allseitigen Welthandel, wie er vor den beiden Weltkriegen bestand, zurückzukehren.

Es ist Deutschland nicht einmal der Vorwurf zu machen, daß es als erstes Land die bilaterale Handelspolitik eingeführt hätte. Vorläufer hierfür ergaben sich bereits, als die russische Sowjet-Republik zur Verstaatlichung ihres gesamten Außenhandels überging. In gleicher Richtung laufen die Totaleinkäufe gewisser Rohstoffe seitens der alliierten Mächte während des zweiten Weltkrieges, beispielsweise wenn England die gesamte ägyptische Baumwollernte aufkaufte. Auch hier sehen wir, daß die wirtschaftliche Not zur Mutter solcher unerfreulichen wirtschaftspolitischen Neuerungen wird, wie denn überhaupt die Umwälzung, die der Krieg in alle unsere volkswirtschaftlichen Erfahrungen gebracht hat, gar nicht schwerwiegend genug eingeschätzt werden kann.

Unerfreulich ist das bilaterale Handelssystem insbesondere aus dem Grunde, weil es zwangsläufig mit einer staatlichen Bürokratisierung der Wirtschaft verbunden ist. Es wirkt damit in der gleichen Richtung wie die Devisenzwangswirtschaft und leistet somit dem schlecht verstandenen Sozialismus in der gesamten Weltwirtschaft Vorschub. Dieser schlecht verstandene Sozialismus besteht darin, daß er an die Stelle des individuellen Nachdenkens und Mühens, aus dem der Einzelne sich seinen wirtschaftlichen Lohn erwartet, die bürokratische, nach vorgeschriebenen Regeln mehr oder weniger automatisch erfolgende Behandlung wirtschaftlicher Probleme setzt, deren Erfolg sich in einem kollektiv festgesetzten Beamtengehalt ohne Wertung der individuellen Leistung erschöpft. Devisen-Zwangswirtschaft erfordert eine dauernde bürokra-

tische Überwachung nahezu jeder einzelnen Wirtschaftsoperation. Das bilaterale Handelssystem benötigt eine gleichartige Kontrolle. Es ist möglich, daß die Menschheit mit solchem System eine Weile auskommt, und es scheint, daß die augenblickliche politische Tendenz in der ganzen Welt einem solchen System zuneigt. Unter keinen Umständen aber ist mit diesem System eine Wiederbelebung oder Erweiterung des Weltmarktes zu erwarten. Wir müssen uns losmachen von den Methoden, in die uns die wirtschaftliche Not hineingezwungen hat, eine wirtschaftliche Not, die wir einzig und allein der Kriegspolitik und der nationalistischen Rivalität verdanken. Sozialismus sollte etwas ganz anderes sein als kollektivbürokratische Beamtenwirtschaft. Fortschritt in Technik, Wirtschaft und Wohlfahrt werden wir nur erzielen, wenn wir das Streben des Einzelnen mit dem sich daran anschließenden materiellen und moralischen Erfolg wieder lebendig machen.

Unerfreulich ist das bilaterale Handelssystem auch deswegen, weil es notgedrungen zur Beschränkung des Güteraustausches führt, indem es nur danach Ausschau hält, wo man die allernotwendigsten Dinge bekommen kann. Das bilaterale Handelssystem tendiert zu einer Herabminderung des Wirtschaftsstandards auf das niedrigste Niveau. Eine allseitige Ausdehnung des Bedarfs an immer neu auftauchenden und neu erstrebten Wirtschaftsgütern wird durch dieses System nicht herbeigeführt. Es muß sich naturnotwendig auf eine Reihe der zum Leben notwendigsten Güter beschränken, weil für die Ausdehnung auf neue Güter die Vielseitigkeit des Weltmarktes fehlt. Das bilaterale Handelssystem wirkt genau wie die sozialistische Staatsbürokratie auf Ausschaltung bezw. Einschränkung des individuellen Strebens nach immer neuen Gebrauchsgütern, die den Inhalt des zivilisatorischen Fortschritts ausmachen.

6. Das deutsche Problem im Mittelpunkt der Weltkrise

Es ist kein Zeichen von Überheblichkeit oder von Selbstüberschätzung, wenn festgestellt werden muß, daß das deutsche Wirtschaftsproblem den Kernpunkt der derzeitigen Wirtschaftskrise ausmacht. Welche weitreichende Bedeutung Deutschland als Produzent und Konsument im internationalen Wirtschaftsleben einnahm, ist der Welt erst klar geworden, nachdem dieses wirtschaftliche Aktionsfeld zerstört worden ist. Es ist uns wie bei einem Leichenbegängnis zumute, wo das Wirken des Verstorbenen erst ins Bewußtsein tritt. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was die Aneignung der deutschen Patente, Erfindungen und Forschungsergebnisse seitens des Auslandes, die nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte, für Wertschätzung in den Ländern erfahren hat, die von dieser Wegnahme profitierten. Man braucht auch nur an das Staunen zu denken, das die einfachen Soldaten der Siegermächte nicht losließ, als sie, in die deutschen Wohnungen eindringend, gewahr wurden, auf welchem Lebensniveau der deutsche Arbeiter gestanden hatte. Es war an praktischem Sozialismus in Deutschland mehr geleistet worden, als die theoretischen Programmforderungen in anderen Ländern erstrebt hatten. Alles dies hätte man freilich schon nach dem ersten Weltkrieg in sich aufnehmen können. Denn als 1930 die Krise hereinbrach über einen trügerischen Kredit, der bis dahin das durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Unheil verdeckt hatte, da erfuhr man, was es hieß, 70 Millionen hochqualifizierter deutscher Konsumenten für so viele Welt-

markterzeugnisse aufnahmeunfähig gemacht zu haben. Gewiß sind 300 Millionen Inder und 400 Millionen Chinesen ein zukunftsschwangerer Markt, aber es wird viele Jahre dauern, bis diese Länder eine Konsumhöhe erreichen werden, wie sie 70 Millionen Deutsche vor dem Weltkrieg gehabt haben.

Diese Schrift soll sich nicht mit der allgemeinen Politik befassen, sondern sich im Rahmen des Wirtschaftlichen und Finanziellen halten. Dann ist aber jedenfalls festzustellen, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft mit den Versailler Reparationen (ursprünglich vertraglich niedergelegt mit 120 Milliarden Reichsmark) der schwerste Schlag gewesen ist, den man dem Welthandel versetzen konnte. Diesem ersten Fehler fügte sich als zweiter der Unfug einer übermäßigen ausländischen Kreditgewährung an, der die Störungen des Welthandels zwar vorübergehend verdecken, niemals aber das Problem selbst lösen konnte. Kredit bedeutet stets nur eine Vertagung der Endlösung, niemals aber die Endlösung selbst.

Mit allem Schwergewicht und mit aller Ängstlichkeit erhebt sich die Frage, ob wir nach dem zweiten Weltkrieg aus den Erfahrungen des ersten gelernt haben. Eines ist gewiß, die Tatsache, daß das deutsche Problem den Mittel- und Angelpunkt der internationalen Wirtschaftspolitik ausmacht, hat sich auch nach dem zweiten Weltkrieg nicht verschoben. In einer Beziehung sind die Siegermächte heute zurückhaltender geworden, sie haben sich vor einem Definitivum in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen Deutschland gegenüber gehütet. Daß die damit verbundene Unfreiheit und Hörigkeit des deutschen Volkes eine gefährliche psychische und politische Belastung darstellt, soll hier wiederum ganz außer Ansatz bleiben. Es soll auch jetzt nur die wirtschaftliche und finanzielle Konsequenz ins Auge gefaßt werden. Da ergibt sich aber, daß der Schwebezustand, in dem sich Deutschland heute befindet, schwere neue Probleme mit sich bringt.

Eine Bevölkerung, die nicht weiß, wohin sie steuert und wofür sie arbeitet, wird schwerlich diejenigen Anstrengungen

auf wirtschaftlichem Gebiet machen, die im Interesse der Wiederbelebung der Weltwirtschaft erforderlich sind. Daß eine bloße Sklavenarbeit, wie sie die Deutschen der Ostzone heute für Rußland leisten, niemals wirtschaftlich befriedigende Erfolge zeitigen kann, ist klar. *Je länger der Mangel jeglicher Souveränität Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete andauert, um so länger wird auch die Wiederbelebung der Weltwirtschaft auf sich warten lassen, weil das deutsche Aktionsfeld nicht wieder zur Wirkung gelangt.*

Von diesem Aktionsfeld aber sind die Deutschland *umgebenden Länder* in hohem Maße abhängig. Belgien und Holland, die skandinavischen Länder ebenso wie Italien und der Balkan profitierten von der günstigen deutschen Wirtschaftsentwicklung in höchstem Maße. Mit der bevormundenden Verwaltung, die die Besatzungsmächte heute in Deutschland ausüben, sind, wenn auch die Besatzungskosten formal von den Deutschen aufgebracht werden müssen, Lasten und Unbequemlichkeiten auch für die Besatzungsmächte verbunden, die sich auf deren Eigenwirtschaft abträglich auswirken müssen. Die Tatsache aber, daß Deutschland infolge seiner derzeitigen mangelnden Erzeugung weniger denn je in der Lage ist, die erforderliche Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus seinem Export zu decken, hat die groteske Auswirkung zur Folge gehabt, daß dieses Defizit aus dem Staatssäckel der Siegermächte gedeckt werden muß. Daß hierbei Amerika die Hauptrolle spielt, ist kein Trost für die übrigen Alliierten, weil unter dieser amerikanischen Belastung auch die außenpolitischen Beziehungen dieser Länder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die im Augenblick des ersten Rache- und Angstgefühls propagierte Idee einer teilweisen Ausrottung des deutschen Volkes und seiner Begrenzung auf ein numerisch bescheidenes Hirten- und Bauernvolk hat vor dem geschichtlichen Verantwortungsbewußtsein nicht lange standhalten können. So mußte der

Hoover-Plan das Verständnis wecken für die Tatsache, daß man dem hochentwickelten Industrievolk der Deutschen seine Aufgabe nicht ändern kann, sondern die Lösung für seine weitere friedliche Existenz in gleicher Richtung wie bisher suchen muß. Im Verfolg dieses Zieles entstand der hochherzige und kluge Marshall-Plan, der für Deutschland die Wiederaufrichtung der deutschen Industrie in sich schloß. Es steht einem Deutschen schlecht an, die Frage zu erörtern, ob alle 18 Länder, die dem Marshall-Plan auf der Tasche liegen, in gleicher Weise und gleicher Dringlichkeit seiner Hilfe bedurften oder noch bedürftig sind. Festzustellen ist aber, daß die Gelder des Marshall-Planes in den verschiedenen Ländern sehr verschiedenartige Verwendung gefunden haben und noch finden.

Wichtiger ist für Deutschland die Frage, ob das erstrebte Ziel, nämlich die Ausgleichung der Zahlungsbilanz Deutschlands bei Beendigung des Marshall-Planes erreicht sein wird oder nicht. Diese Frage wird mit gutem Gewissen kein Wirtschaftler mit „ja" beantworten können. Ganz abgesehen davon, daß Deutschlands Wirtschaft heute mit der Aufbringung der Mittel für die Besatzungsmächte noch auf längere Zeit hinaus belastet sein wird, und ganz abgesehen davon, welche Exporte Deutschland als Reparationen abzuliefern haben wird, in keinem Falle, auch wenn diese beiden Faktoren aus der Berechnung ausscheiden sollten, ist zu erwarten, daß Deutschland im Jahre 1952 eine ausgeglichene Zahlungsbilanz aufweisen wird. Wer das Gegenteil behauptet, betrügt sich und andere. Wir können dieser Tatsache gar nicht früh genug und gar nicht klar genug ins Auge sehen, wenn wir eine neue Katastrophe vermeiden wollen. Daß bei aller Anerkennung für die wohlmeinenden Absichten und den grundsätzlich richtigen Weg des Marshall-Planes sich Zweifel erheben, ob mit der formalen Durchführung des Marshall-Planes wirklich alles getan sein sollte, wird am besten ersichtlich aus den Erörterungen, die in den Kreisen des amerikanischen Kongresses und Senats immer

wieder laut werden. Der Marshall-Plan ist kein Allheilmittel, er hat aber den ungeheuren Vorteil gebracht, die augenblickliche schwierige Lage zu überbrücken und uns Zeit zu geben, auf endgültig wirksame Pläne und Maßnahmen zu sinnen. Denn daß die Marshall-Plan-Geldhilfe sich nach Beendigung der ersten vier Jahre auf unbegrenzte Zeit fortsetzen könnte, ist doch wohl eine gar zu kindliche Vorstellung.

Es ist sehr verständlich, daß die Amerikaner sich Gedanken über die Auswirkungen des Marshall-Planes machen. Es würde aber noch verständlicher sein, wenn wir Deutschen dies täten, denn wir sind die Nächstbetroffenen. Die führenden deutschen Wirtschaftler und Finanzleute sollten Tag und Nacht darüber nachdenken einmal, ob die Marshall-Gelder, die Deutschland zufließen, in der richtigen Weise verwendet werden, so daß bei ihrem Ablauf auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz Deutschlands zu rechnen ist, und zweitens, was zu geschehen hat, wenn dieses Ziel bei Beendigung des Marshall-Planes nicht erreicht wird. Es liegt unbedingt ein großes deutsches Versäumnis darin, daß von einer öffentlichen Erörterung dieses Themas in Deutschland bisher wenig zu spüren ist, und daß auch von irgendwelchen Vorschlägen in der angedeuteten Richtung nichts verlautet. Ein Volk, das kein höheres Ziel haben darf, als seine souveräne Freiheit wieder zu erringen, muß in allererster Linie Mittel und Wege aufzeigen, um seine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit zu sichern. Verfassungs- und Verwaltungsfragen sind zweckmäßig. Wirtschaftsfragen sind lebensnotwendig. Je mehr wir den Westmächten mit Anregungen, Vorschlägen und Wirtschaftsideen zur Seite stehen, je mehr wir dadurch versuchen, uns wieder eine eigene Verantwortung zu erobern, um so eher besteht die Möglichkeit, unsere staatliche Freiheit zurückzugewinnen.

7. *Die Deutsche Kapitalnot*

Das Deutschland nach dem z w e i t e n Weltkrieg unterscheidet sich von dem Deutschland nach dem e r s t e n Weltkrieg in wirtschaftlicher Beziehung ganz außerordentlich. Der Krieg der Jahre 1914 bis 1918 hatte das deutsche Reichsgebiet kaum erreicht, und die Zerstörungen innerhalb des Landes waren gering. So ergab es sich, daß Deutschland in die Zeit nach dem e r s t e n Weltkrieg mit einer zwar vielfach zurückgebliebenen, aber doch im großen und ganzen intakten Produktionsmaschinerie eintrat. Durch das Friedensdiktat von Versailles wurden ihm zwar alle flüssigen Betriebsmittel an Auslandsanlagen, Wertpapieren, Geld und Waren zum größten Teil fortgenommen, aber das Produktionspotential blieb nahezu unangetastet. Das ist der Grund, warum Deutschland wirtschaftlich in dem Jahrzehnt von 1920 bis 1930 relativ rasch wieder in eine Wirtschaftsstellung hineingelangte, die einen Ausgleich seiner Zahlungsbilanz hätte herbeiführen können, wenn die Politik im Inland und Ausland auf diese Notwendigkeit Rücksicht genommen hätte.

Nach dem z w e i t e n Weltkrieg ist die Lage Deutschlands völlig verändert. Nicht nur sind ihm alle flüssigen Mittel, Geldvorräte und dergleichen genommen, sondern seine Produktionsmaschinerie ist in einem unvorstellbaren Ausmaße vernichtet. Die Luftangriffe des Feindes und zum Schluß seine Artillerie haben alle großen Fabrikanlagen und in erster Linie diejenigen der sogenannten Schwerindustrie, also der Grundindustrien, vernichtet. Hier hilft nicht nur die Zuführung von

Betriebsmitteln, wie es nach dem ersten Weltkrieg geschah, sondern benötigt wird die Zuführung von Anlagekapital zur Wiedererrichtung der Betriebsstätten und Fabrikeinrichtungen. Die Kapitalbeschaffung hierfür ist das vorwiegendste Problem der deutschen Wirtschaft, um so mehr als es sich dabei um weit größere Summen handelt, als dies nach dem ersten Weltkrieg der Fall war. Während nun die Ernährung des deutschen Vo''es durch amerikanische Importe sichergestellt wurde — ein Akt der Humanität, für den stets Dank geschuldet werden muß —, blieb das Problem der Kapitalzufuhr für die Wiederingangsetzung der deutschen Industrie ungelöst. Denn der Versuch, durch Abänderung der deutschen Währung die Produktion in Gang zu setzen, mußte versagen, weil damit nicht nur kein neues Kapital beschafft, sondern im Gegenteil vorhandenes Betriebskapital auch noch vernichtet wurde. Die notgedrungen mangelhaften Löhne, der illegale Warenhandel, der sich unter Umgehung von Vorschriften der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem schwarzen Markt austobte, und die hohen Ziffern des während der Kriegszeit angeschwollenen Geldumlaufs reizten zu einem Eingriff in die Währungslage. So verständlich dieses scheinen mag, so konnte doch ein Eingriff in die Währungslage nur ein Kurieren am Symptom sein, während das Übel anderswo, nämlich in den gehemmten Produktionsverhältnissen lag. Im Verhältnis zu dem während des Krieges zurückgestauten und durch die Zerstörungen und Vertreibungen ungeheuer angewachsenen zivilen Güterbedarf war die Produktion der verbleibenden Restindustrie völlig unzureichend. Daher erwies sich, wie bei den Nahrungsmitteln, zunächst eine Rationierung auch der gewerblichen Verbrauchsgüter als notwendig, verbunden mit zwangsverordneten Höchstpreisen. Je schärfer indessen die Rationierungen und Kontingentierungen seitens der Verwaltung wurden, um so größer wurden die Umsätze auf dem schwarzen Markt. Man glaubte, sie mit einem Währungsschnitt einschränken oder gar beseitigen zu können. So kam es zu der sogenannten Währungsreform im Sommer 1948.

Wenn eine gewisse Besserung im Schwarzhandel eingetreten ist, so wird es niemandem möglich sein zu beweisen, daß diese Besserung dem Währungsschnitt zu verdanken ist. Denn der Währungsschnitt wurde zum Anlaß genommen, um eine Reihe von Waren aus der Rationierung herauszunehmen und ihre gebundenen Preise freizulassen, so daß nunmehr Waren auf den Markt kamen, die wegen der zwangsverordneten niedrigen Preise zurückgehalten oder, wie der Ausdruck lautete, „gehortet" worden waren. Sicherlich wäre diese Erscheinung auch eingetreten, wenn man die vergrößerte Marktfreiheit und die freiere Preisgestaltung vorgenommen hätte, ohne daß ein Währungsschnitt erfolgt wäre. Ob ich für ein Pfund Butter 150 alte Mark oder 15 neue Mark zahle, ist kein Unterschied. Die bloße astronomische Höhe der Geldziffer macht nichts aus; sonst müßten sich in einem Lande wie Frankreich ähnliche Notwendigkeiten herausstellen, was nicht der Fall ist, obwohl auch Frankreich über astronomische Geldumlaufziffern zu klagen hat. Der Schwarzmarkt spielt in Frankreich eine wesentlich geringere Rolle, weil dort das Güterangebot für den Unterhalt der Bevölkerung reichlicher ist. Auch bei uns hat die allerdings langsam vermehrte Produktion der drei Jahre vom Mai 1945 bis Juni 1948 eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit den gewöhnlichen Waren des täglichen Gebrauchs ermöglicht. Diese Waren kamen aber nicht an den Markt wegen des Währungsschnitts, sondern wegen der teilweisen Aufhebung der Rationierung und wegen der größeren Preisfreiheit.

Vielleicht könnte man sagen, daß der Währungsschnitt, wenn er nichts genützt hat, so doch auch nicht geschadet hat. Indessen ist auch hier wohl ein Fragezeichen zu machen. Einmal sind bei dem Währungsschnitt eine Reihe von Geldern völlig unter den Tisch gefallen. Dann aber ist es wahrscheinlich, daß ohne den Währungsschnitt sich die Anpassung der Bevölkerung an eine freiere Preisgestaltung leichter gestaltet hätte. Hätte man bei gleichbleibendem Geldumlauf nach und nach die Rationierung gelockert und die Preise sich

frei entwickeln lassen, so wäre eine A n g l e i c h u n g der Löhne nebenherlaufend erfolgt, die eine allmählich fortschreitende Anpassung von Verbrauch und Produktion zur Folge gehabt hätte statt des abrupten Preis- und Einkommenwechsels, der ganze Volksschichten dem Ruin auslieferte, die Unternehmungen ihres Betriebskapitals beraubte und den Warenhortern Riesengewinne brachte.

Zur Erschwerung der Lage trug es bei, daß beim Währungsschnitt man die gesamte Bevölkerung mit einer baren K o p f g e l d q u o t e ausstattete, die zu überstürzten Gebrauchsgüterkäufen ohne Rücksicht auf die in diesem Augenblick noch hohen Warenpreise führte. Man finanzierte auf diese Weise den Konsum, ohne gleichzeitig für eine Erweiterung der Produktion zu sorgen. Daher übertönt heute der Schrei nach Investitionskapital für die Produktion alle anderen Wirtschaftsforderungen. Der Mangel an Kapital lähmt die Wirtschaft. Die Produktion verlangsamt sich und bringt weniger Nutzen. Damit verringert sich für die Investition neuer Produktionsanlagen die Möglichkeit der Selbstfinanzierung aus eigenen Überschüssen und Ersparnissen, die sowieso nur sehr langsam vonstatten gehen kann.

Um so lauter wird der R u f n a c h K r e d i t. Kredit für Investitionszwecke ist ein langfristiger Kredit. Es ist klar, daß die Handelsbanken einen solchen Kredit nicht geben können. Die verantwortlichen Notenbankleiter handeln sicherlich richtig, wenn sie die Geld- und Kreditschöpfung der Banken unter Kontrolle und in Grenzen halten. Jedes Übermaß, das sich die Banken in der Kreditgewährung für langfristige Anlagen zuschulden kommen lassen, müßte im Falle von Wirtschaftsstörungen auf die Notenbank zurückfallen und sie in eine Zwangslage bringen, die sie mit Recht vermeiden muß. Das Gleiche gilt für die Politik der Sparkassen und Kommunalbanken, während die früher so aktiven Hypothekenbanken heute aus Kapitalmangel und aus Unmöglichkeit des Pfandbriefabsatzes heraus zur Inaktivität verurteilt sind.

Die Notenbankpolitik befindet sich heute in der unerfreulichen Situation, daß sie in einem völlig verarmten und nach Investitionskapital schreienden Lande den Geldumlauf so kontrollieren muß, daß eine Inflation von der Geldseite her nicht eintritt. Sie muß dauernd Vorwürfe über sich ergehen lassen wegen mangelnder Hilfsbereitschaft, obwohl sie von sich aus dem Kernpunkt des Problems, nämlich der Beschaffung langfristigen Kapitals, ihrer ganzen Konstruktion nach nicht beikommen kann. Dazu kommt, daß das Vertrauen in das derzeitige Geld immer noch so wenig gefestigt ist, daß ein verhältnismäßig schneller Geldumlauf die Folge ist, jede Geldvermehrung also nur um so stärker die Gefahr inflatorischer Wirkung in sich trägt.

Wenn demnach aus dem Inland eine befriedigende Anreicherung von Kapital aussichtslos ist, so richtet sich der Blick wiederum auf das Ausland. Hier entsteht ein neues Dilemma. Daß wir Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Ausland einführen, liegt in der Natur der deutschen Wirtschaft. Sollen wir aber nun auch Investitionsgüter, also Maschinen, Apparaturen, Verkehrsmittel usw. einführen? Oder etwa Güter des unmittelbaren Verbrauchs, die wir bei uns selber herstellen können und herstellen sollten? Es sei dabei ganz abgesehen von der Frage, wie sich die alliierten Besatzungsmächte zu diesem Problem stellen. Bei den Ausführungen dieser Schrift wird davon ausgegangen, daß die Besatzungsmächte die ehrliche Absicht verfolgen, die deutsche Industrie wirklich wieder so weit auf die Beine zu stellen, daß mit Ablauf des Marshall-Planes ein deutscher Zahlungsausgleich erreicht werden kann. Alle Klagen, die heute gegen die Besatzungs-Bürokratie auf wirtschaftspolitischem Gebiet gerichtet werden, müssen hier schweigen, weil wir davon ausgehen, daß dafür niemals Unwilligkeit, sondern immer nur Mißverstehen verantwortlich ist.

Das Dilemma aber liegt darin, daß jeder Import von Investitionsgütern die Auslandsschuldenlast Deutschlands wiederum vermehrt und damit zu weiterer Steigerung des In-

dustrieexports drängt, von dem wir wissen, daß er gerade den Mächten, die uns mit Investitionsgütern versehen können, unwillkommen sein muß. Dies sollte zu der Entschließung führen, Deutschland nach Möglichkeit in den Stand zu setzen, seine Investitionsgüter selber zu erzeugen, ihm also Eisen, Stahl, Kohle, Holz usw. vorerst in größerem Umfange zu belassen. Ob man dann später, wenn der Zahlungsausgleich erreicht ist, zu einer Beschränkung kommen will, mag zukünftiger Politik überlassen bleiben. Daß man aber gerade heute die Grundindustrien einschränkt, ist für die Beurteilung unseres Problems nicht verständlich.

Aber auch wenn Deutschland seine Produktionsgüter alle selber herstellen dürfte, brauchte es hierfür Kapitalinvestitionen. Zu dem benötigten Industriekapital tritt der große Bedarf hinzu, der für den Wiederaufbau von Wohnungen benötigt wird, die für die menschenwürdige Unterbringung der Arbeitskräfte nötig sind. Vier kostbare Jahre sind verstrichen, ohne daß in der Richtung der Kapitalbeschaffung irgendetwas auch nur halbwegs Ansehnliches getan worden ist.

Man kann sich eines leichten Lächelns nicht erwehren, wenn man von Zeit zu Zeit in den ausgegebenen Berichten von der Produktionssteigerung liest, die nach den statistischen Ziffern erzielt worden sein soll. Das Gleiche gilt von den Kapitalbeträgen, die angeblich demnächst für Investitionszwecke bereitgestellt werden sollen, wobei auf Beträge gehofft wird, die der Zweckbestimmung der Besatzungsmächte unterliegen. Diesen Ziffern gegenüber ist die größte Skepsis angebracht. Es bedarf keiner Statistik, sondern lediglich eines offenen Blickes auf die wirtschaftlichen Zustände, um festzustellen, daß die deutsche Produktion himmelweit hinter ihrer einstigen Bedeutung zurückbleibt, daß die Wohnungsnot erschütternd ist, und daß der Lebensstandard, von wenigen durch den Zufall Bevorzugten abgesehen, auf einen vorher nicht gekannten Tiefpunkt gesunken ist. Die gleiche Skepsis erscheint angebracht, wenn wir von den großen

Kapitalbeträgen lesen, die angeblich in der nächsten Zeit dem Hausbau zur Verfügung stehen sollen. Ganz abgesehen davon, daß sich die Kosten unserer bürokratischen Staats- und Länder-Apparatur in ständig aufsteigender Linie bewegen, darf nicht vergessen werden, daß eine Verringerung der Besatzungskosten, selbst wenn sie beabsichtigt ist, immer schwierig sein wird, solange greifbare Beträge, z. B. aus den Einfuhrerlösen unter dem Marshall-Plan, dem Zugriff offenstehen und geradezu solchen Zugriff ermuntern.

Allen solchen Hoffnungen und Berechnungen gegenüber ist festzustellen, daß die Zahl der Arbeitslosen steigt, daß die Konkurse und Zahlungsvergleiche anwachsen, daß der Verkehr in Personen und Gütern zurückgeht und daß die kleinen Erleichterungen, die von der Notenbankseite her über das Bankkreditsystem dargeboten werden, auch nicht entfernt ausreichen, um eine Gesundung der Wirtschaft herbeizufühen. Es bedarf größerer und tragenderer Ideen.

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen, so steht *die große Aufgabe vor uns, der deutschen Industrie langfristiges Kapital in beträchtlichem Umfange zu beschaffen.* Durch bloße Vermehrung unserer inländischen Papiergeldzeichen wird dies nicht geschehen können, ohne inflatorische Gefahren heraufzuführen. Aus anderen Inlandsquellen, insbesondere aus Ersparnissen, sind nennenswerte Beträge auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, einmal nicht wegen des geringen Produktionsüberschusses, der bei der geringen Bedeutung der heutigen deutschen Industrie anfällt, und zweitens, weil die Steuern von diesen Überschüssen infolge des ausgedehnten Beamtenapparates so viel wegnehmen, daß schon dadurch allein eine Kapitalbildung unmöglich gemacht wird.

Es bleibt als Kapitalquelle also nur das Ausland. Hier aber tauchen alle Bedenken, die wir bereits aussprachen, wieder auf, das Transferproblem, steigende Fabrikateinfuhr, wachsende Auslandsverschuldung. Unser Ziel muß danach sein, nicht mehr Auslandskapital in Anspruch zu nehmen, als unbedingt not-

wendig ist, unsere Investitionsgüter nach Möglichkeit selber herzustellen, die Rückzahlung auf lange Frist zu erstrecken, den Export von Fabrikaten zwecks Devisenerlangung zu ermöglichen und zu allem den Transfer so zu ermöglichen, daß wir das geliehene Auslandsgeld im Inlande verwerten können.

Die nachfolgenden Ausführungen machen in keiner Weise den Anpruch, ein patentiertes Mittel zur Lösung des Problems darzubieten. Sie sollen nur an der Hand eines Vorschlages zum Nachdenken anregen, ob nicht in Situationen, wie wir sie heute durchleben, Maßnahmen möglich und wirksam sind, die vielleicht bisher in der nationalökonomischen Literatur noch nicht vorgetragen worden sind, die aber bei verständiger Durchführung Erfolg versprechen. Im übrigen müssen für diese schwerste wirtschaftliche Notzeit Deutschlands die beiden alten deutschen Spruchwörter gelten: „Not macht erfinderisch“ und „Not bricht Eisen“.

II.

8. *Nicht jede Geldschöpfung wirkt inflatorisch*

Wir werden uns zunächst einmal von dem Gedanken losmachen müssen, daß eine Kapitalvermehrung nicht durch Geldschöpfung erfolgen könne. Der geschichtlich gewordene Weg ging zwar naturgemäß von der Arbeit zum Kapital und zum Geld. Mehr Arbeit, mehr Kapital, mehr Geld. Aber wir befinden uns nicht mehr in den Naturverhältnissen vorkapitalistischer, technisch unentwickelter Wirtschaft. Wir haben einen technisch komplizierten Wirtschaftsapparat aufgebaut, den menschlicher Wille nach beiden Richtungen beeinflussen kann. Wir zerstören den Apparat von Zeit zu Zeit durch Krieg und durch wirtschaftliche Maßlosigkeit, wir müssen ihn durch friedliches, maßvolles Handeln auch wieder aufbauen und in Ordnung bringen. So gut wir von der Arbeit zu Kapital und Geld gelangen, so gut können wir durch Einsatz von Geld zu Kapital und Arbeit kommen. Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit.

Gewiß haben wir immer wieder gegen die Verwechslung der beiden Begriffe von Geld und Kapital anzukämpfen. Geld ist nicht Kapital, aber Geld läßt sich jederzeit in Kapital verwandeln, daher in den volkswirtschaftlichen Unterhaltungen aller Laien das ständige Durcheinanderwerfen von Geld und Kapital. Zu diesem Durcheinanderwerfen hat ganz wesentlich der Umstand beigetragen, daß in der modernen Volkswirtschaft alle Kapitalbeschaffung, sei es in der Form der Ersparnis, des Kredits oder der Beteiligung, fast immer den Weg über das Geld nimmt.

Hierauf beruht ja einer der wesentlichen Gründe für das Entstehen des modernen Bankwesens, dessen Kapitalansammlung fast ausschließlich in der Form des Geldes vor sich geht. Ebenso erfolgt die Heranziehung fremden Kapitals für irgendwelche Anlagezwecke durch die Banken immer wieder über die Form des Geldes, sei es durch Hereinnahme von Depositen, sei es durch den Verkauf von Aktien, Obligationen und dergleichen.

In den genannten Fällen erfolgt die Kapitalbeschaffung aus vorhandenen Überschüssen der Volkswirtschaft, die sich vorübergehend in Geldform ansammeln. Jedes Lehrbuch über Geld- und Bankwesen zeigt, wie in Zeiten großer Überschüsse der Wirtschaft die Tendenz auftaucht, das angesammelte Geld durch Neuanlage in Kapital zu verwandeln, ein Vorgang, der mit dem Auf und Ab der Konjunktur ständig Schritt hält, dessen Auf und Ab sogar zeitweilig stark beeinflußt. Auf diese Weise wird ein sich bildender Überschuß an Geld immer wieder von der Kapitalinvestierung aufgesogen. Wir lassen hier wiederum alle theoretischen Erörterungen über den Zusammenhang von reichlichem, also billigem Geld und hohen Warenpreisen, sowie umgekehrt, ganz beiseite und entnehmen für unsere Betrachtungen aus diesen ganzen Erscheinungen nur das eine, daß die umlaufende Geldmenge stets in einem gewissen Verhältnis zur bewegten Gütermenge steht. Die sogenannte Quantitätstheorie, die sich mit dem Verhältnis zwischen Geld und Gütermenge befaßt und die für die Beurteilung des jeweiligen Geldwertes von Bedeutung ist, wird neuerdings zweckmäßig so formuliert, *daß, um einen möglichst stabilen Geldwert zu bewahren, die Menge des umlaufenden Geldes in einem wohlabgewogenen Verhältnis zur Gütermenge sich befinden muß.*

Hieraus geht hervor, daß die umlaufende Geldmenge niemals gleich groß ist, sondern in ihrem Umfange je nach der Menge der bewegten Güter schwankt. Mit anderen Worten, in Zeiten lebhafter Wirtschaftskonjunktur, wo die Menge der

bewegten Güter ansteigt, wird die Geldmenge entsprechend größer sein, während sie in Zeiten wirtschaftlicher Depression entsprechend dem geringeren Güterumlauf zurückgeht. Geldvermehrung bei gleichzeitiger Vermehrung des Güterumlaufs bedingt in keiner Weise inflatorische Erscheinungen. Im Gegenteil, würde eine Gütervermehrung bei gleichbleibender Geldmenge stattfinden, so würde der Wert des Geldes ungebührlich ansteigen und umgekehrt. Ziel jeder Notenbank- und Währungspolitik muß es daher sein, den Geldwert im Verhältnis zum Güterwert nach Möglichkeit gleichmäßig ohne große Abweichungen nach oben oder unten zu gestalten. Eine Vermehrung des Geldumlaufs, die mit der Vermehrung der wirtschaftlichen Umsätze Schritt hält, ist keineswegs Inflation, und es macht keinen Unterschied, ob bei annähernd gleichzeitigem Verlauf die eine oder die andere den Anstoß gibt. Im Grunde genommen ist jeder Kredit eine Inflation. Denn er bringt mehr Kapitalkraft in Bewegung, als bereits wirksam ist.

Als es sich im Jahre 1933 darum handelte, die Arbeitslosigkeit von 6½ Millionen Menschen zu beseitigen, erhob sich die Frage, ob nicht seitens der Notenbank durch eine Erweiterung der Kreditpolitik eine Wirtschaftsbelebung und damit eine Beschäftigung der Arbeitslosen herbeigeführt werden könne. Die währungspolitische Überlegung, die dabei mitspielte, war, daß zwar im Augenblick des wirtschaftlichen Tiefstandes der Güterumlauf im Verhältnis zur geplanten Kreditschöpfung nicht groß genug war, daß aber durch Kreditschöpfung die Gütererzeugung und der Güterumlauf so rasch und so weit steigen würden, daß das vorübergehend unausgeglichene Verhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge wieder zum Ausgleich gebracht werden könnte.

Diese Auffassung wurde gestützt durch eine einfache theoretische Überlegung. In den deutschen wie in den meisten Notenbanksatzungen war vorgesehen, daß die auszugebenden Noten stets eine Deckung von gewissem Umfang in Handelswechseln haben sollten. Würde die wirt-

schaftliche Depression weitergehen, so würde sich möglicherweise der Bestand an Handelswechseln so weit verringern, daß auch der Notenumlauf entsprechend automatisch sich verringern müßte, womit der Depression nur noch ein weiteres Agens hinzugefügt würde. Diese ganze Notenbankautomatik der klassischen Nationalökonomie mußte als ein Schlag empfunden werden gegen die tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge. Man konnte nicht eine ganze Volkswirtschaft ohne geldliche Betriebsmittel lassen, lediglich weil eine frühere Währungstheorie solchen Automatismus ausgeklügelt hatte. Aus diesem Grunde setzte sich die Reichsbank über die hergebrachte Theorie hinweg und kurbelte die Produktion durch eine weitherzige kreditweise Hergabe von neuem Geld an. Der Erfolg gab ihr recht. Von irgend einer inflatorischen Wirkung war keine Rede, weil die Gütermenge sehr rasch so anwuchs, daß sie der erhöhten Geldmenge das Äquivalent bieten konnte.

Es soll in dieser Schrift nicht auf die Geschichte der Arbeitslosenbeseitigung durch die Politik der Reichsbank in den Jahren 1933 bis 1935 eingegangen werden. Dies wird an anderer Stelle zu geschehen haben. Hier sei nur ein Punkt noch festgehalten, der auch für die Zwecke dieser Schrift von wesentlicher Bedeutung ist. Als jene Arbeitsbeschaffungswechsel ins Leben gerufen wurden, die später unter dem Namen der Öffawechsel, Mefowechsel etc. bekannt geworden sind, hat die Reichsbank *nicht etwa die Gesamtheit dieser Wechsel in ihr Portefeuille* aufgenommen. Im Laufe von fünf Jahren erreichte die Gesamtumlaufziffer der Mefowechsel ihren Höchstbetrag von 12 Milliarden Reichsmark. Hiervon ist aber niemals mehr als die Hälfte und zeitweilig beträchtlich weniger ins Portefeuille der Reichsbank geflossen, während der restliche Teil innerhalb der Wirtschaft verblieb und dort Aufnahme fand.

Dieser letztere Umstand war lediglich einer Entscheidung der Reichsbank zu danken, indem sie nämlich sich *bereit erklärte*, die Arbeitsbeschaffungswechsel jederzeit zum Diskont hereinnehmen zu wollen. Damit konnte sich der Be-

sitzer solcher Arbeitswechsel jederzeit bares Geld bei der Reichsbank beschaffen und konnte infolgedessen seine flüssigen Mittel, noch dazu zinstragend, in diesen Wechseln anlegen. Es ist auch für unsere weiteren Erwägungen von Bedeutung, daß dieses bloße Versprechen der Reichsbank genügte, um erhebliche Kassenbestände der Wirtschaft in die Arbeitsbeschaffungswechsel hineinzuleiten und damit einen sehr ansehnlichen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit aus der Wirtschaft selber heraus zu holen, ohne daß der Notenumlauf der Reichsbank übermäßig gesteigert wurde.

Auf diese Weise gelang es, während der ganzen Zeit des Umlaufs der Arbeitsbeschaffungswechsel die Währung vor allen inflationistischen Gefahren zu bewahren und völlig intakt zu halten. Erst Hitlers Kriegswahnsinn hat dann diese Linie durchbrochen. Der Erfolg der Reichsbankpolitik war aber der, daß die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Zöllen sich von 1933 bis 1938 ständig und zuletzt um nicht weniger als 10 Milliarden Reichsmark jährlich vermehrten, so daß bei Fortsetzung einer friedlichen Wirtschaftspolitik die Tilgung der Arbeitsbeschaffungswechsel keinerlei Schwierigkeiten gemacht haben würde.

Wir halten aus dem Vorstehenden zwei Ergebnisse fest, erstens, daß nicht jede Kreditschöpfung, nicht jede Geldvermehrung inflationistische Wirkungen auslösen muß. Wenn die Geldschöpfung eine rasch folgende Gütervermehrung hervorruft, so wird die Geldvermehrung durch die Gütervermehrung kompensiert. Das zweite Ergebnis ist, daß die bloße Bereitschaftserklärung der Notenbank, im Bedarfsfalle der Wirtschaft gegen die genannten Wechsel Geld bereitzustellen, für die Produktion eine so gesicherte Plattform darbot, daß sie die eigene Geldreservehaltung einschränken bzw. ganz unterlassen konnte. Dadurch wurde erreicht, daß auch das letzte verfügbare umlaufende Geld der Produktion und ihrer Steigerung nutzbar gemacht werden konnte.

9. *U.S.A. und B.I.Z.*

Als die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Jahre 1930 anschließend an den Young-Plan in Basel errichtet wurde, wurde die oberste Leitung in die Hände der Amerikaner gelegt, und auch späterhin hat bis in den Krieg hinein ein amerikanischer Bankier an der Spitze der Bank gestanden. Was liegt näher, als diese Bank zur Mittlerin zu machen, wenn Amerika an die Aufgabe herangeht, die europäischen Währungen wieder in den internationalen Zahlungsverkehr gleichwertig einzufügen.

Es ist klar, daß bei solcher Aufgabe unter den heutigen politischen Verhältnissen zwei Vorbedingungen erfüllt sein müssen. Es muß den Alliierten die Sicherheit gegeben werden, daß von Deutschland her eine Kriegsgefahr nicht wieder auftaucht und daß die deutsche industrielle Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht wieder zu erneuten politischen Reibungen Veranlassung gibt. Es wäre falsch, wenn wir als Deutsche aus einem mißverstandenen National- oder Souveränitätsgefühl heraus diese beiden Bedingungen als kränkende Diskriminierung empfinden würden.

Die Kriegsgefahr liegt, unparteiisch gesehen, nicht in den angeblich bösen Absichten der Deutschen, sondern in der Tatsache, daß Deutschland ein übervölkerter, zu enger Raum ist, ein überhitzter Dampfkessel, der ohne Ventil platzen muß. Diese Gefahr verschwindet in dem Augenblick, wo ein Ventil angebracht wird. Dieses Ventil können nur die Alliierten selber geben. Heute versucht man, mit den Daumenschrauben einer

ängstlichen Besatzungsbürokratie Import, Export, Produktion und Verbrauch, Paragraphen für Paragraphen, zu regulieren. JEIA, Demontagen, Bankvorschriften, Kalorienbemessung und dergleichen behindern eine hilfreiche deutsche Initiative. Hunderttausende von Köpfen und Händen aber würden sich in Deutschland regen, wenn man ihnen ein Feld zeigte, auf dem sie sich wirtschaftlich entwickeln können. Dies muß im Einverständnis mit den Alliierten möglich sein.

Man hat die Frage viel diskutiert, ob der von alliierter Seite festgesetzte Umrechnungskurs für die Deutsche Mark im Verhältnis zum Dollar und zu anderen Währungen höher oder niedriger sein müsse. Solange man nicht den deutschen Export und Import freimacht, sondern jedes Geschäft preismäßig und konkurrenzmäßig kontrolliert und von Genehmigungen abhängig macht, ist es ziemlich uninteressant, zu welchem Kurse man dies tut. Man muß dem deutschen Außenhandelsinteressenten eine Währung in die Hand geben, die ihm den freien Verkehr mit dem Ausland ermöglicht. Diese Währung kann nur und muß eine „harte" Währung sein.

Es ist klar, daß Deutschland eine solche „harte" Währung aus eigener Kraft nicht herstellen kann. Die D-Mark ist eine gouvernementale Währung. Ihre internationale Geltung beruht auf dem Können und Wollen der Besatzungsmächte. Sie steht darin den Währungen fast aller anderen europäischen Länder gleich, deren Wertbestimmung von der jeweiligen Lage und Tendenz ihrer Regierungen abhängig ist. Ein solcher Zustand mag aus den Folgen des Krieges vorübergehend verständlich sein, aber alle Anstrengung muß sich darauf richten, in diesem Auf und Ab wieder einen festen Punkt aufzubauen, an dem sich die wirtschaftlichen Kräfte wieder orientieren können. Wir brauchen die Goldwährung. Und den Ländern, die keine Goldwährung aus eigener Kraft aufbringen können, muß mit Goldkrediten geholfen werden, die sie zur Rechnung in Gold befähigen.

Die beste Organisation hierfür ist nicht eine bürokratische Behörde, sondern ein geschäftsmäßig arbeitendes Organ, das

lediglich der Einsicht und Aufsicht der Alliierten unterstellt wird. Dieses Organ könnte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel sein. Die BIZ hat seit 1930 die Kredit- und Geschäftsverhältnisse aller europäischen Länder kennengelernt. Insbesondere hat sie eine genaue Kenntnis des deutschen Wirtschaftslebens sich erworben. Deutsche Mitarbeiter in der Bank haben einen dauernden Kontakt mit der deutschen Wirtschaft hergestellt, ein Kontakt, der, wie schon erwähnt wurde, auch in den Kriegsjahren nicht abgerissen ist. Kein Organ wäre so sehr geeignet, an die Stelle der jetzt arbeitenden, kostspieligen, umständlichen und zum Teil geschäftsfremden alliierten Wirtschaftsbehörden zu treten, wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Die Marshallhilfe war aus der unmittelbaren Notlage der deutschen Bevölkerung heraus entstanden. Je mehr diese Lage sich gebessert hat und je mehr Zeit verstrichen ist, um so näher rückt der Gedanke, ob es nicht zweckmäßig ist, die Subsidien des Marshall-Planes anders zu verwenden, als es bisher geschieht. Bei der gegenwertigen Methode weiß niemand, ob es je gelingen wird, auch nur einen Teil der Marshallgelder wieder rückzahlbar zu machen. Die Ungewißheit hierüber trägt ein weiteres Moment der Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft hinein. Wäre es nicht an der Zeit, einen wesentlichen Teil der Amerikahilfe dazu zu verwenden, um Deutschland ein eigenes Währungsgeld in die Hand zu geben, das es ihm ermöglicht, mit eigenem Risiko und eigener Initiative auf dem Weltmarkt zu arbeiten?

Immer wieder bemühen sich die verschiedensten behördlichen Stellen der beteiligten europäischen Länder, die Schwierigkeiten des internationalen Handels durch vereinbarte oder willkürliche festgesetzte Relationen der verschiedenen Währungen untereinander zu überwinden. Die Anfangs der 30iger Jahre erzwungenen Verrechnungsabkommen der bilateralen Handelsverträge verführen immer wieder — und auch jetzt noch — zu Versuchen, anstelle der zweiseitigen Verrechnungen oder neben sie ein multilaterales „clearing“ zu setzen.

Alle diese Bemühungen müssen mit Notwendigkeit daran scheitern, daß jede europäische Währung der anderen mißtraut und daß infolgedessen jeder versucht, bei seinen Handelsbeziehungen aus den weicheren Währungen in die härteren Währungen hinüberzuwechseln. Hier gibt es nur eine Rettung, nämlich die Wiederherstellung möglichst vieler harter Währungen in Europa. Dies ist die Aufgabe, der der Marshall-Plan zusteuern muß, bevor seine vorgesehenen Gelder erschöpft sind.

Damit ist das Problem über den deutschen Rahmen hinaus weitergespannt. Man muß einen Weg suchen, der es ermöglicht, ganz Europa wieder in eine feste Währungslinie zu bringen. Es ist nur natürlich, daß ein deutscher Vorschlag mit Deutschland beginnt, aber es ist auch klar, daß die deutsche Wirtschaft das europäische Kernproblem darstellt, und daß man deshalb bei den währungspolitischen Plänen mit Deutschland beginnen sollte. Daß wir jedoch das ganze, zunächst wenigstens das westliche Europa, ins Auge fassen, wird durch den Gedanken, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einzuspannen, unterstrichen. Denn diese Bank hat den ersten Versuch bestanden, eine bankmäßige Interessengemeinschaft aller europäischen Länder, ja sogar Japans und Amerikas, herzustellen und durchzuhalten. Wenn es gelingt, über die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich feste Währungsverhältnisse zu schaffen, die es Deutschland ermöglichen, ohne bürokratische Kontrolle wieder am Welthandel teilzunehmen, so ist die Ausdehnung dieses Weges auf andere Länder über die Baseler Bank leichter, als wenn der Versuch mit Deutschland direkt gemacht wird.

Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat den Vorteil, daß die europäischen Wirtschaftskreise wieder enger miteinander in Berührung kommen und für die gemeinsamen Ziele wieder stärker interessiert werden. Der althergebrachte neutrale Boden der Schweiz, der sich auf dem Gebiete der Bank

für Internationalen Zahlungsausgleich merkwürdigerweise stärker bewährt hat, als auf manchen nichtwirtschaftlichen Gebieten, ermuntert geradezu, die Lösung der europäischen Währungsfragen mit dem Basler Institut zu verknüpfen.

Es erscheint seltsam, daß bei den Versuchen, eine Währungszusammenarbeit der europäischen Länder wiederherzustellen, die BIZ bisher keine führende Rolle gespielt hat. Vielleicht liegt dies daran, daß auch die BIZ eine starke Vertreterin des Goldwährungsgedankens ist und daß alle anderen Lösungsversuche, so z. B. auf dem Wege der gegenseitigen Verrechnung, für nicht endgültig befriedigend erkannt werden. Die Weigerung Englands, eine freie Konvertierbarkeit der Sterling-Währungen in die Währungen der übrigen Marshallhilfeländer zuzugestehen, hat lediglich zu der Zwischenlösung eines belgischen Kredits an England geführt, aber auch dies ist doch nur ein zeitweiliger Notbehelf, keine Endlösung.

Selbstverständlich kann das Werk der Wiederherstellung der europäischen Währungen nicht mit einem plötzlichen Ruck erfolgen. Zerstören geht schnell, wieder herstellen dauert lange. Man wird sich auf eine längere Periode des langsamen Wiedereinspielens gefaßt machen müssen. Diese Methode ist aber auch der Wirtschaft weit zuträglicher als es etwa der plötzliche Währungsschnitt des 20. Juni 1948 gewesen ist. Die wirtschaftliche Betätigung braucht Zeit, sich an neue Verhältnisse zu gewöhnen, sie wird durch plötzliche Eingriffe nur beirrt und zurückgeworfen. Setzt man dagegen statt einer plötzlichen Aktion die Hilfe eines langsam und nachhaltig wirkenden Kredits ein, so können viele Nachteile, die sich aus Währungsneuerungen ergeben, überbrückt werden, und der Wirtschaft wird Zeit gegeben, sich anzupassen.

Die Vereinigten Staaten haben, ganz abgesehen von ihrer militärischen Macht, nicht nur das große eigene Wirtschaftspotential für die Durchführung einer auf längere Sicht geplanten Währungshilfe an Europa zur Verfügung, sondern sie verfügen auch über jenen großen Goldfonds, den sie

im Laufe des letzten Jahrzehnts aus ihrer aktiven Außenhandelsstellung angesammelt haben. Dieser Goldfonds liegt zurzeit völlig brach und ungenützt, während die übrige Welt von monetären Goldbeständen so gut wie entblößt ist. Sicherlich spielt der jährliche Zinsverlust, der auf diesem Goldbestand ruht und immerhin einige Milliarden ausmacht, keine große Rolle für ein wirtschaftlich so starkes Land, wie es die Vereinigten Staaten sind. Eine teilweise Verteilung der monetären Goldbestände über die anderen Länder der Welt würde aber ein Wesentliches zur Wiederherstellung internationaler Währungsstabilität beitragen können. In jedem Falle ist der Goldfonds von Fort Knox der gegebene Darleiher von Goldkrediten für die Währungsstabilisierung von Europa. Man könnte vielleicht noch an die Südafrikanische Union denken, aber ihre Mitwirkung würde manche Vorbereitung und Anpassung bedingen, die viel Zeit in Anspruch nehmen müßten. Fort Knox dagegen ist startbereit.

10. Der Goldtaler

Nach allem Vorgesagten würde ein Versuch, die deutsche Währung nach und nach wieder zu einer harten Währung zu machen und gleichzeitig der deutschen Wirtschaft Kapital zuzuführen, etwa folgendermaßen aussehen können:

Bei der BIZ in Basel wird eine Deutsche Abteilung errichtet mit eigener Rechtsständigkeit. Alles, was Deutschland betrifft, würde von den übrigen Verpflichtungen und Forderungen der Bank getrennt werden. Die Deutsche Bankabteilung würde für alle ihre Verpflichtungen allein einstehen

und alle Forderungen würden ihr allein zugute kommen. Auf diese Weise würde das sonstige Geschäft der BIZ von den Geschäften der Deutschland-Abteilung in keiner Weise berührt werden. Ein Risiko für die Gläubiger der Bank würde nicht eintreten. Auch die Aktionäre der Bank würden an den Erträgnissen oder Verlusten der deutschen Abteilung keinen Anteil haben. Über etwaige Gewinne und Verluste, die sich ergeben, würde gesondert zu disponieren sein.

Die Regierung der Vereinigten Staaten gewährt der Deutschen Abteilung der BIZ einen Kredit, der, sagen wir als Beispiel, auf eine Milliarde Dollar zu beziffern sein würde. Dieser Kredit wird nicht in amerikanischer Währung, also nicht in Dollar gegeben, sondern in einem Goldbetrag, der dem Werte von einer Milliarde Dollar entspricht. Dieser Goldbetrag wird dem Goldfonds aus Fort Knox entnommen und bleibt, von den übrigen Goldbeständen getrennt, als kreditweises Eigentum der BIZ in U.S.A. liegen. Er wird von der Leitung des Federal Reserve Systems verwahrt und betreut.

Gegen diese eine Milliarde Dollar Gold gibt die Deutsche Abteilung der BIZ Banknoten für Deutschland aus in gleicher Höhe. Die Banknoten würden zweckmäßig Taler genannt werden (woher ja das Wort Dollar ursprünglich stammt), und ein Taler würde genau die gleiche Goldwertparität haben wie ein Dollar. Ob man diesen deutschen Taler gleich dem Werte von DM 3,— oder von DM 2,50 setzt oder in eine noch andere Relation zur DM bringt, bleibt den Erwägungen der Sachverständigen auf dem Gebiete der internationalen Kaufkraft-Paritäten überlassen. Ich selber verstehe die Kaufkraftparitätentheorie nicht und unterlasse es daher, mich in diesem Punkte festzulegen. Ich bin der Meinung, daß die Kaufkraft des Geldes schneller und weniger fühlbar angepaßt wird durch die natürlichen Veränderungen in Produktion und Konsum als durch arithmetische Berechnungen.

Die Kaufkraft ist niemals eine dauernd bestimmbare Größe. Sie ist ein subjektiver und kein objektiver Faktor. Sie

wechselt mit der Art und dem Umfang des Bedarfs, mit der steigenden Auswirkung von Technik und Organisation, mit sparsamer oder verschwenderischer Bedarfsdeckung. Einen objektiv richtigen, arithmetisch errechenbaren Faktor Kaufkraft gibt es nicht. Ein fauler Mensch kann seine Kaufkraft ändern, wenn er fleißig wird, und umgekehrt. Wenn Kaufkraft einen volkswirtschaftlich vergleichbaren Sinn haben soll für die Gestaltung von Preisen und Wechselkursen und für wirtschaftspolitische Konsequenzen, so müßte sie eine gewisse Stabilität aufweisen. Sie kann aber durch menschliche Entschließung jederzeit geändert werden. Daher ist es, wenn von der Angleichung der Wechselkurse an die Kaufkraft gesprochen wird, mindestens ebenso richtig, von der Angleichung der Kaufkraft an die Wechselkurse zu sprechen. Es bleibt indessen ganz unbenommen, die deutsche DM auf eine neue Parität festzulegen, genau wie dies für andere Währungen der Fall sein kann, auf die der Vorschlag etwa Anwendung finden sollte. Die heutigen Erörterungen über neue Abwertung des Pfundes Sterling und anderer Währungen oder über die Erhöhung des Goldpreises, was auf das gleiche hinausläuft, können getrost berücksichtigt werden. Wesentlich ist allein, daß die freie Gestaltung der internationalen Wechselkurse auf Goldbasis wieder in Gang gebracht wird.

Die eine Milliarde Goldtaler werden der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Sowohl der Form nach wie auch für die sachliche Verwendung geschieht das in der Weise, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen der BIZ und der *deutschen Zentralnotenbank* hergestellt wird. Die Kontrolle über den deutschen Geldumlauf darf der Zentralnotenbank nicht genommen werden, sie muß daher auch über den Umfang des Umlaufs an Goldtalern ständig informiert sein. Durch die Verbindung zwischen BIZ und Zentralnotenbank soll die Zentralnotenbank in den Stand gesetzt werden, den gesamten deutschen Geldumlauf innerhalb ihres Währungsgebietes zu kontrollieren, und soll damit einen Ein-

fluß behalten auf den Umfang der auszugebenden D-Mark sowohl wie der auszugebenden Goldtaler.

Zweckmäßigerweise bleibt der Einfluß der Zentralnotenbank nicht auf den Umlauf allein beschränkt. Die Mitarbeit der Zentralnotenbank wird vielmehr auch erwünscht sein, wenn es sich darum handelt, in welche Richtung und an welche Unternehmungen die Talerkredite gegeben werden sollen. Wir sahen ja bereits, daß der entscheidende Faktor für die Aufrechterhaltung einer jeden Währung der Ausgleich der Außenzahlungsbilanz ist. Diese Aufgabe bleibt bei der Einführung der Goldtaler die vordringliche. Es wird also zuerst und bevorzugt nötig sein, die Goldtalerkredite dahin zu leiten, wo sie dem Ausgleich der Zahlungsbilanz am meisten dienen können, also in die Exportindustrie. Die Goldtalerkredite sollen in erster Linie dem Wiederaufbau des deutschen Exports dienen. In diesem Sinne wird die BIZ mit der deutschen Zentralnotenbank zusammen arbeiten müssen.

Das wird nicht nur hinsichtlich des Exports nötig sein, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Sicherheit der zu gebenden Kredite. Es ist selbstverständlich, daß die BIZ sich als Schuldner nur solche Unternehmungen aussuchen kann und darf, die jede nur denkliche Gewähr für Verzinsung und Tilgung bieten. Die Sicherheit darf nicht nur in dem Ruf des betreffenden Unternehmens oder der an ihm beteiligten Personen bestehen, sie muß durch weitere Deckung erhöht werden. Diese Deckung kann bestehen in hypothekarischer Belastung von Fabriken und anderen Grundstücken, in Rohwaren oder gängigen Fabrikaten usw. Für die Beibringung und Verwaltung dieser Sicherheiten bedarf es eines gewissen Apparates, den die BIZ nicht selber aufziehen kann, sondern der zweckmäßig der Zentralnotenbank und den von ihr abhängigen bezw. mit ihr in Verbindung stehenden deutschen öffentlichen und privaten Banken übertragen wird. Diese Banken können auch weitere Sicherheiten beibringen oder selber leisten durch Bürgschaften, Versicherungen, Solidarhaftungen, Wertpapiere und andere bankübliche Methoden.

Selbstverständlich kann die BIZ mit den Goldtalern auch kurzfristige Umsätze im Außenhandelsverkehr finanzieren. Hierzu aber sind auch die üblichen privaten Banken imstande, da es sich bei solchen Transaktionen um kurzfristige, sich selbst liquidierende Geschäfte handelt. Der Zweck der Talerkredite soll dagegen in der Finanzierung von Kapitalinvestitionen dienen, deren Rückzahlung erst in längerer Frist erfolgen kann. Sie sind und sollen sein Kapitalersatz. Das ist das Problem, das zu lösen ist. Wir werden uns über die Frage, inwieweit ein Kapitalproblem mit Geldschöpfung zu lösen ist, über die wir schon kurz gesprochen haben, noch etwas ausführlicher auslassen müssen. Hier soll nur noch einmal festgehalten werden, daß der Zweck des Vorschlags einer Emission von Goldtalern der ist, die deutsche Industrie wieder aufzubauen und den Zahlungsausgleich herzustellen, ohne daß das Ausland neue Summen à fonds perdu nach Deutschland hineinwirft. Die deutsche Wirtschaft kann nur wieder auf eigene Füße gestellt werden, wenn sie auch ihre eigene Verantwortung wieder zu tragen bekommt und ihr eigenes Risiko auf sich nehmen muß.

Die Talerkredite müssen solange laufen, bis es dem investierenden Unternehmer möglich ist, die Rückzahlung zu bewerkstelligen. Eine Höchstgrenze wird dadurch gegeben, daß der Kredit nicht länger laufen kann, als die BIZ selber über den Goldkredit verfügt, nämlich 30 Jahre. Was zwei Kriege an Verwüstung in Europa angerichtet haben, kann nicht mit einem Male bereinigt werden. Es gibt in Wirtschafts- und Finanzdingen keine Zauberei. Alles will mit Fleiß und Tüchtigkeit in langer, harter Arbeit errungen sein. Trotzdem werden sicherlich nicht alle Talerkredite 30 Jahre laufen. Sehr viele werden wesentlich kürzere Zeit zur Rückzahlung beanspruchen. Auch hängt die Schnelligkeit der Rückzahlung wesentlich ab von den Kosten, die der Kredit für den Unternehmer verursacht.

In dieser Beziehung findet der Vorschlag eine besondere Unterstützung in der Tatsache, daß das zur Verfügung gestellte Golddepot in Amerika keine Zinsen bringt, infolgedessen ohne Nachteil ebenfalls *zinslos* der BIZ zur Verfügung gestellt werden kann. Es würden also als Belastung für den Kreditnehmer nur die mäßig zu haltenden Verwaltungskosten zu entstehen brauchen, so daß dann nur die jährliche Rückzahlungsquote hinzuzutreten hätte. Selbstverständlich aber wird man den Kredit nicht zinslos geben, sondern es wird eine angemessene Verzinsung vom Unternehmer durchaus getragen werden können, die zur Auffüllung eines Geldstocks dienen könnte, dessen Verwendung eine zusätzliche Aufbauhilfe abgeben würde. Die Tilgung des Kredits würde bei einer Laufzeit von 30 Jahren $3^1/_3$ % des Kreditbetrages jährlich ausmachen. Bei früherer Rückzahlung durch den Kreditnehmer würde der Satz entsprechend höher sein.

Die *Form der Tilgung* wäre theoretisch in der Rückgabe von Goldtalern denkbar, die dann von der BIZ aus dem Verkehr gezogen werden müßten, so daß nach 30 Jahren der Goldtaler aus dem Verkehr verschwunden sein würde und das geliehene Golddepot zurückgegeben werden könnte. Das ist natürlich nicht der Sinn der ganzen Transaktion. Denn zu dem Problem der Kapitalbeschaffung für die deutsche Industrie, das vielleicht noch als vorübergehendes Problem angesehen werden könnte, tritt die zweite große Aufgabe, die wir im Auge haben, nämlich die allmähliche Wiederherstellung europäischer Goldwährungen. Die Goldtaler müssen im Verkehr bleiben, um den Grundstock für eine spätere totale Goldwährung abzugeben.

Die Tilgung der Kredite seitens der Unternehmer soll also nicht in Goldtalern erfolgen. Die Tilgung des amerikanischen Goldkredits muß *in amerikanischen Dollars* erfolgen. Das bedeutet, daß — eine 30jährige Kreditdauer auch seitens der Kreditnehmer als Beispiel genommen — der Kreditnehmer jährlich $3^1/_3$ % seines Kredits in Dollar abzudecken

hätte. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß eine solche Auflage, auch währungspolitisch gesehen, für den Unternehmer keine Belastung bedeutet, die er nicht übernehmen könnte. Wer nicht $3\frac{1}{3}$ % seines Kredits jährlich in Dollar verdienen kann, der muß aus der Reihe der Kreditwürdigen ausscheiden. Durch die Tilgung der Kredite seitens der Kreditnehmer in Dollar wird die BIZ in die Lage gesetzt, nach und nach die eine Milliarde Gold von den Vereinigten Staaten zu erwerben, so daß die Tilgung des Goldkredits durch Bezahlung in Dollars erfolgt und gleichzeitig ein Goldfonds von einer Milliarde Goldtalern bei der deutschen Abteilung der BIZ angesammelt wird, der für die weitere Ausgestaltung der deutschen Währung zur Goldwährung einen Grundstock liefert.

Sehr wahrscheinlich ist es, daß die Kreditnehmer *mehr* als $3\frac{1}{3}$ % jährlich in Dollar werden aufbringen können. Allen, die hierzu imstande sind, wird man einen gewissen *Anreiz* dazu bieten durch Zinsvorteile, Sicherheitsfreigaben und dergleichen. Damit schlägt sich die Gesamtheit der ausgegebenen eine Milliarde Goldtalerkredite nicht nur einmal in 30 Jahren um, sondern voraussichtlich mehrfach, und es ist sehr wohl damit die Möglichkeit gegeben, über die eine Milliarde Dollar Gold hinaus, weiteres Gold von den Vereinigten Staaten zu erwerben. Dies ist wesentlich, wenn man die Gesamtidee der Wiederherstellung einer internationalen Goldwährung für ganz Europa ins Auge faßt.

Die Einführung des Goldtalers neben der D-Mark wirft natürlich das Problem der *Parallelwährung* auf. Die Frage, wie weit sich D-Mark und Goldtaler nebeneinander vertragen, wird deshalb noch zu besprechen sein. An dieser Stelle ist hervorzuheben, daß die Goldtaler in erster Linie für die Finanzierung von Investitionen für die Exportindustrie gedacht sind, d. h., daß der Goldtaler zunächst im Gebiete des deutschen Außenhandels-Zahlungsverkehrs erscheinen wird. Da taucht selbstverständlich sofort die Frage auf, ob denn dieser Goldtaler im internationalen Verkehr genommen werden wird oder nicht.

Man sollte meinen, daß eine zu 100 % goldgedeckte Note genommen werden sollte, aber man würde dabei übersehen, daß diese Deckung ja nur eine kreditierte ist. Die Deckung ist nur dann sicher, wenn die aus den Goldtalern gewährten Kredite fristgemäße Tilgung in Dollar erfahren. Ein derartiges Risiko kann selbstverständlich nicht auf einem Geldzeichen lasten, welches dem Golde gleichwertig sein soll. Dieses Risiko darf nicht von dem jeweiligen zufälligen Inhaber des Geldzeichens, nämlich des Goldtalers, getragen werden, sondern von einem Dritten, der für dieses Risiko unbedingt gut ist. Die Leistung, die Amerika mit der Hergabe des Goldkredits übernimmt, muß deshalb dem Erwerber der Goldtalernote gegenüber zu einem sichtbaren Ausdruck kommen, der sein Vertrauen in die Sicherheit des Goldtalers begründet. Dies geschieht durch die *Bereitschaftserklärung* des Federal Reserve Systems, den Goldtaler jederzeit in einen Dollar amerikanischer Währung umzutauschen. Eine solche Erklärung würde den Goldtaler *sofort* in der ganzen Welt umlaufsfähig machen. Das Risiko, welches die Vereinigten Staaten mit der Hergabe des Goldkredits übernehmen, wird durch diese Erklärung in keiner Weise erhöht, es wird nur dokumentiert.

Das Risiko der Vereinigten Staaten liegt einzig und allein in der Frage, ob die deutsche Industrie in der Lage sein wird, den gewährten Kredit fristgemäß, d. h., innerhalb von 30 Jahren zu tilgen bezw. die Mittel zur Erwerbung des Goldfonds aufzubringen. Die ganze *Überlegung*, die Amerika anzustellen hat, bezieht sich also auf den Punkt, ob es nicht richtiger, zweckentsprechender und *risikoloser* ist, einen solchen Goldkredit zu geben als heute, ohne jede Sicherheit des Enderfolges, die Marshall-Gelder nach Deutschland hineinzupumpen durch einen Beamtenapparat, von dem es zumindest zweifelhaft ist, ob er die zweckmäßigste wirtschaftliche Verwendung für diese Gelder findet, zumal eine Verantwortlichkeit der Deutschen für die Art und Weise der Marshall-Geldverwendung in keiner Weise besteht. Wird man dagegen

die Verantwortung der Deutschen heranziehen und dem Kreditnehmer das Risiko der Kreditverwendung unter möglicher Gefährdung seines gesamten Besitzes und seiner ganzen Existenz auferlegen, so würde dies eine wesentlich vorteilhaftere Verwendung eines Teils der Marshall-Gelder sein, als dies bei dem jetzigen System der Fall ist.

Die Heranziehung der deutschen Verantwortung kann selbstverständlich nur erwartet werden, wenn mit ihr die Befreiung aller, die von diesen Goldtaler-Krediten Gebrauch machen, von der jetzt herrschenden bürokratischen Vormundschaft erfolgt. Man kann keinem Unternehmer die Verantwortung für Zins und Tilgung der Kredite zumuten, wenn man seine Geschäfte, außer von allgemein gültigen Gesetzen, von der mehr oder weniger willkürlichen Bevormundung durch Wirtschaftsbehörden abhängig macht, die seine beabsichtigten Geschäfte genehmigen oder versagen können. Der Nehmer der Goldtalerkredite muß im Ausland einkaufen können, was und wo er es für zweckmäßig hält, und er muß ebenso dorthin verkaufen können, wo es die Marktverhältnisse und die staatlichen Verordnungen des Auslands erlauben.

Diese Regelung, zunächst die Kreditnehmer der Goldtaler in ihren ausländischen Handelsoperationen freizustellen, würde den Vorteil haben, daß das jetzt noch vorhandene Kontrollsystem nicht plötzlich abgebrochen werden müßte, sondern sich im Laufe einer natürlichen Entwicklung nach und nach abbauen könnte, wie denn überhaupt im Wirtschaftsleben alle langsam sich anpassenden Maßnahmen sich leichter und vorteilhafter durchsetzen lassen, als plötzliche Regulierungen durch Gesetze und Verordnungen.

11. Einwände

Es ist selbstverständlich, daß gegen jeden neuen Vorschlag, wie die voranstehende Anregung einen darstellt, sich Bedenken und Einwände erheben. Wir werden uns mit einigen von ihnen auseinandersetzen müssen. Aber vorher darf doch die Frage gestellt werden, wo bisher andere Anregungen gegeben worden sind. Oder glaubt irgend jemand, daß das Wirtschaftsleben in Deutschland durch bloße Fortführung der bisherigen Maßnahmen in absehbarer Zeit zu einer dauernden Restaurierung gelangen wird? Oder versprechen etwa die Bemühungen um die Härtung des Pfundes mit den bisherigen Mitteln einen Erfolg?

Der Grundfehler, an dem die deutsche Wirtschaftspolitik heute leidet, liegt darin, daß alles sich mit den täglichen Fragen befaßt, die sich aus der nun einmal geschaffenen Lage ergeben, daß aber keine weitsichtige Politik erkennbar ist, die von dem Elan getrieben wird, diese Lage von Grund aus zu ändern. Da, wo ein solcher Elan — sei es offen oder unter der Decke — spürbar wird, erschöpft er sich in politischen Ressentiments, die nicht die leiseste Chance haben, sich erfolgreich durchzusetzen. Wir werden uns darauf einrichten müssen, noch auf lange Zeit hinaus unfrei und unter Bevormundung leben zu müssen. Das kann und darf aber nicht dazu führen, daß wir uns mit diesem Zustand nun einfach abfinden. Mit bloßen nationalistischen Lamentationen ist nichts getan. Andere Deutsche glauben, daß man eine Änderung unserer unfreien Lage durch äußere Anpassung oder auch durch

sogenannte demokratische Umerziehung erreichen könnte. Die krampfhaften Bemühungen, sich „demokratisch" zu gebärden, können bei allen Verständigen nur ein trauriges Lächeln hervorrufen. Was wir heute an allen Ecken und Enden der Welt unter dem Schlagwort der Demokratie sich vollziehen sehen, ist wahrlich nicht geeignet, Begeisterung zu erwecken.

Aber hier soll von diesen Dingen, die ins Politische hinüberspielen, nicht die Rede sein. Ich habe diese wenigen Bemerkungen nur deshalb gemacht, weil ich auf einem einzigen Gebiete die Möglichkeit sehe, uns Deutschen eine größere Bewegungsfreiheit und eine neue Anerkennung zu verschaffen, und diese liegt auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir haben die Pflicht, unsere derzeitigen ausländischen Regierenden mit wirtschaftspolitischen Vorschlägen und Ideen vernünftiger Art so oft und so lange zu überschütten, bis sie den Vorteil erkennen, der ihnen selber aus der Ausführung unserer Anregungen erwachsen muß. Nationale Gefühle und kulturelle Einrichtungen sind auf der ganzen Welt verschieden, aber die wirtschaftlichen Grundlagen des modernen Lebens sind überall die gleichen. Wirtschaftliche Vorteile, die dem einen zugute kommen, wirken sich stets auch bei dem anderen aus. Darum liegt in der W i r t s c h a f t s p o l i t i k d e r e i n z i g e A n g e l p u n k t, von dem aus wir auch unsere politische Lage zu bessern imstande sind.

Ich wiederhole einige Fragen, die im Laufe des Vorangegangenen schon aufgetaucht sind. Glaubt irgend jemand, daß bei Ablauf des Marshall-Planes Mitte 1952 die deutsche Zahlungsbilanz sich aus eigener Kraft ausgleichen lassen wird? Glaubt jemand, daß, wenn dies nicht der Fall sein sollte, die Vereinigten Staaten fortfahren werden, aus den Geldern ihrer Steuerzahler alljährlich große Beträge ohne Aussicht auf Rückzahlung nach Deutschland hinein zu schenken? Glaubt jemand, daß die zur Zeit in Deutschland bestehende Geldwährung, gegen deren Sicherheit nicht das leiseste gesagt werden soll, eine Währung ist, die sich ohne weiteres in den Weltverkehr einfügen wird? Wer bei der Beantwortung aller dieser Fra-

gen auch nur die leisesten Zweifel hat, der dürfte Tag und Nacht nicht ruhen, um rechtzeitig nach wirtschafts- und finanzpolitischen Wegen zu suchen, die ihn von dem Zweifel befreien. Mit dem bloßen Weiterwursteln ist nichts getan.

Wir sind wieder kräftig dabei, die alte deutsche Tugend zu üben, Vorschriften von oben mit größter Gewissenhaftigkeit auszuführen. Diese Tugend ist uns in der hinter uns liegenden dunkelsten Epoche der deutschen Geschichte zum tödlichen Verhängnis geworden. Nicht um die Durchführung von Devisenverordnungen geht es, sondern um ihre Beseitigung und ihren Ersatz durch vernünftiges Kaufmannswesen. Nicht um die bürokratische Verteilung der Steuerlasten geht es, sondern um die Erleichterung dieser Steuerlasten durch gewinnbringende Produktion. Mögen die in dieser Schrift gegebenen Anregungen auch zurückgewiesen werden, so hoffe ich doch, daß es nur von solchen Kritikern geschehen wird, die mit anderen und besseren Vorschlägen aufwarten können.

Die ersten Einwände, die vielleicht gegen die hier gegebenen Anregungen zu erwarten sind, liegen auf dem Gebiete nationaler Empfindungen. Dieser oder jener wird sagen, daß wir die Hoffnung haben, in nicht zu ferner Zeit von der auswärtigen Bevormundung ganz befreit zu werden. Der Vorschlag dieser Schrift aber sieht eine ausländische währungspolitische Einmischung auf 30 Jahre hinaus vor. Die BIZ — also ein ausländisches, ein internationales Institut — soll in die deutschen Kreditverhältnisse Einfluß und Einsicht für drei Jahrzehnte gewinnen, die doch dem deutschen Industriellen und Kaufmann äußerst unerwünscht sein müssen. Ich erwidere darauf, daß ich gerade von dieser Zusammenarbeit mit einem ausländischen Institut, dessen Mitarbeiter ebenso kaufmännisch denken wie wir selber, mir die größten Vorteile, gegenseitige Informationen und Anregungen verspreche.

Die Idee, als ob ein internationaler Handel, ja als ob die Wirtschaft überhaupt gedeihen könnte, indem immer nur der

eine gewinnt und der andere zahlen muß, ist eine Theorie, die zwar seit den Zeiten des englischen Merkantilismus sich in vielen Köpfen festgesetzt hat, die aber so falsch ist wie nur möglich. Wirtschaften und Handeltreiben ist eine Tätigkeit, bei der stets beide Teile gewinnen müssen, sonst läuft sie sich tot. Gerade die Einschaltung der BIZ gibt die Hoffnung, daß an diese Zusammenarbeit sich weitere Zusammenarbeit mit anderen Ländern und auf anderen Gebieten anschließen wird und damit zur Überwindung der für das dicht besiedelte Europa nicht mehr erträglichen nationalistischen Gegensätze beitragen wird.

Daß die BIZ bei dieser Einsicht in das deutsche Geschäftsleben etwas erfahren könnte, was uns zum Nachteil gereichen müßte, glaube ich nicht. Ich erinnere mich einer wahren Geschichte, die sich abspielte, als nach dem ersten Weltkrieg ein ausländisches Unternehmen über den Ankauf einer deutschen Firma verhandelte. Man war über alle Bedingungen einig geworden, bis zuletzt der Käufer die Bedingung stellte, nun müsse man ihm natürlich auch die Geheimakte ausliefern. Auf die verwunderte Frage, um welche Geheimakte es sich handele, erwiderte der Käufer, es handele sich um die Geheimakte, in der stände, wie die deutsche Firma eigentlich ihre Geschäfte zustande brächte. An dem Nichtvorhandensein dieser Geheimakte scheiterte der Kauf. Wir tragen alle unsere Geheimakte im Kopf mit uns herum. Diesen Kopf kann man nicht ohne weiteres kaufen, und seine Gedanken kann man ihm, wenn er nicht will, nicht ablesen.

Ein zweiter Einwand gegen die vorliegende Anregung wird von den Währungstheoretikern erhoben werden, die ein System der Parallelwährung als bedenklich ablehnen. Ein Goldtaler neben einem reinen Papiergeld werde zu Schwierigkeiten führen. Es ist durchaus möglich, daß ein Unterschied eintreten wird in der Bewertung von Goldtaler und D-Mark. Es ist z. B. denkbar, daß Firmen, die keine Goldtalerkredite unter den auferlegten Bedingungen in Anspruch nehmen wollen, den Versuch machen werden, durch Zahlung

eines gewissen Agios in D-Mark Goldtaler zu erlangen. Ich sehe darin keine große Gefahr, weil die natürliche Tendenz des Goldtalers, zunächst in den Verkehr für Außenhandels-Transaktionen zu fließen, dadurch nur verstärkt wird. Im Inlandsverkehr wird sich der Goldtaler nur langsam durchsetzen, zumal seine Umlaufsmenge genau so unter Kontrolle steht wie diejenige der D-Mark. Diese Kontrolle wird eine zu große Diskrepanz verhindern können. Das berühmt gewordene Greshamsche Gesetz, wonach das schlechte Geld das gute vertreibt, gewann ja seine Gültigkeit nur aus der Freiheit der Ausprägung beider Währungsmetalle Gold und Silber. Im vorliegenden Falle stehen aber beide Geldsorten hinsichtlich der auszugebenden Menge unter Kontrolle. Es ist also durchaus möglich, im Laufe der Zeit bei steigendem Umlauf von Goldtalern den D-Mark-Umlauf zu reduzieren und ihn schließlich ganz durch den Goldtaler-Umlauf zu ersetzen.

Die Möglichkeit der Kontrolle ist es auch, die den nächsten und vielleicht am schwersten erscheinenden Einwand zurückweist, das ist der Einwand, daß vermehrte Geldausgabe Inflation bedeute. Es ist wirklich seltsam, wie uns gewisse Schlagworte gefangen nehmen, die wir früher so gut wie gar nicht gekannt haben, und die, als Folge einer Maß und Ziel entbehrenden Wirtschaftspolitik, uns in den letzten Jahrzehnten entgegengetreten sind. Was in den Jahren 1919 bis 1923 in Deutschland und anderen Ländern auf dem Währungsgebiet vor sich ging, war in der Tat schlimmste Inflation. Seitdem hat uns ein solcher Schrecken vor der Inflation befallen, daß wir bei jeder Vermehrung des Notenumlaufs uns sofort ängstlich fragen, ob wir nicht einer neuen Inflation entgegensehen. Dabei ist die Frage, ob Inflation oder nicht, lediglich eine Frage, ob man in der Währungspolitik bei der Notenausgabe Grenzen einhalten kann oder nicht. Solange eine Notenbank oder eine Regierung die Macht und den Willen hat, dem Notenumlauf eine Grenze zu setzen oder zuviel in Umlauf gesetztes Geld wieder zurückzuziehen, so-

lange kann von einer Inflationsgefahr gar keine Rede sein. Dies ist aber der Fall sowohl bei der D-Mark wie bei den Goldtalern. Sollte wirklich die Vermehrung des Geldumlaufs durch eine Milliarde Goldtaler Inflationserscheinungen zeitigen, so wird es jederzeit möglich sein, die weitere Ausgabe von Goldtalern einzustellen oder aber den Umlauf an D-Mark zu drosseln, je nachdem, was vorteilhafter und zweckmäßiger erscheint.

Es ist aber durchaus anzunehmen, daß inflationistische Erscheinungen, also ungewöhnliche Preiserhöhungen und dergleichen nicht auftreten werden, weil die in Neuinvestitionen hineingehenden Goldtaler sofort eine lebhafte Vermehrung des Güterumlaufs herbeiführen werden. Soweit der Goldtaler überhaupt in den inneren Verkehr gelangen sollte, wird er überdies sicherlich einen langsameren Umlauf zeigen als die D-Mark.

Andere Währungspolitiker mögen den Einwand machen, daß schließlich alle Goldtaler bei dem Federal Reserve System landen werden. Das ist aber deshalb unbedenklich, weil das Federal Reserve System die Goldtaler, die es eintauscht, der BIZ wieder zur Verfügung stellt in Anrechnung auf den Goldkredit, dessen Goldsubstanz ja als vollwertige Deckung in der Verwaltung des Federal Reserve Systems sich befindet. Die an die BIZ zurückfließenden Goldtaler finden immer in neuer Kredithingabe an deutsche Firmen Verwendung.

Nun wäre es noch denkbar, daß der Goldtaler, den man ja zum Unterschied von Devisen durch Arbeit und Leistung im Inlande, also nicht durch Export, verdienen kann, zum Horten verwendet wird und dadurch aus dem Verkehr verschwindet. Das müßte den Inflationsängstlichen angenehm sein, da damit der Geldumlauf verringert wird. Die Hortungsgefahr ist aber deshalb nicht besonders tragisch zu nehmen, weil sie ja — steuerlich unkontrollierbar — nur in Noten, nicht aber in Buchungen eintreten kann. Alle Buchungen lassen sich bei den Bankinstituten kontrollieren. Das Gros der Kre-

dite und ihre Weiterverwendung wird aber immer über Bankkonto laufen, in weit höherem Grade als bei der DM, die zu Lohn- und anderen Kleinzahlungen der Notenform bedarf.

Die Gefahr einer Inflation wird um so leichter gemeistert werden können, als wir aus den Erfahrungen beim Finanzzusammenbruch des Jahres 1931 gelernt haben. Im November 1931 setzte der damalige Reichskanzler Brüning vor dem Reichsausschuß des Zentrums in Berlin auseinander: „Wir haben, als wir nach der Inflation durch ausländische Anleihen plötzlich wieder Geld in die Hand bekamen, nicht mehr gewußt, was wir vernünftigerweise damit tun sollten, wir haben nicht mehr gewußt, was überhaupt Geld bedeutet." Heute wissen wir, welche Gefahren eine Kreditinflation in sich birgt.

Und damit kommen wir zu einem letzten Einwand, der hier zu erörtern ist, daß wir nämlich mit der Einführung der Goldtaler uns wieder auf das Gebiet der Auslandspumperei begeben und damit in die Gefahrenzone, die der Zwang zur Rückzahlung ausländischer Anleihen mit sich bringt. Auch hier aber liegt die Situation heute völlig anders als damals. Das, was uns damals in so besonders große Gefahren brachte, war einmal der ungeheure Umfang der Auslandskredite an sich und zweitens der Umstand, daß ein großer Teil dieser Auslandskredite kurzfristig hereingenommen wurde. Der Goldtalerkredit aber wird in seinem Umfang immer begrenzt sein. Seine Höhe wird den deutschen Wirtschaftserfordernissen jeweils angepaßt werden. Er wird ferner auf 30 Jahre festgelegt, ist also langfristig und sieht 30 gleichmäßige Jahrestilgungsraten vor. Das ist keine Bedrohung der deutschen Währungslage. Noch im Oktober 1930 hat derselbe Brüning, dem wenige Monate später die Gefahr der Auslandskredite klar wurde, einen amerikanischen Kredit von 125 Millionen Dollar = 500 Millionen Reichsmark aufgenommen, der in drei Jahrsraten rückzahlbar war. Derartige Transaktionen lassen jedes kaufmännische Finanzgefühl vermissen. Ein Kredit aber, der mit $3^{1}/_{3}$ % jährlich zurückzuzahlen ist und bei dem nicht einmal die Zinsen in ausländischer Valuta zu zahlen sind, ist eine verständige Angelegenheit.

Mit einem solchen Vorschlag ist vor allem das Transferproblem nach beiden Seiten gelöst. Normaler Weise konnte in den zwanziger Jahren ein Auslandskredit nur dadurch in Reichsmark verwandelt werden, daß die Reichsbank die Auslandsvaluta entgegennahm und dafür Mark ausgab. Wäre nicht der ständige Wiederabfluß der Devisen aus der Reichsbank gewesen, in der Hauptsache für Reparationszahlungen, so hätte sich bei der Reichsbank ein enormer Betrag von Devisen anhäufen müssen, allein bei dem Wegfall von Reparationszahlungen 10.8 Milliarden RM, wie wir früher gesehen haben. Gleichzeitig freilich hätte sich auch der Reichsmark-Geldumlauf entsprechend erhöhen müssen. Dadurch, daß das Reich immer wieder Markeinzahlungen leisten mußte, um von der Reichsbank die Devisen für seine Reparationsschulden zu bekommen, regulierte sich auch wieder der Geldumlauf. Bei dem vorstehenden Vorschlag verkehrt sich das ausländische Gold in inländisches Zahlungsmittel, ohne daß ein Transferproblem auftaucht.

Daß unserer entsetzlichen Wirtschaftslage nicht mit hergebrachten Mitteln aufgeholfen werden kann, dürfte doch wohl verständlich sein. Der damalige demokratische Reichsfinanzminister Dietrich sagte in einer Stuttgarter Ansprache an die demokratische Partei Anfang Januar 1931 mit Recht: „Wenn vier Millionen Menschen in der Gefahr sind, zur Verzweiflung getrieben zu werden, dann sind Bedenken nichts und positive Maßnahmen alles", und er fuhr fort: „Der Widersinn, daß wir für Millionen von Arbeitslosen über zwei Milliarden Reichsmark jährlich ausgeben — mit dem, was die Gemeinden zahlen, vielleicht nahezu drei Milliarden — ohne einen Gegenwert zu bekommen, ist so ungeheuerlich, daß wir ohne ängstliche theoretische Bedenken uns zum Betreten neuer Wege entschließen müssen."

Wir sind heute noch nicht in einer ähnlich brennenden Situation hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Aber unsere gesamten Aussichten in wirtschaftlicher Beziehung sind denk-

bar verdüstert. Wir wissen, welche politischen Konsequenzen die Ziffer von $6^{1/2}$ Millionen amtlich erfaßter Arbeitsloser gehabt hat. Wir müssen darum mit allen Mitteln versuchen, unsere Wirtschaft auf gesunde Grundlagen zu stellen, bevor es zu neuen politischen Erschütterungen kommt.

12. Die große Perspektive

Diese Schrift geht selbstverständlich von dem naheliegenden Wunsch aus, in erster Linie Deutschland zu helfen. Aber in einer so ineinander verflochtenen Welt, wie sie heute besteht, war ich immer bemüht, den Vorteil der Anderen mit dem der Deutschen in Einklang zu bringen. Ich habe das Ausland ganz öffentlich und immer wieder vor übermäßiger Kreditgewährung an Deutschland gewarnt, ich habe im Dawes-Komité auf das harmonischste mit den Ausländern zusammen geplant, ich habe im Young-Komité durch den Vorschlag der Errichtung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich mich bemüht, die Aufschließung zurückgebliebener Länder zu einer gemeinsamen Aufgabe der Industriestaaten zu machen, ich habe bei der Milderung und Regulierung der 1931 aus Deutschlands finanziellem Zusammenbruch entstandenen Schäden auf das engste mit den ausländischen Gläubigern zusammengearbeitet, ich habe stets den Grundsatz verfolgt, daß es uns nur gut gehen kann, wenn es auch den Anderen gut geht.

Als ich im Jahre 1936 die verschiedenen Balkanstaaten besuchte, um wirtschaftliche Austauschverträge mit ihnen abzuschließen, fand ich im wesentlichen deshalb so bereit-

williges Entgegenkommen, weil ich mich öffentlich dahin aussprach, wir Deutsche wünschten nicht, jene Staaten so lange als möglich auf dem Niveau bloßer Agrarländer zu halten. Wir wünschten vielmehr durchaus, daß auch sie sich nach und nach mehr industrialisieren sollten. Wir wüßten, daß ein bloßes Agrarland für die Industriestaaten nur ein verhältnismäßig schwacher Abnehmer sei und daß seine Kaufkraft mit steigender eigener Industrialisierung nur wachsen könne.

Aus dieser Überlegung heraus kann ich mich auch nicht zu der Auffassung bekennen, die leider gar nicht selten bei deutschen Wirtschaftlern angetroffen wird, es lohne sich nicht, den Ausländern irgendwelche Vorschläge wirtschaftlicher Natur zu machen, man wolle uns ja doch nicht mehr hochkommen lassen, wir seien eine Konkurrenz, die zu beseitigen sei. Diese Auffassung, die Manche den Siegermächten imputieren, erscheint mir so außergewöhnlich töricht, daß ich sie auf die Dauer nicht für möglich halte. Kaufen kann nicht der Arme und Darbende, sondern nur der Wohlhabende. Daß ein Morgenthauplan im ersten Augenblick des Gefühls von Rache und Vergeltung entstehen konnte, ist bedauerlich, aber noch verständlich. Daß er im Laufe von zwei Jahren verschwinden mußte, war zwangsläufig. Brauchte man Deutschland vielleicht auch nicht als Lieferanten, so brauchte man es doch als Konsumenten.

Insbesondere glaube ich, daß die Amerikaner diesen kaufmännischen Fundamentalsatz erkannt haben. Alle Diskussionen der amerikanischen geschäftlichen und wissenschaftlichen Welt zeigen, daß Amerika seine derzeitige Lage klar sieht. Was die beiden Kriege verbraucht haben, ist von ihnen bereits bezahlt und dahin. Ein Teil ist durch Steuern bezahlt worden, für einen anderen Teil haben individuelle Obligationäre Forderungen an die Allgemeinheit, an den Staat erhalten. Ob diese Forderungen jemals eingehen, ob die hohen Kriegssteuern in der Zukunft ermäßigt werden können, das hängt einzig und allein davon ab, was in der Zukunft verdient werden kann. Seit einer Reihe von Jahren exportieren

die Amerikaner, ohne einen angemessenen Gegenwert hereinzubekommen, sie bezahlen ihren eigenen Export. Das ist, geradeheraus gesprochen, Raubbau und kann deshalb nicht andauern. Wir Europäer müssen den Vereinigten Staaten dankbar sein, daß sie solche Opfer bringen, aber es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit mitzuhelfen, diese Opfer herabzumindern und bald ganz überflüssig zu machen. Es ist das nicht nur unsere Pflicht, es ist Klugheit, denn so wie jetzt geht es nicht endlos weiter.

Ich bin daher der Ansicht, daß die Amerikaner vielmehr die große wirtschaftliche Perspektive, die vor ihnen liegt, nicht nur sehen, sondern auch wahrnehmen werden. Sie haben sie merkwürdigerweise nach dem ersten Weltkrieg nicht wahrgenommen. Schon damals hatten sie die Chance, im internationalen Handel in allen jenen Geschäftssparten an die erste Stelle zu treten, auf deren reibungslosem Funktionieren der Welthandel beruht, nämlich in der Warenfinanzierung, im Transportwesen, in der Versicherung, in der Maklerei etc.

Mag die industrielle Konkurrenz der kontinentalen europäischen Staaten mit England noch so groß und scharf gewesen sein, sie alle profitierten gern von dem Umstand, daß Großbritannien jene Grundsparten des Welthandels beherrschte, lenkte und sie den kontinentalen Konkurrenten zur Verfügung stellte. Mag man die Außenpolitik Englands noch so berechtigterweise kritisieren, auf wirtschaftlichem Gebiet war die Pax Britannica eine Wohltat für die ganze Welt. Die rechtlichen und kaufmännischen Spielregeln, die England über die ganze Erde hin zur Geltung zu bringen verstanden hat, boten dem internationalen Handel auch in den abgelegensten Ländern eine Sicherheit, die zu zerstören erst den beiden Weltkriegen gelungen ist. Unter dem plötzlichen nationalistischen Erwachen der asiatischen Völker haben Eigentumsrespekt, Handelsrecht und Handelsaustausch auf das schwerste gelitten. Diese Schäden wieder zu heilen, bedarf es einer neuen starken Patronanz auf dem Felde des Welthandels.

Es ist ein *schwerer Schlag* für ganz Europa, daß Großbritannien nicht mehr über die Mittel verfügt, diese Patronanz im früheren Umfange auszuüben. Das ist nicht so sehr seinen politischen Verlusten zuzuschreiben als vielmehr seiner Entblößung von den erforderlichen finanziellen Mitteln. Ohne jene gewaltigen Kapitalreserven, über die es vor 1914 verfügte, und mit seiner heutigen labilen Währung ist die Last für England zu schwer geworden, die es früher zu eigenem und zum Vorteil Europas getragen hat und tragen konnte. Es gab in der ganzen Welt kein Risiko des Transports, der Versicherung, des Kredits, des Absatzes, das man nicht in der Londoner City decken konnte. Die europäische Geschäftswelt kann das nicht vergessen, sie wird sich immer nach der Restaurierung des früheren Zustandes zurücksehnen.

Wenn es richtig ist, daß ein dauernder Weltfriede nur auf allgemeiner Wohlfahrt basieren kann, dann ist hier die *große Aufgabe*, die Amerika in Angriff nehmen muß. Diese Aufgabe kann nicht einer zufälligen Entwicklung überlassen bleiben, sie muß als politische Aufgabe von größter Bedeutung zielbewußt in Angriff genommen werden. Dies ist nach dem ersten Weltkrieg unterlassen worden, als es für Amerika möglich war, neben England in die Patronanzstellung für den Welthandel einzurücken. Dies Versäumnis darf sich nicht wiederholen. *Es muß erkannt werden, welche ungeheure Friedensmacht und Friedenssicherung in der Ausübung der Funktionen liegt, die Großbritannien früher im Welthandel ausgeübt hat.*

Es ist bankgeschäftlich gesehen kinderleicht und primitiv, Anleihen an ausländische Staaten oder Unternehmungen durch Tausende von „Bondsalesmen" an ein mehr oder minder ahnungsloses Publikum zu verkaufen. Aber eine Schiffsladung nach Bangkok zu sichern, Warensendungen gegen Verderb zu versichern, die Durchführung des Baues einer Hafenanlage in Colombo sicherzustellen, Rembourskredite für unterwegs befindliche Waren zu geben, Zahlungen in fremder Valuta risiko-

los zu machen, und was alles sonst zum Handeltreiben gehört, dazu bedarf es der ganzen Erfahrung einer langen Tradition, der erfinderischen Wendigkeit des Handelsherren, des Einsatzes von Wagemut und Kapitalkraft, von Rechtsgefühl und Redlichkeit des königlichen Kaufmannes. Diese alte angelsächsische Tradition nicht verfallen zu lassen, sie fortzusetzen und auszubauen, wird einer der wesentlichsten Bausteine zum Weltfrieden sein. Friede und Fortschritt beruhen nicht auf der Anwendung von Gewalt, sondern auf der Ausbreitung und Sicherung von Wohlfahrt und Recht.

Wenn wir heute die ungeheuren ökonomischen Machtmittel sehen, die die Vereinigten Staaten in der Hand halten, so ist es erstaunlich zu sehen, durch welche Mißverständnisse, Vorurteile und Zögerungen die Einsetzung dieser Mittel für die Sache des Weltfriedens bisher nicht zur rechten Auswirkung gekommen ist. Zwei Weltkriege haben bewiesen, daß Amerika in keinem Falle sich aus den Störungen des Weltfriedens heraushalten kann. Wie es im europäischen zweiten Weltkrieg nahezu keine Neutralität mehr gab und künftig überhaupt nicht mehr geben wird, so sind die Zeiten des Isolationismus vorbei. Der Sieg demokratischer Regierungsmaximen kann nur gesichert werden, wenn die Welt zur ökonomischen Wohlfahrt geführt wird. War eine vertragliche Verständigung mit dem totalitären System Hitlers unmöglich, so wird sie es auch mit dem bolschewistischen Totalitarismus sein. Worauf also wartet man? Jedes verlorene Jahr macht in den wirtschaftlich bedrückten Ländern die seelische Verfassung der Bevölkerung weniger aufnahmefähig und aufnahmewillig für eine kräftige Mitanstrengung, treibt sie vielmehr in Stumpfheit und Verzweiflung hinein. Sicherlich bedürfen die zu fassenden Entschlüsse eines heroischen Geistes und einer weiten Sicht. Wer aber in aller Welt soll diese heute aufbringen, wenn nicht Amerika!

III.

13. Zahlungsausgleich für Deutschland

Wir haben an früherer Stelle gesagt, daß die ausgeglichene Zahlungsbilanz entscheidend ist für den dauernden Bestand einer jeden Währung. Natürlich kann auch schlechte Staatsfinanzpolitik die Währung zerrütten. Ein Staat, der seine Ausgaben nicht mit Steuern und Abgaben, sondern mit der Notenpresse bezahlt, ruiniert seine Währung. G e o r d n e t e S t a a t s - u n d V o l k s w i r t s c h a f t sind für jede Währungspolitik die Vorausetzung. In seinem unlängst erschienenen Buche „Außenwirtschaft" formuliert Prof. P r e d o e h l treffend: „Währungen kann man ordnen, wenn es gelingt, die korrelative Wirtschaft gleichzeitig ins Gleichgewicht zu setzen. Auf einer ungeordneten Wirtschaft eine Währungsordnung aufzubauen, ist selbst dann ein Widerspruch, wenn man zugibt, daß das eine nicht ohne das andere, die Ordnung der Wirtschaft also auch nicht ohne die Ordnung der Währungen möglich ist." Die Richtigkeit dieser These hat sich besonders bei dem Währungsschnitt vom 20. Juni 1948 gezeigt, der in eine völlig zerrüttete Wirtschaft eine geordnete Währung setzen zu können glaubte.

Wir lassen hier die Frage einer allseitig geordneten Wirtschaft unerörtert, da für unsere Darstellung es in erster Linie auf den Z a h l u n g s a u s g l e i c h mit dem Auslande ankommt. Soll Deutschland wieder in den Genuß einer dauernden stabilen Währung kommen, so muß die deutsche Zahlungsbilanz zum Ausgleich gebracht werden. Das ist das Endziel jeder Währungs- und Wirtschaftspolitik. Dieser Ausgleich kann

nur herbeigeführt werden, wenn der deutsche Industrie-Export auf eine Höhe gebracht wird, deren Devisenerlös die Einfuhr der für den Lebensunterhalt und die Arbeit des deutschen Volkes erforderlichen ausländischen Nahrungsmittel und Rohstoffe deckt.

Hier wird sofort wieder das deutsche Problem gegenüber der Umwelt sichtbar. In demselben Umfang, in welchem Deutschland den Weltmarkt beschicken muß, um seine nötigsten Lebensgrundlagen zu verdienen, macht es diesen Teil des Weltmarktes den konkurrierenden Industrieländern England, Frankreich, Belgien, Vereinigten Staaten usw. streitig. Dieses Konkurrenzverhältnis und der natürlich gegebene Widerstand des Auslandes gegen solche deutsche Konkurrenz bildet den eigentlichen Untergrund aller politischen Konflikte, die seit der Jahrhundertwende um Deutschland kristallisieren. In früheren Jahrhunderten entsprangen die Kriege in der Hauptsache dynastischen und nationalistischen Interessen, die beiden Weltkriege aber sind über den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf entstanden und geführt worden.

Die Richtigkeit dieser Feststellung wird am klarsten erwiesen nicht durch die Maßnahmen, die von den Beteiligten vor den Kriegen ergriffen wurden, sondern durch die Maßnahmen, die die Siegermächte nach gewonnenem Krieg ergriffen. Die Resultate früherer Kriege waren fast immer nur Landverschiebungen und Kriegsentschädigungen. Nach dem ersten Weltkrieg offenbart sich zum ersten Mal eine ganz andere Politik. Wenn früher das Kriegführen eine Angelegenheit von Staat zu Staat, d. h. von Regierung zu Regierung war, und der private einzelne Bürger sozusagen als nichtbeteiligt am Krieg respektiert wurde, so geschah nunmehr das Ungeheuerliche, daß man den einzelnen Bürger für die Niederlage seiner Regierung verantwortlich machte, indem man ihn seines privaten Eigentums beraubte. Mit dieser Maßnahme erschütterte man die beiden Grundpfeiler des internationalen Handels, nämlich die Rechtssicherheit im Auslande und den Handelskredit über die Landesgrenzen hinaus. Auf

diesen beiden Fundamenten hatte sich der ganze internationale Handel im Laufe der Jahrhunderte aufgebaut.

Die Geschichte des Handels lehrt, daß die Befriedung der Märkte und der Transportwege, der Schutz kaufmännischer Abmachungen, die Vollstreckbarkeit rechtmäßiger Forderungen und ähnliche Sicherungen des Markt-, Kredit- und Zahlungsverkehrs zu den frühesten Elementen der Handelspolitik gehören. Auch in jedem modernen internationalen Handelsvertrag spielen die Sicherungen des Aufenthalts, der Niederlassung, der Lagerhaltung, der Transportmittelbenutzung, der Warenbewegung, der Klagbarkeit von Rechten etc. eine wesentliche Rolle.

Der erste Weltkrieg und das Versailler Diktat haben in diesen unerläßlichen Schutzwall des internationalen Handels die erste schwere Bresche geschlagen. Die rechtliche und moralische Diskriminierung, die man den Deutschen seitens der Siegermächte zuteil werden ließ, trug in den Welthandel ein Moment des Mißtrauens hinein, das bis heute nicht wieder geschwunden ist. Die Achtung vor dem Eigentum des Fremden wurde bei den primitiveren Völkern früher nur durchgesetzt, indem die handeltreibenden Nationen mit dem Beispiel absolutester Wahrung des Eigentums vorangingen, einerlei ob es sich um Freund oder Feind handelte. Nun aber wurde plötzlich in einem Friedensinstrument, das die führenden Handelsvölker der Welt diktierten, das private Eigentum des Gegners für vogelfrei erklärt. Wenn das am grünen Holze geschah, was konnte man vom dürren erwarten. War aber das Eigentum nicht mehr unangreifbar, wie konnte dann noch ein Kreditsystem funktionieren, das doch auf dem Eigentum fußen muß.

Neben den territorialen Friedensbedingungen des Versailler Diktats nahmen die wirtschaftspolitischen Forderungen an Deutschland den breitesten Raum ein. Schon unmittelbar nach dem Waffenstillstand begannen die deutschen Sachlieferungen an die Sieger in Form von Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Vieh, Kohlen, Kali, Holz usw., die auch nach

Friedensschluß weiter fortgesetzt wurden. Geringe Lücken in diesen Ablieferungen führten zu der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes und zum zwangsweisen Abruf von Kohle und Koks. Die gesamte deutsche Handelsflotte von Schiffen über 1600 To mußte abgeliefert werden.

Entzog schon die Kohleablieferung der deutschen Industrie einen großen Teil ihres Lebensblutes, so schlug der Entzug der Handelsschiffe dem deutschen Export die schwersten Wunden. Geradezu vernichtend aber für den deutschen Export war es, daß der ganze deutsche private Besitz im Ausland und an Auslandsanleihen weggenommen wurde. In diesem Auslandsbesitz war ein großer Teil des deutschen Exports verankert. Zu ihm gehörten die überseeischen Geschäftshäuser, Vertretungen und Filialen, Transporteinrichtungen und alle Läger, kurz alles, was für den Betrieb und Vertrieb eines Auslandsgeschäftes erforderlich ist. Der Besitz an Auslandsanleihen und ähnlichen Werten bildete den finanziellen Rückhalt, wenn Absatzschwierigkeiten das Exportgeschäft weniger einträglich machten. Ihr Entzug bedeutete, daß aus dem Deviseneingang des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland rund 1½ Milliarden Goldmark jährlich wegfielen, ein Betrag, der nun in der Außenzahlungsbilanz fehlte.

Der unerläßliche Wiederaufbau einer Auslandsorganisation für die Wiederingangbringung des Industrie-Exports erforderte einen neuen Devisenaufwand, der nur mit großen Schwierigkeiten und Lasten zu beschaffen war. Daneben enthielt das Versailler Diktat eine ganze Reihe von Beschränkungen der deutschen Zollhoheit, die zeitweilige Zuteilung einseitiger Meistbegünstigung an die Siegermächte für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr. Die abgetretenen Gebiete Elsaß und Polen durften noch mehrere Jahre lang ihre Erzeugnisse zollfrei nach Deutschland einführen. Alles zeigt, daß die ökonomische Schädigung Deutschlands das Hauptinteresse der Sieger in Anspruch nahm.

Welche Konsequenzen eine solche Politik für den Weltmarkt haben mußte, ist den Siegern damals nicht klar ge-

worden, denn jede Belastung Deutschlands, die das tragbare Maß überschritt, mußte unbedingt zu einem vermehrten Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkte führen. Man wollte die d e u t s c h e K o n k u r r e n z beseitigen oder herabmindern und tat statt dessen das gerade Gegenteil, indem man sie zu noch größeren Anstrengungen zwang. Es war nicht anzunehmen, daß das deutsche Volk einfach stillschweigend verhungern würde. Im Gegenteil, alle wirtschaftlichen Kräfte wurden durch diese Behandlung nur angespornt. Die deutsche Konkurrenz wurde nicht kleiner, sondern größer.

Es ist nach dem zweiten Weltkrieg in keiner Weise besser geworden. Das geht am deutlichsten hervor aus der Wegnahme deutscher Patente und Fabrikationsmethoden, von der man eine Bereicherung der eigenen Industrie und eine Schädigung der deutschen erwartete. Daß man mit der Demontage kriegspotentieller Industrien gleichzeitig auch das Friedenspotential dieser Werke ausschaltete und damit ihre Konkurrenz lahmlegte, schlägt in dieselbe Kerbe, ganz zu schweigen von der hier und da vorgekommenen Fortnahme auch nur friedenspotentieller Maschinen und Anlagen. Dazu kommt die ganze B e v o r m u n d u n g der deutschen Erzeugung und insbesondere der deutschen Ausfuhr durch die Behörden der Besatzungsmächte, das Verbot gewisser Industrien und alle sonstigen Erschwerungen für Auslandsreisen, Seetransporte, Versicherungen, Kredite und dergleichen, deren Einzelaufzählung und Erläuterung ganze Seiten füllen würde. Im fünften Jahr nach Kriegsende hat Deutschland noch keinen Friedensvertrag. Es lebt unter willkürlichem Recht der Besatzungsmächte.

Wenn ich diese Dinge, wenn auch nicht eingehend, so doch andeutend aufführe, so geschieht es nicht, um eine politische Kritik daran zu knüpfen. Es kommt mir nur darauf an nachzuweisen, daß die Maßnahmen der Sieger n a c h dem Kriege deutlich erkennen lassen, welche tieferen Ursachen v o r dem Kriege die internationale politische Spannung geschaffen, verstärkt und schließlich zugespitzt haben. Ich lasse deshalb die unmittelbare Schuldfrage für den Ausbruch der beiden Welt-

kriege völlig beiseite; sie liegt überdies für den zweiten Weltkrieg eindeutig bei Hitler. Ich möchte vielmehr die Diskussion von der persönlichen Schuldfrage auf die sachlich unendlich viel wichtigere Schicksalsfrage lenken, ob die westliche Welt nicht endlich einen Weg finden kann, der die wirtschaftlichen Bruderkämpfe verhindert und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ermöglicht.

Man muß sich doch einmal darüber klar werden, daß mit der Ausschaltung eines 70 Millionen Volkes, wie es das deutsche nun einmal ist, aus der industriellen Konkurrenz nicht gerechnet werden kann. Der Raum, auf den heute das deutsche Volk zusammengedrängt ist, kann landwirtschaftlich vielleicht 40 Millionen Menschen ernähren, niemals aber 70. Es sind also rund 30 Millonen Deutsche zu viel, die nichts anderes einzusetzen haben als ihre körperliche und geistige Arbeitskraft. Das Produkt ihrer Arbeit müssen sie gegen Nahrungsmittel verkaufen. Sie müssen mit anderen Industrievölkern konkurrieren. Man wird diese überzähligen 30 Millionen weder ins Ausland verpflanzen noch ausrotten können oder wollen.

Solange das deutsche Volk sich aus der eigenen Scholle ernähren konnte, gab es für die Welt kein deutsches Problem. Die Frage der Reichseinheit war ein innerdeutsches Problem. Als Bismarck dieses Problem auch unter dem Risiko des österreichischen und des französischen Konfliktes löste, blieb die übrige Welt verhältnismäßig uninteressiert. Ja, der jetzt von so manchen übereifrigen und zweckbestimmten Kritikern als Hitler'sche Vorfrucht verketzerte Bismarck erfreute sich zu seinen Lebzeiten vielfacher Anerkennung bei der übrigen Welt.

Die Stellung des Auslandes gegenüber Deutschland wandelte sich erst mit dem zunehmenden industriellen Ausdehnungsdrang der deutschen Wirtschaft auf den Weltmarkt vom Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an. Dieser Ausdehnungsdrang wurde erzwungen durch das steigende Mißverhältnis zwischen wachsender Bevölkerungszahl und gleichbleibender Agrarfläche.

Die daraus sich ergebenden Spannungen suchte die von Bismarcks Nachfolger C a p r i v i eingeschlagene Politik langfristiger Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande zu bannen. 1892 wurden die ersten Handelsverträge auf 10 bis 12 Jahre Dauer geschlossen, die während dieser Zeit keine Erhöhung von Zollsätzen auf die vertraglich behandelten Waren zuließen. Dem Reichskanzler B ü l o w gelang es bei Ablauf dieser Verträge, die meisten von ihnen — mit gewissen Abänderungen, die der inzwischen vor sich gegangenen Entwicklung Rechnung trugen — auf eine gleiche Zeitdauer zu erneuern. Mit diesen beiden Vertragsperioden wurde eine Sicherung in die internationale Handelsentwicklung hineingetragen, die einen nahezu ungestörten Fortschritt in Zivilisation und Kultur brachte. Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, der Welt die Zeit des Friedens zu verlängern. Sie konnte aber natürlich nicht verhindern, daß die deutsche Ausfuhr mit wachsender Bevölkerung sich immer stärker auf den Weltmärkten fühlbar machte und allein damit die politische Spannung erhöhte, die sich schließlich im ersten Weltkrieg entlud.

Wenn man Bismarck und der Politik seiner Nachfolger einen Vorwurf machen will, dann liegt er, rückschauend gesehen, am ehesten darin, daß sie die Gefahren n i c h t r e c h t z e i t i g e r k a n n t haben, die sich aus der steigenden industriellen Konkurrenz Deutschlands für das politische Verhältnis zu den Nachbarländern zwangsläufig ergeben mußten. Sie hätten einen Ausweg suchen müssen, und sie hatten ihn vor sich in der Aufgabe, die deutschen Kolonialgebiete zu entwickeln. Das erforderte selbstverständlich einen großen Kapitalaufwand. Ihn hätte das wohlhabende Deutschland unschwer aufbringen können. Ein großer Teil seines Güterexportes wäre damit vom übrigen Weltmarkt in die damaligen kolonialen Gebiete abgelenkt worden und hätte sich durch den Import einer ganzen Reihe von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus den aufgeschlossenen Kolonialgebieten bezahlt gemacht. Erze, Gummi, Hölzer, vegetabilische Fette,

Rinderhäute und vieles andere hätten die Verwendung von Schienen, Eisenbahnfahrzeugen, Automobilen, Elektrizitätseinrichtungen usw. lohnend gemacht. Für den ersten Weltkrieg brachte Deutschland allein an Kriegsanleihe hundert Milliarden Mark auf. Ein kleiner Bruchteil davon hätte, als Investition in die damaligen kolonialen Gebiete, genügt, um aus dem deutschen Ostafrika, aus Kamerun und Südwest ertragreiche Länder zu machen und den übrigen Weltmarkt von einem beträchtlichen Teil der deutschen Konkurrenz zu entlasten.

Es hat zweier Weltkriege bedurft, um die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine fortdauernd gesteigerte und erweiterte Technik, auf der die Zunahme des Welthandels und der Zivilisation beruht, nicht möglich ist ohne gleichzeitige Erschließung von Gebieten, aus denen die für die Technik erforderlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel fließen. Alle anderen Mittel, mit denen die Endlösung bisher aufgehalten worden ist, waren und sind unzulänglich.

14. Unzulängliche Mittel

Solange das Problem des Zahlungsausgleichs der übervölkerten Industrieländer nicht in seiner ganzen Tragweite und in seiner Tendenz zur Steigerung erkannt wurde, hat die Politik langsichtiger Handelsverträge dazu beigetragen, das kommende Unheil hinauszuzögern. Die moralischen Wirkungen des Handelsvertragssystems waren größer, als seine materiellen Wirkungen auf die Dauer sein konnten. Was heute die politischen Leiter aller Staaten schreckhaft in Atem hält, ist die vertraglose einseitige Interessenwahrnehmung, die auf

die Lebensnotwendigkeiten der Geschäftspartner keine Rücksicht nimmt. Solcher Vertragslosigkeit gegenüber bemühte sich die Handelsvertragspolitik, einen friedlichen Ausgleich der Interessen herbeizuführen, während die heutige einseitige Aktivität den Keim zu Konflikten dauernd in sich trägt.

Aber die Handelsvertragspolitik, so wünschenswert sie auch heute noch ist und immer bleiben wird, konnte das Problem nicht dauernd lösen, wie den übervölkerten Industrieländern Nahrungsfreiheit und Exportfreiheit zugleich gesichert werden kann. Das wäre nur möglich gewesen, wenn die Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse statisch geblieben wären. Aber sowohl der Bevölkerungszuwachs wie die wirtschaftliche Entwicklung befanden sich überall in dynamischer Bewegung. Die Industrieländer suchten die sinkende Bedeutung ihrer eigenen Agrarproduktion durch Agrarschutzzölle aufrechtzuerhalten, und die industriearmen Länder suchten eine wachsende industrielle Eigenproduktion zu entwickeln durch neue oder erhöhte Industriezölle. Als nach dem Ablauf der ersten Handelsvertragsperiode zu Anfang dieses Jahrhunderts an die Fortführung herangegangen wurde, mußten schon viele gegenseitigen Zollzugeständnisse vorgenommen werden, um zu einem neuen Vertragsschluß zu gelangen.

Solche Erhöhungen wurden seitens der Industrieländer in den Kauf genommen, weil die vertragliche Sicherung von Zollsätzen für die Dauer von 12 Jahren die Möglichkeit bot, durch technische und kaufmännische Organisationsmaßnahmen mit ihrer kostensenkenden Wirkung die erhöhten Zölle auf den Absatzmärkten zu überwinden.

Die Tendenz der industriell weniger entwickelten Länder, sich von der Belieferung durch die Industrieländer freizumachen, indem man eigene Industrien schuf, mußte der Handelsvertragspolitik in der bisherigen Form ein Ende setzen. Der Weg, der hierbei durchschritten wurde, wird vielleicht am besten illustriert durch die Erzählung eines Hamburger Exporteurs: „In meiner Jugend exportierte ich Flaschenbier nach Argentinien. Dann begannen die Argentinier, eigene Bier-

brauereien zu errichten, und ich exportierte dahin Brauereimaschinen und Apparate. Nachdem diese installiert waren, beschränkte sich mein Export auf die Lieferung von Bierflaschen, und jetzt liefere ich nur noch die Etiketten für diese Flaschen."
Jede Handelsvertragspolitik wird sich solchen dynamischen Veränderungen der Wirtschaftsproduktion anpassen müssen und bleibt stets wünschenswert, wenn auch in ihrem Erfolg begrenzt. Sie trägt aber immer noch den Vorteil in sich, daß unter der Herrschaft länger dauernder handelsvertraglicher Bindungen sich die Wirtschaft leichter an die Verhältnisse anpassen kann als bei plötzlichen zoll- und handelspolitischen Maßnahmen, die unerwartet in bestehende Geschäftsverbindungen eingreifen. So wünschenswert also handelsvertragliche Bindungen immer bleiben werden, so wenig vermag bloße Handelsvertragspolitik das Problem des Industrieexports auf die Dauer zu lösen. Die Handelsvertragspolitik zählt deshalb zu den unzulänglichen Mitteln.

Ein zweites Mittel, das Problem der übervölkerten Industrieländer zu lösen, wäre die A u s w a n d e r u n g. Solange es unbewohnte oder spärlich besiedelte Länder auf der Erde gibt, deren Boden ausreichenden Ernährungsspielraum für Neubesiedlung gibt, läge der Gedanke nahe, solchen freien Boden mit dem Geburtenüberschuß der Industrieländer zu bevölkern. Die klimatischen Hindernisse, die früher vielfach für die weiße Rasse bestanden, die im wesentlichen die Industrialisierung trägt, sind heute nicht mehr so schreckhaft wie früher. Hygiene, Kälte- und Wärmetechnik machen heute auch tropische Gebiete für die weiße Rasse bewohnbar, die früher unzugänglich erschienen.

Das Haupthindernis bildet vielmehr die Politik. Die freien Länder der Welt sind aufgeteilt. Dadurch, daß man Deutschland den kolonialen Raum weggenommen hat, ist die Auswanderungsmöglichkeit für Deutschland in eigene, unbevölkerte Gebiete abgeschnitten worden. In die schwachbevölkerten Gebiete anderer Länder aber wird man weder Deutsche noch Italiener — das sind die hauptsächlich bedrängten Völker

Europas — hereinlassen, weil davon politische Schwierigkeiten befürchtet werden. Die weiten, schwachbesiedelten Gebiete Südamerikas könnten viele Millionen von Europäern aufnehmen. Es geschieht nicht, weil die südamerikanischen Staaten ihre nationale Struktur durch eine solche Masseneinwanderung nicht verändern lassen wollen. Selbst Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika, die in früheren Jahrzehnten jede anfallende Einwanderermenge gern aufnahmen, haben sich schon seit mehreren Jahrzehnten gegen eine unkontrollierte und unbegrenzte Einwanderung abgeschlossen.

Gerade das, was dem Auswanderer am meisten am Herzen liegt, nämlich im Zusammenhang mit seinen gleichgearteten Volksgenossen zu bleiben und die überkommene Kultur in Sprache und Bildung zu pflegen, ist es, was dem Nationalgefühl der aufnehmenden Staaten widerspricht. Würde man heute irgendein Land freimachen können, in dem sich einige Millionen Deutsche niederlassen könnten, die an ihrer Tradition, Sprache und Kultur festhalten dürften, so wäre das deutsche Problem ohne weiteres zu lösen; die politische Konstellation verhindert es. Die Auswanderung ist also ebenfalls heute ein unzulängliches Mittel für die Lösung der europäischen Industriekrise. Sie ist zu einem Teile anwendbar für Groß-Britannien, Belgien, Frankreich, die über eigene, große Kolonialgebiete verfügen, sie ist nicht anwendbar für die übrigen europäischen Industrievölker.

Eine Milderung der Konkurrenzverhältnisse zwischen den Industrieländern hat die private Industrie selber versucht herbeizuführen durch Abmachungen über die Beschickung der einzelnen Märkte durch die verschiedenen Produzenten. Vor dem ersten Weltkrieg war es in einer Reihe von Industrien, so auch besonders in der Eisen- und Stahlindustrie, gelungen, internationale *Kartellabmachungen* zu treffen zwischen den konkurrierenden Firmen der verschiedenen Länder. Dieser Weg versprach Gutes, insbesondere auch deshalb, weil er die friedliche Zusammenarbeit förderte.

In einer Zeit, wo die internationale Handelsvertragspolitik noch nicht wieder funktionierte, also nach dem ersten Weltkrieg, setzten solche privaten Bemühungen verstärkt ein. Sie bewiesen, daß in allen Industrieländern der Wunsch nach einer gemeinschaftlichen vertraglichen Regelung der Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt lebendig war. Die politische Entwicklung hat diese Ansätze wieder zerstört. Auch dürfte es zweifelhaft sein, ob solche privaten Abmachungen auf die Dauer imstande sein würden, die Lösung des Problems herbeizuführen, von dem wir hier handeln. Denn es geht nicht nur um eine Aufteilung gegebener Verhältnisse, sondern um eine ständige Ausdehnung der industriellen Produktion, die dem Geburtenüberschuß folgt. Die Marktverteilung, ob sie privat oder regierungsseitig erfolgt, wird infolge der verschiedenartig wachsenden Dynamik der Industrieländer immer wieder zu Differenzen führen. Das Problem dieser dynamischen Entwicklung kann immer nur mit dynamischen Mitteln gelöst werden. Für den Exportdrang des Industrielandes muß eine Absatzausdehnung gegeben werden, die in ihren Möglichkeiten den wachsenden industriellen Möglichkeiten des Exportlandes entspricht.

Der sinnloseste Versuch, das Problem zu lösen, ist der Weg, den Hitler eingeschlagen hat, nämlich der Krieg. Hitler glaubte, sich weniger entwickelte Gebiete Osteuropas angliedern zu können und damit für Deutschlands Industrie und Volksreichtum einen Auslaß zu schaffen. Wir brauchen hier auf das moralisch Verdammenswerte einer solchen Politik nicht einzugehen, sondern können uns auf das rein Wirtschaftliche beschränken. Dabei ist festzustellen, daß, abgesehen von kolonialen Eroberungen früherer Zeit, jeder Krieg, ob verloren oder gewonnen, für beide Teile, Sieger und Besiegte, einen ökonomischen Verlust bedeutet. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, was die Milliarden von Geld, die auf Vernichtung von Sachgütern und menschlichen Arbeitskräften in den beiden Weltkriegen verwendet worden sind, an volkswirtschaftlich nützlichen Produktionsanlagen hätten erstellen kön-

nen, wenn sie d a f ü r verwandt worden wären anstatt für das Werk der Vernichtung.

Es ist für jedes vernünftige Hirn unvorstellbar, welch ein Wahnsinn mit den beiden Weltkriegen von der Menschheit begangen worden ist. Es ist beklagenswert, daß Gegensätzlichkeiten des Nationalismus oder gar der Weltanschauung der Wirtschaftspolitik immer wieder entgegenarbeiten. Die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Balkanländern arbeiteten vor dem zweiten Weltkrieg deshalb so zufriedenstellend, weil sich die Volkswirtschaften der Beteiligten in glücklicher Weise e r g ä n z t e n. Das hochindustrielle Deutschland konnte alle gewerblichen Produkte liefern, die der im wesentlichen agrarwirtschaftliche Südosten Europas verlangte. Der Krieg aber, der Deutschlands Industrieproduktion von den zivilen Gütern auf Kriegsgerät umstellte, warf diesen gut funktionierenden Warenaustausch aus dem Geleise, weil die Bauern des Südostens keine Kanonen haben wollten, sondern landwirtschaftliche Maschinen. Hitlers Politik verdarb die Wirtschaft.

Auch heute sagt sich jeder vernünftige Volkswirt, daß es eine zweckmäßige Entwicklung sein würde, wenn die im wesentlichen agrarwirtschaftlichen Länder des S ü d o s t e n s einen Warenaustausch mit dem industriellen Westen, insbesondere mit dem ihnen nächstliegenden Deutschland herbeiführen würden. In einem solchen friedlichen Warenaustausch würde für lange Zeit die Lösung des europäischen Industrieproblems liegen. Der ganze Osten, also etwa alle Länder hinter dem eisernen Vorhang, war das gegebene Absatzgebiet für die westeuropäische, insbesondere die deutsche Industrie. Als Abnehmer der westeuropäischen Industrie würden diese Länder ihre zivilisatorische Entwicklung auch heute rascher und besser herbeiführen können, als dieses mit der Isolierung hinter dem eisernen Vorhang der Fall sein wird. Aber auch hier muß wieder konstatiert werden, daß die Sinnlosigkeit der Politik und die Hartnäckigkeit weltanschaulicher Ideologien einer vernünftigen Wirtschaftsentwicklung im Wege steht.

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, in der die Notwendigkeit, das industrielle Europa zu festigen, sehr rasch deutlich wurde, hat man das Problem lösen wollen durch den Versuch, den Handelsverkehr zwischen den einzelnen europäischen Ländern zu regeln, indem man als Ziel aufstellte, die Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen und miteinander in Einklang zu bringen, also eine gewisse Arbeitsteilung herzustellen. So nützlich und wünschenswert dieses Ziel ist und so sehr es deshalb unterstützt werden sollte, so kann es doch niemals eine Lösung des Problems bringen.

Man kann wohl die industriellen Konkurrenzverhältnisse durch Vereinbarungen innerhalb Europas etwas mildern, man kann aber damit nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß Europa als Ganzes unfähig ist, sich aus eigener Scholle zu ernähren. Europa als Ganzes — und hier ist natürlich nur die Rede vom Europa westlich des eisernen Vorhangs — braucht ein Viertel bis ein Drittel seines Bedarfs an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus Übersee, um seine Industrie zu beschäftigen und seine Bevölkerung zu ernähren. Dieses Problem kann durch keinerlei intereuropäische, also interne Produktions- und Marktordnung bewältigt werden. Europa braucht nicht den europäischen Markt, sondern den Weltmarkt, weil weder für sein Einkaufsgebiet noch für seinen Absatz Europa ausreicht. Nehmen wir selbst an, daß über die Produktion und über den Absatz der einzelnen europäischen Länder untereinander eine Verständigung möglich wäre, so reicht doch Europa selber nicht aus.

Aus dem gleichen Grunde müssen auch die wiederholten Versuche, den Zahlungsverkehr innerhalb Europas durch vertragliche Abmachungen auf Basis der vorhandenen Währungsverhältnisse zu regeln, scheitern. Die Unstabilität der europäischen Währungen ist ein Ausdruck der Unstabilität der europäischen Volkswirtschaften. Sie kann und wird erst verschwinden, wenn mit einer Währungsreform die Wirtschaften stabilisiert

werden. Es ist für den Wirtschaftler geradezu tragikomisch, zu beobachten, wie alle Konferenzen und Besprechungen über dieses Thema letztlich immer nur in das Resultat einer Überbrückung durch Kreditgewährung währungsstarker an währungsschwache Länder münden, ohne zu bedenken, ob man bei diesem einseitigen Brückenschlag in die Luft das andere Ufer jemals erreichen wird.

15. Nie mehr Kolonialpolitik

Von Adams Zeiten bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die Veränderungen in der Technik nicht so große wirtschaftliche und soziale Konsequenzen hervorgebracht, wie es die Technik der letzten hundert Jahre getan hat. Wenn es richtig ist, daß die menschlichen Probleme zu jeder Zeit gleich große Schwierigkeiten im Vergleich zu den gegebenen Hilfsmitteln dargeboten haben, so ist klar, daß die Intensivierung der Technik trotz ihres Ausmaßes die Probleme nicht erleichtert hat. Ja vielleicht steigert sich die Schwierigkeit der Lösungen bei komplizierter Technik noch. In jedem Falle ist die Auseinandersetzung des Menschen mit der Technik unaufhaltsam. Ein Zurückschrauben der Entwicklung in behagliche Zeiten, als welche wir die Vergangenheit so gern auffassen, ist nicht möglich.

Es ist das Schicksal der weißen Rasse gewesen, daß sie in diesem dauernden Strom der Entwicklung die voranbrechende Sturzwelle gewesen ist, während hinter ihr im ruhigen Fahrwasser die in der Technik und Zivilisation zurück-

gebliebenen Völkerschaften plätschern. So ist es unausbleiblich, daß die weiße Rasse die Führung auf dem Wege der technischen Zivilisation auch fernerhin in ihrer Hand behalten muß. Das ist nicht Anmaßung oder Vorrecht, sondern Pflicht und geschichtliches Schicksal.

Neben dieser im Bewußtsein Europas und Amerikas verankerten Erkenntnis geht eine zweite Erkenntnis her, die Erkenntnis nämlich, daß der technische Fortschritt auf dem Gebiete der Ernährung nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Befriedigung der sonstigen Bedürfnisse des Menschen, also auf dem Gebiete des Wohnens, des Kleidens, des Verkehrs und aller geistigen Bedürfnisse. Die zur rein animalischen Existenz nicht notwendigen Güter, also geistige und materielle Luxusgüter sind stets reichlich produziert worden. Ihre Beschaffung hat niemals ernste Konflikte hervorgerufen und war niemals ein Problem. Probleme entstanden immer nur auf dem Gebiete der Ernährung. Geistiger Hunger ist aus stets vorhandenem Geist zu stillen, körperlicher Hunger bedarf Sättigung aus Gütern, die nicht beliebig vorhanden sind. Wir sind in unserer Ernährung wie in dem Bezug zahlreicher Rohstoffe an die Erde gebunden, und diese Erde ist nicht wie die Erzeugnisse der Technik beliebig erstellbar und bewegbar, sondern raumgebunden. Würden wir es verstehen, unsere Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Wasser und aus der Luft zu holen, die uns überall in beliebiger Menge zugänglich sind, so würde es unsere heutigen Probleme nicht geben. Aber Nahrung und Rohstoffe gibt die Erde nur dort, wo sie der Mensch aufsuchen und gewinnen muß. Der Mensch braucht Raum.

In den vergangenen Jahrhunderten hat die weiße Rasse ihre technische Überlegenheit dazu benutzt, um sich den nötigen Erdraum durch Unterwerfung, Unterjochung und Ausnutzung weniger entwickelter Völkerschaften außerhalb Europas gewaltsam zu sichern. Dies ist das Wesen der Kolonialpolitik. Durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hat die

Kolonialpolitik zur Bereicherung derjenigen europäischen Völker beigetragen, die sie mit ihrer kriegstechnischen Überlegenheit durchgeführt haben. Diese Kolonialpolitik ist heute mit Recht in Verruf gekommen.

Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß dies nicht auf moralischer Einsicht oder auf christlicher Nächstenliebe beruht. Diese Argumente, obwohl sie von jeher auch ihre Vorkämpfer gefunden haben, haben ihre praktische Geltung erst erlangt, nachdem die Fortsetzung der alten Kolonialpolitik sich als nicht mehr durchführbar erwiesen hat.

Es sind die beiden Weltkriege gewesen, die die zurückgebliebenen Kolonialvölker wachgerüttelt haben. Zwar haben die Franzosen schon 1870/71 farbiges Militär aus Nordafrika in den Krieg geführt, aber erst im Weltkrieg 1914/18 sind von allen alliierten und assoziierten Mächten farbige Truppen aus den Kolonialgebieten in großem Umfange eingesetzt worden. Als diese Truppen aus dem ersten Weltkriege, die Sikhs, die Gurkas, die Senegalesen und die sonstigen Nordafrikaner und Asiaten, wieder nach Hause kamen, hatten sie zweierlei gelernt, einmal, daß sie in mancher Beziehung den Weißen gleichgestellt waren, und zweitens, daß die Weißen untereinander sich genau so abschossen, wie es den Kolonialvölkern von den Weißen geschehen war. Sie lernten aus dem Friedensdiktat von Versailles, daß es erlaubt sei, einem besiegten Deutschen sein Privateigentum wegzunehmen, und sahen nicht ein, warum das einem Engländer gegenüber seitens der Kolonialvölker nicht auch erlaubt sein sollte. Sie lernten, daß das Christentum ebenso wenig vor Mord und Greuel schützte wie ihre eigene Religion.

Die Revolutionierung der asiatischen Völker, die wir heute zum Ausbruch kommen sehen, hat in dem ersten Zerfleischungskrieg der europäischen Welt ihren Urgrund. Die exterritorialen Niederlassungen und Schutzgebiete der westlichen Großmächte in China sind verschwunden, das Kaiserreich Indien hat sich in ein freiwilliges Dominion ver-

wandelt, und die französische und holländische Kolonialherrschaft im asiatischen Südosten hat den eingeborenen, nach Selbständigkeit verlangenden Staaten Platz machen müssen. Alle diese Bewegungen haben sich als stark genug erwiesen, um selbst der kriegstechnischen Überlegenheit der Europäer zu trotzen.

Man muß es wiederum gerechterweise der Bevölkerung der Vereinigten Staaten nachsagen, daß sie bemüht gewesen ist, die *Fehler der alten Kolonialpolitik* zu vermeiden. Auch die Vereinigten Staaten haben sich in Mittelamerika und im Pazifik vor kolonialpolitische Aufgaben gestellt gesehen. Die Bedürfnisse der modernen Technik erfordern es nun einmal, auf die Naturschätze von Gebieten zurückzugreifen, die nicht innerhalb der von der weißen Rasse bewohnten Räume liegen. Aber die Amerikaner haben nach Möglichkeit den von ihnen betreuten Gebieten von Anfang an und in wachsendem Maße ihre politische und soziale Selbständigkeit gelassen. Es bleibe völlig dahingestellt, ob dies aus Klugheits- oder Menschlichkeitserwägungen geschehen ist. Tatsache ist jedenfalls, daß heute alle führenden Köpfe sich mit den Amerikanern darüber einig sind, daß die Kolonialpolitik alten Stils vorüber sein muß und vorüber ist.

Als ich im Jahre 1926 vor der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin-Charlottenburg zum ersten Mal die These vertrat, daß das koloniale Problem für Deutschland kein imperialistisches Problem sein dürfe und daß das koloniale Problem nach dem erfolgten Hineinziehen der farbigen Rassen in unsere europäischen Konflikte für die ganze Welt ein neues Gesicht gewonnen habe, stieß ich noch bei den hergebrachten Kolonialenthusiasten auf Widerspruch. Inzwischen aber haben die Folgeerscheinungen des zweiten Weltkrieges in der farbigen Welt das Urteil ganz wesentlich beeinflußt. *Die alten Methoden der politischen Gewalt müssen den modernen Auffassungen von wirtschaftlicher Vernunft und moralischer Verpflichtung*

weichen. Nationale, soziale und wirtschaftliche Nöte sind auch bei den unentwickelten Völkern genau so vorhanden wie bei uns. Auch sie können nur gelöst werden auf dem Wege internationaler Zusammenarbeit durch Steigerung der Produktion und des Wohlstandes.

Dabei kommt es auf die materielle Wohlfahrt mindestens so sehr, wenn nicht zunächst noch mehr, an, wie auf die geistige Erziehung. Ohne die erstere kann die letztere sich sogar bedenklich auswirken. Amerikanische und englische Bildungsbestrebungen haben seit Beginn unseres Jahrhunderts in China und Indien eine nicht geringe Zahl von Angehörigen dieser Länder zu gebildeten, kenntnisreichen Männern erzogen. Aber nicht alle konnten in ihrem Heimatlande ausreichende Verwendung finden, vielmehr bildeten sie ein geistig gehobenes Proletariat und empfanden nur um so deutlicher den Gegensatz zwischen europäischem Wohlstand mit Bildung und heimischer Bildung ohne Wohlstand. Die kommunistische, aus rein geistigen Quellen gespeiste Propaganda hätte in Asien niemals ein so fruchtbares Feld finden können, wenn der europäische Einfluß sich mehr der Erhöhung materieller Wohlfahrt jener Länder zugewandt hätte. Primo vivere deinde philosophari. Von darbenden Proletariern darf man keine hohe sittliche Lebensauffassung erwarten. Es ist leichter, die geistige und moralische Einstellung bei einem satten Volke zu beeinflussen als bei einem hungernden.

Aus diesem Grunde sind aber auch die Erfolgsaussichten der bolschewistischen Doktrin bei den asiatischen Völkern auf die Dauer nicht sehr hoch einzuschätzen. Die wirtschaftliche Prosperität, die jene Völker sich ersehnen, kann die kommunistische Wirtschaftseinstellung niemals bringen. Die Weltkriege haben die falsche Rechnung des Imperalismus, das russische Elend hat die falsche Rechnung des Kommunismus erwiesen. Die demokratisch-individualistische Wirtschaftsform allein hat Aussicht, den unentwickelten Völkern Wohlstand zu bringen, sofern sie von moralischem

Verantwortungsgefühl getragen wird. Nicht die Beherrschung und Ausbeutung unentwickelter Länder ist unsere Aufgabe, sondern der Kampf gegen die Armut ihrer Bewohner und der Schutz ihres nationalen und kulturellen Eigenlebens. Nicht mehr imperalistische Kolonialpolitik gilt, sondern wirtschaftliche Hilfsstellung und respektvolle Beachtung gewachsener Eigenart.

Nur in diesem Rahmen darf sich die Erschließung neuer Rohstoffquellen und neuer Märkte vollziehen. Bei solcher Erschließung hat das kapital- und wirtschaftsstarke, technisch auf höchster Stufe stehende Amerika naturgemäß heute einen großen Vorsprung. Wir sehen es am deutlichsten auf dem Gebiete des Erdöls. Kaum ein neues Vorkommen wird entdeckt, das nicht alsbald das Unternehmerkapital der Vereinigten Staaten anlockt. Enge Geister sprechen gern von dem Kampf um die Rohstoffe und befürchten Zurücksetzung ihrer Interessen durch das Vordringen amerikanischen Kapitals. Das ist immer der gleiche Geist, der aus Wirtschaftsangst oder Wirtschaftsneid heraus zu außenpolitischen Konflikten geführt hat und uns wieder führen wird, wenn wir ihn nicht bannen. Ich glaube nicht, daß solche Empfindungen berechtigt sind. Sinn der Wirtschaft ist es nicht, nur zu produzieren, sondern auch abzusetzen. Absetzen kann man nur an Jemanden, der kaufen kann, d. h. der einen Gegendienst oder Ware anbieten kann. Die Wirtschaft trägt also gegen alle Mißgriffe ihre Korrektur in sich. Das unterscheidet sie von der Politik. Sie muß deshalb dafür sorgen, daß ihr Handelspartner auch produziert und gedeiht. Eine derzeitige amerikanische Vorherrschaft auf dem Weltmarkt ist so wenig eine Gefahr wie es vordem in der Geschichte die spanische oder die englische gewesen ist. Nicht das Kapital lenkt die Geschichte, sondern der Mensch.

16. Punkt vier des Trumanplanes

Die Erkenntnis, daß man mit allen Palliativmitteln der Weltwirtschaftskrise nicht beikommt, hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu dem inzwischen bekannt gewordenen Punkt vier seines Gesundungsprogramms veranlaßt, das dem Problem grundsätzlich zu Leibe geht. Der Gedanke, den minderentwickelten Ländern durch Finanzhilfe und technische Mitarbeit zu rascherer und höherer Entwicklung ihres Lebensstandards zu verhelfen, ist, wie wir gesehen haben, nicht neu. Aber darauf kommt es in keiner Weise an. Ideen sind wohlfeil wie Brombeeren und wachsen wie diese an den verschiedensten Stellen. Entscheidend ist immer nur die Umsetzung einer Idee in die Tat. Wenn Präsident Truman dies durchführt, wird sein Verdienst zehnmal größer sein als das irgend eines Ideologen.

Am 11. Juli 1949 sagte Truman in seinem Bericht an den Kongreß in Washington wörtlich: „Zusätzlich zu unseren Programmen, die Unterstützung des Auslandes fortzuführen und eine Gesetzgebung vollständiger gegenseitiger Handelsverträge wieder herzustellen, bitte ich den Kongreß dringend, die Gesetze durchzuführen, die ich kürzlich empfohlen habe, nämlich für das wirtschaftliche Wachstum minderentwickelter Gebiete sowohl technische wie finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. Die steigende Dollarinvestierung im Auslande, direkt in den minderentwickelten Ländern und indirekt in den Produktionsgüter exportierenden Ländern Europas, wird die noch vorhandene Fähigkeit der Welt, bei uns zu kau-

fen, steigern." Ein gleiches erwartet Truman von der technischen Mitarbeit Amerikas. Er schlägt vor, der Export-Import Bank die Aufgabe zu übertragen, diese Politik praktisch zu fördern.

Seit geraumer Zeit häufen sich in den amerikanischen Zeitschriften Aufsätze, in denen zutreffend ausgeführt wird, daß eine Ausdehnung des Welthandels nur möglich ist durch fortschreitende Technisierung da, wo diese Technisierung noch nicht Platz gegriffen hat. Je höher ein Land technisch entwickelt ist, desto größer wird sein Bedarf an allen möglichen Gebrauchsgütern, die es bis dahin nicht gekannt hat. Ein bloßes Agrar- oder Rohstoffland ist ein minderwertiger Käufer, hohe Technik dagegen bedingt hohen Verbrauch. Die Kaufkraft wächst mit steigender Technik. Nicht um die Aufteilung des vorhandenen Bedarfs auf die konkurrierenden Industrieländer also kann es sich handeln, sondern um die Ausdehnung des Bedarfs in einem Umfang, der alle beschäftigen kann.

Pessimisten werden einwenden, daß eine solche Entwicklung nicht endlos getrieben werden kann. Das mag richtig sein, obgleich es ebensowenig beweisbar ist wie das Gegenteil. Aber sollen wir deshalb resignieren? Fühlen sich diese Pessimisten berufen, die nächsten Jahrhunderte überblicken zu können? Noch hat die Erde, schon bei dem heutigen Stande der Technik, Raum für ein Vielfaches der heutigen Erdbevölkerung. Was aber mag die Technik noch bringen? Wir wollen in Angriff nehmen, was vor uns liegt und wollen unsere späteren Sorgen auf den Herrgott werfen.

Präsident Truman ist im Begriff, seinen Punkt vier in die Tat umzusetzen. Das „Was" ist beschlossen, jetzt geht es um das „Wie". Es sind zunächst 50 Millionen Dollar für die Vorarbeiten des ersten Jahres ausgesetzt. Aber nicht die Höhe dieser Summe ist wesentlich. Sie ist sehr bescheiden im Verhältnis zu den hohen Beträgen des Marshallplanes. Wesentlich ist dagegen die Frage, was die europäischen Länder ihrerseits

zu den Planungen und Vorarbeiten beitragen können. Darüber ist bisher wenig in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Fast scheint es, als ob die europäischen Wirtschaftler die außerordentlichen Möglichkeiten des Punktes vier noch nicht wahrgenommen haben, als ob sie immer noch in ihren hergebrachten handelspolitischen und kolonialpolitischen Anschauungen stecken.

Dennoch deutet sich hier und da ein Wandel an. Als ich im Jahre 1930 darauf drängte, man solle nicht Deutschland Auslandkredite geben, sondern den industriell noch nicht entwickelten Ländern, damit sie, unter anderen auch in Deutschland, Produktionsgüter kaufen könnten, machte sich Herr Tardieu im französischen Parlament über mich lustig. Heute ist Herr Queuille der erste, und wie ich glaube der bisher einzige Staatsmann gewesen, der anregend zu dem Truman-Plane Stellung genommen hat, indem er die wirtschaftliche Vereinigung aller Kolonialgebiete Zentralafrikas und ihre gemeinsame Aufschließung vorschlug. Die Bedeutung dieser Anregung für die Beschäftigung der europäischen Industrie kann niemand verkennen. Wir Deutsche hätten alle Ursache, auch unsererseits Anregungen für die Verwirklichung des Punktes vier zu geben.

Solche Anregungen können sich nach zwei Seiten erstrecken. Man wird in der Methode der zu leistenden Hilfe unterscheiden müssen zwischen denjenigen minderentwickelten Ländern, in denen bereits eine nationale Regierungsform besteht und ein kulturelles Volksleben vorhanden ist und solchen Gebieten, die nur gering besiedelt sind und noch auf niedrigster Lebensstufe stehen. Wir wollen sie für die nachfolgende Überlegung als „gefüllte" und „leere" Länder unterscheiden. In beiden soll die technische Entwicklung vor sich gehen. In den gefüllten Ländern, zu denen beispielsweise ganz Ost-, Süd- und Vorderasien gehört, wird man mit den vorhandenen Regierungen zusammenarbeiten, in den leeren Ländern wird die Initiative allein geleistet werden müssen.

In Ländern wie China, Indien, Persien sind überall die Anfänge moderner Technik vorhanden, in den leeren Gebieten Afrikas findet man sich vielfach dem Naturzustand gegenüber. In den gefüllten Ländern besteht überall eine Agrarwirtschaft, in den leeren Ländern wird diese vielfach erst entwickelt werden müssen. Die gefüllten Länder bieten keinen Raum für Neuankömmlinge in großer Zahl, die leeren Länder bieten in dieser Hinsicht kein Hindernis. Die gefüllten Länder sind in klimatischer und hygienischer Beziehung auch für Westeuropäer erträglich, in den leeren Ländern werden erträgliche Bedingungen vielfach erst geschaffen werden müssen. Die Aufgabe der Technisierung ist danach in den gefüllten Ländern leichter, in den leeren Ländern schwieriger.

Nach all diesen Unterschiedlichkeiten werden sich die Methoden der zu leistenden Hilfe zu richten haben. Man wird in den gefüllten Ländern mit den Regierungen über die in Angriff zu nehmenden Aufgaben verhandeln und ihre Wünsche berücksichtigen. Das erfordert vorherige Aufklärung, Belehrung, Überzeugung. Diese wieder erfordern einen erheblichen Apparat der Unterrichtung und Propaganda. In den leeren Ländern dagegen kann man ohne weiteres beginnen. Die Art der Arbeiten ist bei diesen aus der Natur und Struktur des Landes gegeben, die Industrieländer werden sich leicht über sie einigen.

Die Schwierigkeiten beginnen in den gefüllten Ländern bei der Verteilung der Arbeiten unter die einzelnen Industrieländer. Als ich mit einem amerikanischen Bekannten über die Notwendigkeit sprach, Deutschlands Industrie solche Arbeiten zuzuweisen, fragte er mich, an welche Art Arbeiten ich etwa dächte. Ich erwiderte, ich würde ihm einige Beispiele nennen, um ihm unsere Gedanken klar zu machen, ich wüßte aber, daß er diese Beispiele sofort als ungeeignet für die Zuweisung an Deutschland ablehnen würde, und ich bemerkte, daß auch ich dieser Ansicht sei. Aber zur Deutlichmachung nannte ich als Beispiele die Elektrifizierung Indiens, die Re-

gulierung des Hoangho, die Irrigation Persiens. Seine Antwort war prompt: „Aber das wollen wir ja alles selber machen." Das hatte ich natürlich vorausgesehen und erwähne es hier nur, um klar zu machen, daß es ohne eine gewisse Zurückstellung von Egoismus bei solchen Arbeiten nicht geht.

Mit anderen Worten, die Industrieländer müßten solche Arbeiten gemeinsam durchführen oder sie untereinander nach Gebiet oder Quoten aufteilen. Es ist begreiflich, daß dabei manche wirtschaftlichen und wohl auch politischen Interessen auszugleichen sein werden. Daß das unter vierfach geteilter Vormundschaft stehende Deutschland dabei in die Rolle des Aschenputtels geraten wird, ist nicht sehr fernliegend. Bei dieser Art von Aufgaben wird Deutschland immer nur um den Anteil betteln müssen. Viel Rücksicht auf seine industrielle Eigenart wird man dabei nicht erwarten dürfen. Eigene Initiative wird nur wenig möglich sein. Etwas anderes wäre es, wenn sich so viele Aufgaben in den gefüllten Ländern ergeben würden, daß man die eine oder andere von ihnen als eine spezielle Aufgabe Deutschland zuweisen könnte, ohne den konkurrierenden Ländern damit Abbruch zu tun.

Wesentlich anders liegen die Dinge bei den leeren Ländern. Hier ist die Fülle der Aufgaben nahezu unbegrenzt, und es ist ein leichtes, Deutschland eine spezielle Aufgabe für die Entwicklung eines leeren Landes zuzuweisen. Entscheidend dabei ist, daß diese Aufgabe groß genug ist, um einen beträchtlichen Teil der deutschen Industrie damit zu beschäftigen und diese deutschen Lieferungen dadurch vom Weltmarkt fernzuhalten. Eine solche Beschäftigung der deutschen Industrie hat sich von allen kolonial-imperialistischen Ideen freizuhalten. Sie wird am zweckmäßigsten der Aufsicht der UNO unterstellt, die eine dauernde Kontrolle ausübt.

Die Aufschließung eines solchen leeren Landes hat sich in erster Linie auf die Gewinnung von Nahrungsmitteln

zu richten. Sie ist am schnellsten und leichtesten zu erreichen und bringt damit eine wesentliche Entlastung des Marshall-planes.

Ich unterlasse hier eine Erörterung derjenigen leeren Länder, die für eine solche Aufgabe in Frage kommen. Es gibt eine ganze Reihe geeigneter Vorschläge, aber es hat wenig Wert, darüber theoretische Betrachtungen anzustellen. Entschließt man sich grundsätzlich, so ist bald herausgefunden, welcher praktische Vorschlag der geeignetste ist. Er wird in jedem Falle auf die bestehenden Interessen der anderen Länder Rücksicht erfordern, mit anderen Worten, man wird Deutschland das schwierigste Objekt zuweisen, darauf müssen wir gefaßt sein. Aber wir werden gerade dadurch zeigen können, daß uns nur an einem friedlichen Wiederaufbau gelegen ist.

Worauf es nicht nur uns Deutschen ankommt, sondern wodurch allein der Wiederaufbau der Wirtschaft überhaupt und allenthalben gelingen wird, ist die Möglichkeit zu einer sich frei entfaltenden wirtschaftlichen Initiative des einzelnen Menschen und des einzelnen Volkes. Mit bürokratischer Planung wird nichts Brauchbares erreicht, wird die schöpferische Idee, wird der Wille zum Erfolg nicht zur Entfaltung gebracht, auf die es heute mehr ankommt denn je zuvor. Alle Planung, alle Kontrolle sollte sich darauf beschränken, die Friedens-Interessen Dritter zu schützen.

17. *Ausblick*

Man kann die Lage Deutschlands — auch vom internationalen Standpunkt aus — gar nicht ernst genug ansehen. Gewiß könnte die deutsche Regierung hier und da etwas bessern, aber die Zerstörungen, die über Deutschland hingegangen sind, sind zu groß, als daß sie mit den zur Verfügung gebliebenen eigenen Kräften wieder gut gemacht werden könnten. Das Flüchtlingsproblem der Millionen aus dem Osten Vertriebener ist grauenvoll, grauenvoll mehr noch in sittlicher als in materieller Beziehung. Das Wohnungselend von mehr als zehn Millionen Menschen zerstört die Grundlagen aller Kultur und Erziehung. Die Ernährung ist dank der amerikanischen Hilfe heute noch sichergestellt, aber ihr Ende ist doch abzusehen. Und schließlich kann kein Volk auf die Dauer von Almosen leben, ohne seelisch zu verkommen. Was dann aus diesem an sich gutwilligen und ordentlichen Volk an sozialen Ausbrüchen zu erwarten ist, kann in seinen Konsequenzen gar nicht vorgestellt werden.

Wir erleben es erfreulicherweise heute, daß einige führende Politiker des Auslandes sich dieser ganzen Betrachtung nicht verschließen. Die Auseinandersetzungen über die Urheberschaft des „unconditional surrender" beweisen es. Wenn wir nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen wären, so könnte man lächeln über den seltsamen Ehrgeiz von vier noch dazu untereinander disharmonierenden Nationen, ein 70 Millionen Volk von außen her regieren zu wollen. Als mich ein sehr intelli-

genter englischer Oberst im Sommer 1945 im Internierten-lager über den 20. Juli 1944 fragte, was ich mir denn noch von dem Erfolg eines so spät zu Stande gekommenen Attentats erwartet hätte, war meine Antwort: „Daß wir eine deutsche Regierung behalten hätten." Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß eine deutsche Verantwortung bestehen geblieben wäre für die Aufgabe, das deutsche Volk aus dem angerichteten Unheil wieder herauszuführen. Diese Verantwortung liegt heute bei den Besatzungsmächten. Sie haben sie freiwillig übernommen und fühlen ihre Schwere.

Diese Verantwortung wird nicht erfüllt mit den derzeitigen Methoden der Überwachung und Bevormundung des täglichen Geschehens. Mit Vorschriften der Militärpolizei, der JEIA, der Entnazifizierung etc. ist es nicht getan. Es ist aber auch nicht mit Geschenken und Fürsorge, nicht mit Liebesgaben und Care-Paketen getan. Deutschland kann kein Armenhausdasein führen. Wer Ehre im Leibe hat, will seinen Unterhalt verdienen, nicht erbetteln. Wir brauchen Arbeit, wir wünschen Arbeit.

Die Anregungen dieser Schrift gehen von der Überzeugung aus, daß die Aufgabe so riesengroß ist, daß sie nur mit sehr weitgespannten Mitteln gelöst werden kann. Das heutige Fortwursteln von Jahr zu Jahr ist so sehr gefährlich, weil es über die Erfolgsaussichten hinwegtäuscht. Man glaubt, etwas Wirksames zu tun und merkt nicht, daß alles Getane nur wieder unter den Händen zerrinnt. Man kann aber einer so ungewöhnlichen geschichtlichen Aufgabe von solchem Ausmaß nur durch ungewöhnliche Mittel von weittragender Sicht beikommen.

Ich habe dennoch versucht, Anregungen zu geben, die sich völlig im Rahmen des Übersehbaren und Durchführbaren halten. Ich habe versucht, nicht nur dem deutschen Standpunkt, sondern dem internationalen gerecht zu werden. Da ich wirtschaftlich denke, stehe ich jedem engherzigen Nationalismus fern. Die Anregungen dieser Schrift erfordern auch nicht das

sofortige Aufbringen großer Mittel für ein nicht übersehbares Risiko. *Sie können in zunächst geringem Rahmen eingesetzt werden, um bei sichtbarem Erfolg anzuwachsen.*

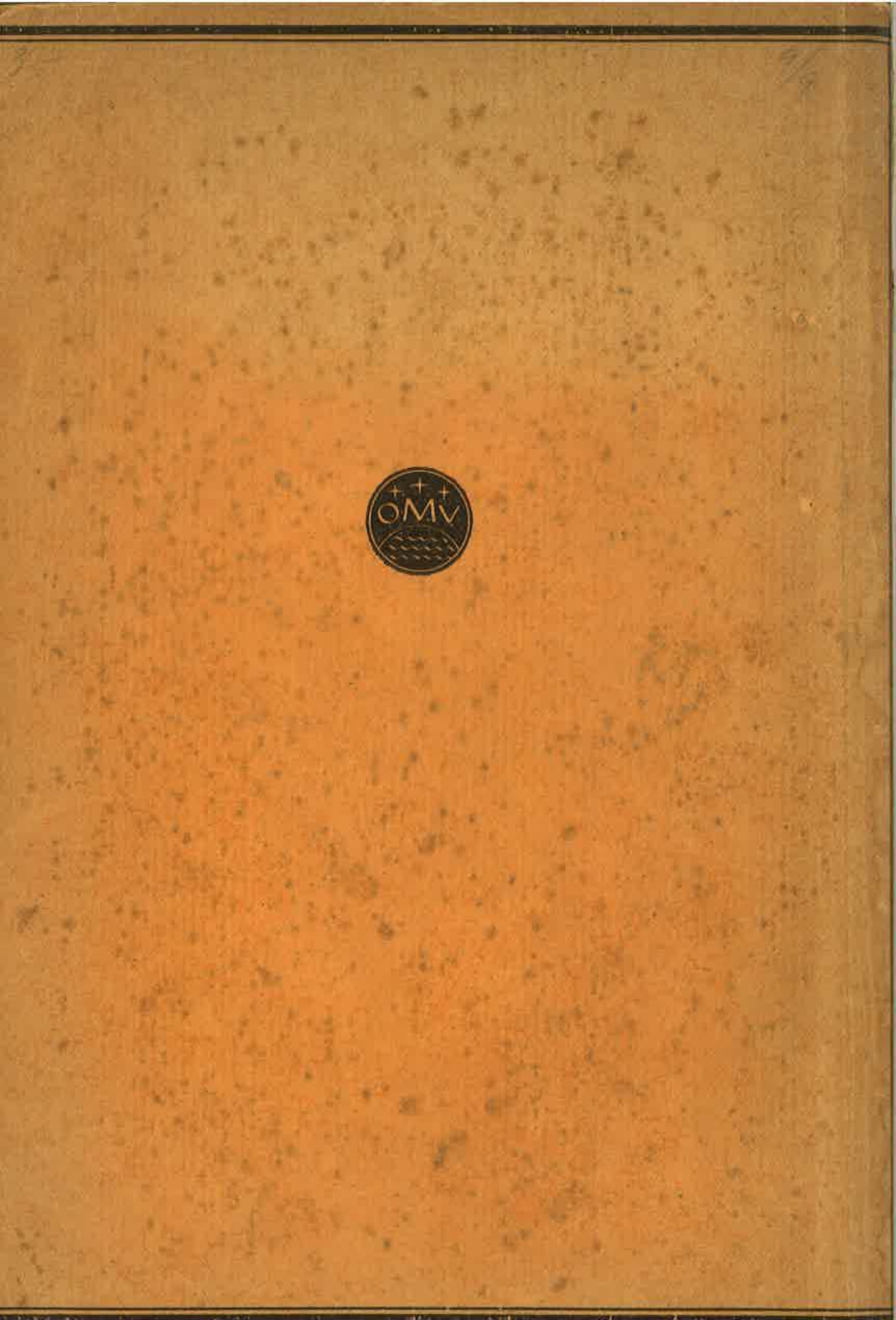
Schließlich: Man mag diese Anregungen zurückweisen, wenn sie dann nur andere Auswirkungen haben, nämlich die Erkenntnis, daß ein großes und ungewöhnliches Ziel große und ungewöhnliche Mittel erfordert, und daß solche Mittel von Anderen aufgezeigt werden müssen, wenn sie die hier genannten verwerfen.

Dr. Hjalmar Schacht, geb. 22. 1. 1877 in Tingleff, Nordschleswig, jetzt Dänemark. 1886—1895 Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg. Studium der Germanistik und Nationalökonomie in Berlin, München, Leipzig, Paris und Kiel. 1900—1903 Volkswirtschaftlicher Syndikus, danach im Bankfach. 1923 Reichswährungskommissar. 1924—1930 und 1933—1938 Reichsbankpräsident. 1934—1937 auch Reichswirtschaftsminister.

Stabilisierte 1923 die deutsche Währung, finanzierte 1933 die Arbeitsbeschaffung für 6½ Millionen Arbeitslose, stellte 1934 durch seinen handelspolitischen „Neuen Plan" den Außenhandel Deutschlands wieder her. Unternahm nach Erkennen von Hitlers Kriegsabsichten im Herbst 1938 den ersten Staatsstreichversuch gegen Hitler und war danach an allen Umsturzversuchen gegen das Hitlerregime beteiligt. Wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 ins Konzentrationslager geworfen, am 5. Mai 1945 von den Amerikanern übernommen und, als Kriegsverbrecher angeklagt, vom Internationalen Militär-Tribunal in Nürnberg freigesprochen. Wurde anschließend von der Württemberg-Badischen Regierung unter dem Entnazifizierungsgesetz in Haft gehalten, aber am 1. September 1948 von der Berufungskammer freigesprochen. Lebt, aus seinem Besitz in der russischen Zone vertrieben, als Privatmann zur Zeit in Bleckede, Kreis Lüneburg.

Frühere Veröffentlichungen des Verfassers:

1927 Die Stabilisierung der Mark. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart.
1931 Das Ende der Reparationen. Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.
1932 Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik. Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.
1948 Abrechnung mit Hitler. Rowohlt-Verlag, Hamburg.


OMV